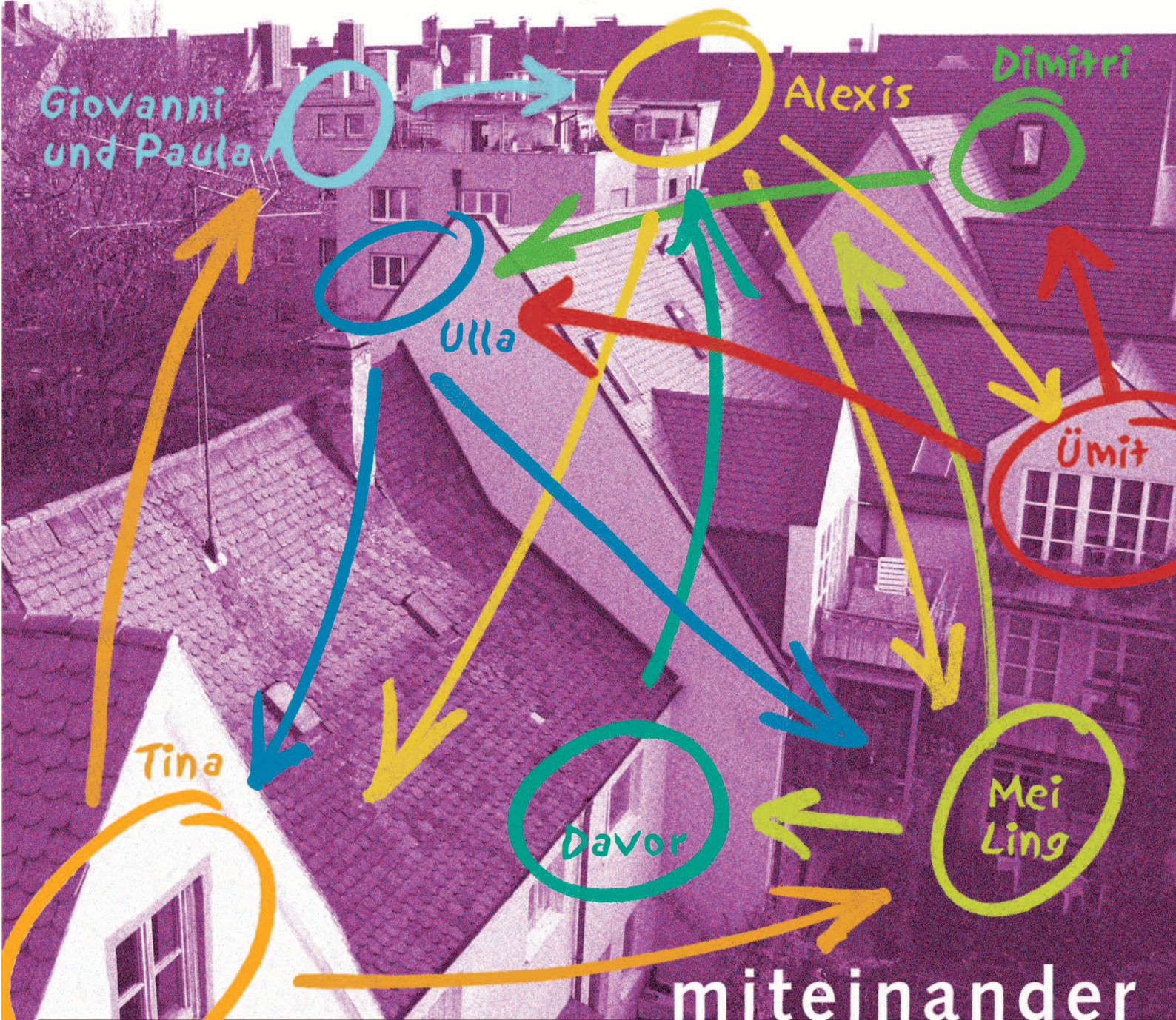


Interkulturelle Woche 2006

Woche der ausländischen Mitbürger



miteinander
zusammenleben gestalten

Paula kauft bei Alexis ein neues Auto • Ümit und Dimitri besuchen eine Vorstellung von Ulla's Theatergruppe • Mei Ling übersetzt für Alexis ein chinesisches Handbuch • Davor trifft Alexis beim Surfen • Ulla kennt Tina aus ihrer Stammkneipe • Tina, Giovanni's Tochter ist neu in der Stadt • Mei Ling mag Davor's Musikgeschmack • Tina übt Qi Gong in Mei Lings Volkshochschulgruppe

**1 GEMEINSAMES WORT ZUR INTERKULTURELLEN WOCHEN- /
WOCHEN DER AUSLÄNDISCHEN MITBÜRGER 2006**

2 GRUSSWORT ZUR INTERKULTURELLEN WOCHEN 2006

Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer

MITEINANDER ZUSAMMENLEBEN GESTALTEN

**3 VISIONEN GEGEN DIE DEPRESSION
PLÄDOYER FÜR EINEN HÄNDERINGENDEN DIALOG
VON HASSAN UND HANS, ANNE UND AISHE**

Präses Alfred Buß

**6 EINE REALISTISCHE BLEIBERECHTSLÖSUNG
IST NOTWENDIG FÜR LANGJÄHRIG GEDULDETE**

Weihbischof Dr. Josef Voß

**7 FÜR EINE KULTUR DER AUFNAHME
DER BEITRAG DER KIRCHE ZUR INTEGRATION
VON ZUWANDERERN**

Weihbischof Franz Vorrath

**10 OFFENHEIT GELERNT
»50 JAHRE DEUTSCH-ITALIENISCHER
ANWERBEVERTRAG«**

Karl Kardinal Lehmann

**12 MITEINANDER ZUSAMMENLEBEN GESTALTEN
EINE HERAUSFORDERUNG FÜR DIE KOMMUNEN**

Dr. Stephan Articus

**13 DIE UNRUHEN VOM HERBST 2005 IN DEN
FRANZÖSISCHEN VORSTÄDTEN
URSACHEN UND LEHREN FÜR DEUTSCHLAND**

Dr. Steffen Angenendt

18 DIE HEILE WELT DER DEUTSCHEN

Eberhard Seidel

**20 MASSNAHMEN GEGEN RECHTSEXTREMISMUS,
GEWALT UND FREMDENFEINDLICHKEIT**

Heinz-Joachim Lohmann

22 EIN TUCH FÜR JEDEN TOTGESCHLAGENEN

Michael Bartsch

**24 MENSCHENRECHTLICHE ANFORDERUNGEN
AN EIN ANTI-DISKRIMINIERUNGSGESETZ**

Petra Follmar-Otto

ILLEGALITÄT

**27 MENSCHEN IN DER ILLEGALITÄT – EINE BLEIBENDE
HERAUSFORDERUNG UM DER MENSCHEN WILLEN**

Weihbischof Dr. Josef Voß

30 LEBENSLAGE »ILLEGAL«

Hildegund Niebch

**32 WER KRANK IST, BRAUCHT HILFE
DIE MALTESER MIGRANTEN MEDIZIN IN BERLIN
BEHANDELT MENSCHEN OHNE KRANKENVERSICHERUNG**

Dr. Adelheid Franz

ZUSAMMENLEBEN MIT MUSLIMEN

**34 WARUM DAS THEMA »ZUSAMMENLEBEN MIT
MUSLIMEN« GEGENWÄRTIG BESONDERS WICHTIG IST**

Dr. Martin Affolderbach

36 ZUKUNFT WIRD GESTALTET

Werner Höbsch

**37 DIALOGZIELE UND REGELN –
EINIGE ANREGUNGEN AUS ISLAMISCHER SICHT**

Rafet Öztürk

38 NACHT DER RELIGIONEN

39 ALLTAGSRELIGION – RELIGION IM ALLTAG

ANREGUNGEN FÜR GOTTESDIENSTE

**40 »MIGRATION: EIN ZEICHEN DER ZEIT«
ANSPRACHE VON BENEDIKT XVI. ZUM WELTTAG
DER MIGRANTEN UND FLÜCHTLINGE 2006**

**41 AUF DEM WEG DER GERECHTIGKEIT IST LEBEN
ANDACHT VON PRÄSES ALFRED BUSS AM 23.11.2005**

**44 »MITEINANDER ZUSAMMENLEBEN«
PREDIGT ZUR INTERKULTURELLEN WOCHEN**

Msgr. Dr. Peter Neher

45 ÖKUMENISCHER GOTTESDIENST ZUM JAHRESMOTTO

**48 WARUM DÜRFEN WIR NICHT BLEIBEN?
GOTTESDIENST ZUR ABSCHIEBUNG VON KINDERN
UND JUGENDLICHEN**

Dr. Christoph Dahling-Sander

50 »WIR SIND UNS ÄHNLICHER ALS WIR DENKEN«

Msgr. Wolfgang Tripp

BEISPIELE UND ANREGUNGEN

**52 »ICH ZEIG' DIR MEINE WELT«
MIGRANTEN IN MAGDEBURG ERZÄHLEN VON SICH
UND IHREM LEBEN IN EINER FREMDEN HEIMAT**

Dorothee Bodewein

**53 WANDERAUSSTELLUNG »WER, WENN NICHT WIR?«
SCHÜLERBILDER GEGEN GEWALT UND RASSISMUS**

**54 MIGRATION UND INTEGRATION AUF ZEIT
EIN UNTERRICHTSVORSCHLAG FÜR DIE KLASSENSTUFE
8 -10 (MITTELSTUFE)**

Werner Spiecker / Matthias Scholliers

**56 ERFOLGSSTORY
MIGRANTEN WERDEN ZU BERATERN.
RICHTUNGWEISEND!**

Dieter Müller

57 INTEGRATIONSARBEIT MIT SPÄTAUSSIEDLERN

Jochen Gran

58 IM STADTTEIL INTEGRIERT

Bernhard Seidel

**58 WAS JEDER TUN KANN
IDEEN FÜR GANZ EINFACHE AKTIONEN**

60 BESTELLFORMULAR

GEMEINSAMES WORT

Wolfgang Herber

+ Karl Herber, Lehmann

+ 5 Appenzauer / Appenzauer

GRUSSWORT ZUR INTERKULTURELLEN WOCHEN 2006

Liebe Veranstalter, liebe Engagierte, liebe Interessierte,

ich freue mich, dass die Interkulturelle Woche mit viel Schwung und vielen Ideen in das 32. Jahr ihres Bestehens geht, und danke allen, die zu ihrem Gelingen beitragen, sei es zum ersten Mal oder schon seit vielen Jahren. Keine Initiative für die Begegnung und den Austausch von Menschen mit und ohne Zuwanderungsbiographie hat eine ähnliche Breitenwirkung entfaltet. Von den Kirchen initiiert, bringt sie an vielen Orten viele Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher Lebenserfahrungen zusammen.



»Miteinander Zusammenleben gestalten« lautet nun schon zum zweiten Mal das Motto. Darauf kommt es an. Unsere Gesellschaft ist dann stark in der Vielfalt, wenn aus dem Nebeneinander ein Miteinander wird, wenn wir uns füreinander interessieren und wenn wir diejenigen unterstützen, die sich hier schwer tun oder weniger Chancen haben als andere. Dieses Miteinander ist im Kern ein gesellschaftliches Projekt. Integration ist Aufgabe der Bürgergesellschaft. Die Politik muss die Rahmenbedingungen schaffen: Für die Ausbildungs- und Arbeitschancen von Migranten, für den Aufenthalt von Ausländern und ihre Einbürgerung, gegen Diskriminierung. Die Politik kann aber nicht den Zusammenhalt der Menschen garantieren! Dafür ist der Einzelne ebenso gefragt wie die Verbände, die Kirchengemeinden, die Sozialpartner.

Deshalb ist die Interkulturelle Woche so wichtig. Sie ist Ausdruck der Vielfalt gesellschaftlichen Engagements und Ausgangspunkt dafür, noch mehr Menschen neugierig zu machen, noch mehr Projekte anzustiften. Die Interkulturelle Woche ist zugleich immer eine politische Woche. Hier kommen drängende Probleme zur Sprache, hier wird wichtige Kritik an aktueller Politik geäußert, werden Handlungsnotwendigkeiten markiert.

Die Politik in Deutschland hat sich vergleichsweise spät der drängenden Fragen der Integration angenommen. Inzwischen haben wir sie als politische Kernaufgabe identifiziert. Dazu hat die Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der Politik durch jene Gruppen, die auch die Interkulturelle Woche tragen, ebenso beigetragen wie neue Erkenntnisse zur demographischen Entwicklung, die Bedeutung kultureller Konflikte weltweit, aber auch die Ergebnisse verschiedener Bildungsstudien. Wir sprechen heute offen über Versäumnisse und Defizite auf allen Seiten, und in vielen Fragen stellt sich Konsens ein. Das begann mit dem Zuwanderungsgesetz, das wir jetzt evaluieren und verbessern. Das betrifft die Frage, wie es gelingt, Kettenduldungen durch eine Bleiberechtsregelung abzulösen. Wir sind uns einig darüber, dass gute Sprachkenntnisse die Voraussetzung für Integration sind, und wir wissen, dass nur dann mehr Jugendliche aus Zuwandererfamilien Arbeit finden, wenn es mehr von ihnen gelingt, die Schule abzuschließen und erfolgreich eine Ausbildung zu absolvieren. Dabei müssen wir sie unterstützen, wo es nur geht.

Papst Johannes Paul II. hat anlässlich des Welttages der Migranten im letzten Jahr erklärt, Integration heiße nicht, die eigene kulturelle Identität zu unterdrücken. Der Kontakt mit dem anderen führe vielmehr dazu, sein Geheimnis zu entdecken. Auf dass wir in der Interkulturellen Woche viele Geheimnisse entdecken und das ein oder andere preisgeben.

Herzlich
Ihre Maria Böhmer

Prof. Dr. Maria Böhmer, Staatsministerin im Bundeskanzleramt,
Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration.

VISIONEN GEGEN DIE DEPRESSION

PLÄDOYER FÜR EINEN HÄNDERINGENDEN DIALOG VON HASSAN UND HANS, ANNE UND AISHE

Präses Alfred Buß

Werden Weichen für die Zukunft gestellt, muss klar sein, welcher Zielbahnhof erreicht werden soll. Das gilt nicht nur für Weichensteller und Zugführer, sondern vor allem auch für die Reisenden, die in den Zug einsteigen sollen. Bei denen ist allerdings zu beobachten, dass sie weithin nicht wissen, wohin die Reise geht und wie weit sie künftig noch selber mitfahren können. Viele junge Leute können nur noch Mitfahrgelegenheiten nutzen, die sie jeweils »ein Stück weit« in der Biographie voranbringen. Solche Unklarheiten über Ziele und Wege aber verstören.

Die Angst vor Arbeitslosigkeit, niedrigerem Lebensstandard und sozialem Abstieg betrifft in der Bundesrepublik Deutschland inzwischen immer stärker auch die mittleren Einkommensgruppen. Wir leben heute offenbar in einer Dreidrittelgesellschaft. Ein Drittel der Bevölkerung hierzulande ist wohlhabend, reich oder sogar immens reich, ein weiteres Drittel durch unsichere Beschäftigungsverhältnisse, Arbeitslosigkeit, drohende oder bereits verfestigte Armut oder unklaren Aufenthaltsstatus belastet; das mittlere Segment aber erlebt eine zunehmende Verunsicherung, die vor allem durch den massiven Arbeitsplatzabbau bei enormer Gewinnsteigerung von Kapitalgesellschaften einerseits und die Hartz-IV-Gesetzgebung andererseits gespeist wird. Das Gefühl von sozialer Unsicherheit, Orientierungslosigkeit und Kontrollverlust ist hier eine neue Qualität des subjektiven Erlebens: Der eigene soziale Abstieg oder gar Absturz erscheint nicht mehr ausgeschlossen.

Dieses Gefühl, den eigenen Status verteidigen zu müssen, scheint sich allerdings weniger gegen die zu richten, die oben Nutznießer der Entwicklung sind, sondern führt vor allem – wie meistens in der Geschichte – zu Abgrenzungen gegen die Verlierer unten. Die Voraussetzungen einer integrationsfähigen Gesellschaft – wie gelebte Solidarität und Gerechtigkeit – scheinen damit ins Wanken zu geraten.

Die zunehmende Ökonomisierung gesellschaftlicher Abläufe bringt es mit sich, dass auch soziale Fragen immer mehr unter Kosten-Nutzen-Aspekten betrachtet und bewertet werden. Solidarisches und gerechtes Verhalten wird statt auf die gesamte Gesellschaft mehr auf den privaten Raum bezogen. Die Folge könnte eine zunehmende Desintegration unserer Gesellschaft sein. Abwertung, Ausgrenzung und Anfeindung schwächerer Gruppen führen zwar einerseits zu einer Selbststabilisierung mit subjektiv höherem Maß an

kontrollierter Normalität in der Mitte der Gesellschaft, bergen andererseits aber auch ein unabsehbares Potential an sozialem Sprengstoff in sich.

Die Bilder randalierender Jugendlicher in Frankreich scheinen hierzulande zwar viele Menschen erschreckt aber zugleich merkwürdig unbeteiligt gelassen zu haben. Trotz aller Unterschiede in den Voraussetzungen nehmen auch in Deutschland die Desintegrationsfaktoren zu. Geringe Bildungsstandards führen zu fehlenden Chancen auf dem Arbeitsmarkt, Arbeitsplätze für einfache Tätigkeiten verschwinden, eine allgemeine Perspektivlosigkeit breitet sich aus. Die Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten nimmt eher zu als ab. Die Abschiebep Praxis der Ausländerbehörden wird rigider. Eine Verschärfung des Zuwanderungsgesetzes droht. Gleichzeitig wird eine klare Bleiberechtsregelung



immer wieder hinausgeschoben. Kinder, die hier geboren und sozialisiert wurden, werden mit ihren Eltern in ihr vermeintliches »Ursprungsland« gebracht, während unserer Gesellschaft zugleich Kinder fehlen. Illegal in Deutschland lebende Menschen bleiben für die Politik weiterhin unsichtbar. Fragebögen für muslimische Einwanderer, Deutsch-Verordnungen auf Schulhöfen und Kopftuchverbote mögen als einzelne Maßnahmen durchaus diskussionswürdig sein, summieren sich im obigen Kontext aber in ihrem ausgrenzenden Gewicht. Der Karikaturenstreit, wenn auch beidseitig von Scharfmachern gesteuert, offenbart hierzulande ein erschreckendes Maß an Unkenntnis und Dialogunfähigkeit gegenüber anderen Kulturen und fließt ein in eine wachsende Phobie gegenüber allem, was anders oder fremd ist. Selbstabschottung wird zur Normalität der Mitte. Solche Lähmung und Selbstabschottung gibt zu denken und fordert heraus.

■ Spätestens seit dem 11. September 2001 steht uns klar vor Augen: *Wir haben ein großes Haus geerbt, ein großes Haus der Welt, in dem wir zusammen leben müssen – Schwarze und Weiße, Morgenländer und Abendländer, Juden und Nichtjuden, Katholiken und Protestanten, Moslems und Hindus – eine Familie, die in Ideen, Kultur und Interessen zu Unrecht getrennt ist, die, weil wir niemals wieder getrennt leben können, irgendwie lernen muss, in Frieden miteinander auszukommen.* (Martin Luther King)

Wir sind zu globalem visionärem Denken herausgefordert. Darin ist der Dialog der Religionen und Kulturen unverzichtbar. Gerade weil die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, wie schwer es ist, weiterführende Schritte in solchem Dialog zu gehen, müssen wir die Anstrengungen verstärken. Allerdings werden solche Anstrengungen nur dann über Symbolpolitik hinausgehen und Frucht bringen, wenn sie unterfüttert werden von Hassan und Hans, Anne und Aishe. Globales visionäres Denken muss sich in lokalen Handlungsbezügen darstellen. Dabei wird nur eine Dialogstruktur zielführend sein, die nicht beim Austausch über die wechselseitigen Phobien stehen bleibt, sondern an echten Notwendigkeiten interessiert ist. Nur die gemeinsame Bewältigung von alltäglichen Herausforderungen vor Ort führt

in einen echten Dialog und lässt erkennen, welches Gottes- und Menschenbild uns jeweils leitet. Darum plädiere ich für einen Pakt von Kommunalpolitik, Kirchen, Moschee- und Kulturvereinen, Schulen und Initiativen vor Ort. Gerade weil die Bundes- und Länderpolitik immer mehr Aufgaben auf die Kommunen abschiebt, die diese nicht lösen können, entstehen vor Ort Notwendigkeiten, die ein zivilgesellschaftliches Engagement herausfordern. Im Bild gesprochen: Es kommt darauf an, dass Menschen unterschiedlicher Religionen und Kulturen sich an die Hand nehmen und sich händeringend nicht mehr loslassen. Im Ringen um gemeinsame Lösungen, Ziele und Wege vor Ort können wir gegenseitig erfahren, dass die Hand, die wir halten, uns selber hält. Dabei soll geradezu erkennbar werden, welches Gottes- und Menschenbild uns jeweils trägt und antreibt. Uns gegenseitig zeigen, was uns wertvoll und unverzichtbar ist – könnte das Motto sein. Der globale Dialog hat seine Keimzelle dort, wo Menschen einander in ihrem Alltag begegnen.

Als Christen haben wir viele Aspekte aus unserem Glauben in einen solchen händeringenden Dialog einzubringen, ohne die eine gemeinsame Zukunft der ganzen Menschheit nicht gedacht werden kann. Zu solchen christlichen Aspekten gehören:

■ GELEBTE WERTE

Die immer wieder aufflackernde Diskussion um Leitkulturen und Werte ist ein unübersehbares Indiz für das Fehlen überzeugender und mitreißender Visionen für die Zukunft unserer Gesellschaft. Dennoch wird uns ein abstrakter Wertehimmel nicht weiterhelfen, weil er keine Verbindlichkeit entwickelt, Werte immer auch zueinander in Konkurrenz stehen und von der Dominanz derer abhängen, die für sich die Interpretationshoheit über Werte deklarieren können.

Tragende und verbindende Werte aber werden in der Beziehungsarbeit und im offenen Diskurs greifbar. Was soll zwischen uns Menschen gelten? Was ist dir wichtig und was mir und wie entwickeln wir die Schnittstellen, die unser Zusammenleben von Tür zu Tür und Haus zu Haus gelingen lässt. Hier können Gemeinden – politische wie kirchliche – sich von der Herausforderung der jeweils örtlichen Situati-

on anstecken lassen und unabhängige Beteiligungsformen entwickeln, die von Transparenz und Partizipation leben.

Im Hintergrund einer solchen Wertediskussion auf lokaler Ebene – zwischen Betroffenen – hat aber die Einsicht zu stehen, dass die Würde eines jeden Menschen, die ihm nach jüdisch-christlicher Tradition aus seiner Gottesebenbildlichkeit zukommt, unverrechenbar und deshalb materiellem Werte-Denken unzugänglich ist. Gerade dann, wenn jede und jeder aufgefordert ist, die Werte einzubringen, die ihm aufgrund seiner Herkunft wichtig sind, kann deutlich vor Augen treten, wie sich unterschiedliche Werte im konkreten Raum stoßen können. Darin kann erfahrbar werden, dass Toleranz aus Glauben kommt. Nur wer selber tief gegründet ist, kann Fremdes zulassen. Auch die Bedeutung der Religionsfreiheit und des weltanschaulich neutralen Staates als unverzichtbare Rahmenbedingungen für das friedliche Miteinander von Religionen und Kulturen wird im Konkreten augenfällig.

■ GERECHTIGKEIT

Gerechtigkeit ist nicht nur ein Schlüsselbegriff der jüdisch-christlichen Tradition, sondern ebenfalls unabdingbare Voraussetzung für jedes Gemeinwesen. Allerdings greift das Verständnis von Gerechtigkeit als gerechte Verteilung von Gütern zu kurz. Gerechtigkeit ist vor allem Beteiligungsgerechtigkeit; diese setzt jedoch ein gewisses Maß an Verteilungsgerechtigkeit voraus. Denn nicht zuletzt die Pisa-Studie zeigt: Ohne Verteilungsgerechtigkeit gibt es keine Chancen- und Befähigungsgerechtigkeit. Jeder in Deutschland lebende Mensch hat nicht nur die gleiche Würde, sondern muss auch die gleichen Chancen auf Teilhabe an dieser Gesellschaft haben – auf soziale, politische, ökonomische und spirituelle Teilhabe. Dafür ist Bildung eine wesentliche Voraussetzung.

Das bedeutet, dass sich der Staat nicht weiter durch Individualisierungs- und Privatisierungstendenzen bei leeren öffentlichen Kassen handlungsunfähig machen darf, sondern darauf aus sein muss, Teilhabe zu befördern. Alles Wirtschaften steht im Dienst des Lebens. Der Markt darf deshalb nicht zum Selbstzweck werden. Der Markt lebt von Rahmbedingungen: Ein Markt-

platz entsteht nur dort, wo er umgrenzt wird von Rathaus, Schule, Spital, Wohnhäusern, Kirche, Synagoge und nun auch Moschee. Gerechtigkeit verträgt sich nicht mit Ausgrenzung. Wo Menschen sich vor Ort als soziale Wesen wahrnehmen, bekommen sie einen Namen, ein Gesicht und eine Geschichte. Das fördert die Integration und kann auch Sand in rigide Abschiebepraktiken streuen. Wer sich um Menschen kümmert, die kaum Zugang zu Gesundheit, Bildung und Arbeit haben, der müht sich um Gerechtigkeit, auch – oder gerade dann – wenn es sich um Menschen handelt, die in einem unsicheren Aufenthaltsstatus oder sogar illegal hier leben.

■ BILDUNG

Wer sich nicht ausreichend bilden kann, dem droht ein lebenslanges Verliererschicksal. Kein Mensch aber darf verlorengelassen werden. Bildung ist mehr als Anhäufen von Wissen, sie ist vor allem Persönlichkeits- und Herzensbildung. Das wird zum Beispiel signifikant an dem Zusammenhang von geringer Bildung und Neigung zu fremdenfeindlichem Verhalten. Die sprachliche Integration ist ein unverzichtbarer Bildungsbaustein, der mit hohem Engagement weiterverfolgt werden muss. Sie droht aber folgenlos zu bleiben, wenn sie nicht mit anderen Integrationsleistungen verknüpft wird. Hier haben örtliche Initiativen ihre große Chance. Sprachkurse können eingebettet werden in den Kontext von Gemeinden, Schulen, Initiativen – nicht mit der Absicht der Vereinnahmung, sondern der gegenseitigen Öffnung hin zu gemeinsamem Verstehen.

■ SOLIDARITÄT

Menschen teilen viele Lebensrisiken gemeinsam. Wo sie in ein Boot sitzen, steht vor Augen, dass Bedrohungen nur gemeinsam gemeistert werden können. Dann ist solidarischeres Verhalten zumeist selbstverständlich. Anders ist es, wenn die einen weniger bedroht sind als die anderen. Dann liegt solidarisches Verhalten eine bewusste Entscheidung zugrunde. Solidarität lebt davon, dass breite Schultern mehr tragen können als schmale. Daher birgt sie in sich ein asymmetrisches Prinzip: Eingezahlt wird nach Vermögen, ausgezahlt wird nach Bedarf.

Im deutschen Sozialmodell war Solidarität bisher die Grundlage der gemeinsamen Sicherung gegen die großen Lebensrisiken. Ihr asymmetrisches Prinzip ließe sich auch auf die Herausforderung übertragen, Deutschland als Einwanderungsland »wetterfest« zu machen. Deshalb muss die Solidarität einen guten Klang behalten und immer wieder eingeübt werden in Nachbarschaften, Gemeinden oder Schulen. Das alte System der Nachbarschaftshilfe ist bewährte Keimzelle und Modell einer solidarischen Gesellschaft. Denn Solidarität will im Alltag spürbar werden.

■ KOMMUNIKATION

Es gibt keine Alternative zum Dialog. In einem Kampf der Kulturen können alle nur verlieren. Kommunikation ist Entwicklung von Beziehungen.

Wer behauptet, muslimische und westliche Denk- und Lebensweisen seien nicht kompatibel, der will in Wirklichkeit keine Beziehungen. Deshalb ist das zu fördern, was der Annäherung und dem gegenseitigen Verstehen dient – mit dem Ziel eines von Respekt und gegenseitiger Achtung getragenen ge-

meinsamen Lebens. Auch dies gelingt am besten von Tür zu Tür – dort, wo die Menschen wohnen und leben, die es betrifft. Warum also nicht eine gegenseitige Einladung christlicher und muslimischer Gemeinden zu Erntedank und Ramadan? Warum nicht die Nacht der offenen Kirche mit einer Nacht der offenen Moscheen erwidern und sich gegenseitig einladen? Aus solchen oder ähnlichen Begegnungen mag dann die Erfahrung wachsen, die wir alle dringend brauchen: dass Fremdes keine Bedrohung ist, sondern eine Bereicherung in sich birgt.

Das alles ist sicherlich auch ein Wagnis. Aber es wird sich lohnen, wenn wir uns aus unseren kuscheligen Ecken hervortrauen, uns der Begegnung aussetzen, unser Gesicht dem Unbekannten aussetzen und dem Unbekannten gestatten, sein eigenes Gesicht zu zeigen. Für Christen ist es ein Reichtum, aufeinander angewiesen zu sein.

■ Alfred Buß, Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen und Vorsitzender der Kammer für Migration und Integration des Rates der EKD



Interkulturelle Woche 2006
Woche der ausländischen Mitbürger

**miteinander
zusammenleben gestalten**

Paula kauft bei Alexis ein neues Kleid • Ümit und Dimitri besuchen eine Vorstellung von Ulla's Theatergruppe • Mei Ling übersetzt für Alexis ein chinesisches Handbuch • Davor trifft Alexis beim Surfen • Ulla kennt Tina aus ihrer Stammkneipe • Tina, Giovanni's Tochter ist neu in der Stadt • Mei Ling hat Davor's Musikgeschmack • Tina übt Qi Gong in Mei Ling's Volkshochschulgruppe

Das Motiv ist als Postkarte und als Plakat (vierfarbig) erhältlich.

Postkarte
(1 - 49 Expl. je 0,25 €, ab 50 Expl. je 0,20 €)

Plakat DIN A3
(bis 9 Expl. je 0,40 €, ab 10 Expl. je 0,30 €, ab 100 Expl. je 0,20 €)

Plakat DIN A2
(bis 9 Expl. je 0,80 €, ab 10 Expl. je 0,50 €, ab 100 Expl. je 0,40 €)

Bestelladresse: Ökumenischer Vorbereitungsausschuss
Postfach 16 06 46
60069 Frankfurt am Main
Tel.: 069 / 23 06 05
Fax: 069 / 23 06 50
info@interkulturellewoche.de
www.interkulturellewoche.de

Das Motiv »Miteinander Zusammenleben gestalten« wurde entworfen von der Augsburger Kreativ Agentur UV Werbung.

EINE REALISTISCHE BLEIBERECHTSLÖSUNG IST NOTWENDIG FÜR LANGJÄHRIG GEDULDETE

Weihbischof Dr. Josef Voß

1. Dass sich die Innenministerkonferenz auf ihrer letzten Sitzung in Karlsruhe nicht auf eine Bleiberechtsregelung einigen konnte, ist für die Kirche nicht nur enttäuschend; um der betroffenen Menschen willen wird und kann sie sich damit nicht abfinden.

2. Die Kirchen haben sich entgegen mancher geäußerter Skepsis für die Verabschiedung des neuen Zuwanderungsgesetzes eingesetzt, u.a. weil es zum ersten Mal Zuwanderung und Integration verbunden hat und weil es vor allem die so genannten »Kettenduldungen« abschaffen sollte. Die Kirchen hatten es stets für unzumutbar gehalten, dass Menschen, die über längere Zeit in unserem Land leben, immer nur für eine jeweils kurze Zeit (in der Regel ein Vierteljahr) geduldet wurden und dadurch weder ein längerfristiges Arbeitsverhältnis finden bzw. eingehen konnten, um für sich selbst zu sorgen, noch eine Lebensperspektive und Lebensplanung entwickeln konnten. Das gehört aber zum menschlichen Leben.

3. Der Gesetzgeber hat mit dem neuen Zuwanderungsgesetz solche Kettenduldungen abschaffen wollen und dafür zumindest einige Ermessensspielräume eröffnet. Darum ist es umso unverständlicher, dass solche Möglichkeiten verschlossen werden und ungenutzt bleiben, indem eine restriktive Interpretation in der Regel zuungunsten der Migranten vorgeschrieben wird.

Die Kirchen erwarten und setzen sich dafür ein, dass das neue Zuwanderungsgesetz nach Buchstaben und Geist umgesetzt wird, gerade auch zugunsten langjähriger geduldeter Migranten, die sich nachweislich bei uns integriert haben.

Damit fordern die Kirchen nicht etwas Ungebührliches. Was durch die Anwendung des Gesetzes, vor allem der humanitären Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes, erreicht werden kann, soll realisiert werden.

4. Kriterium ist für die Kirchen nicht einfach nur die abstrakte Forderung nach einer Aufenthaltsdauer und der Erreichung eines Stichtages. Die notwendige Bleiberechtsregelung soll vor allem folgende Gruppen beachten:

4.1 Menschen, die wegen der Situation in ihrem Herkunftsland oder aus dringenden humanitären oder persönlichen Gründen, die sie nicht selbst vertreten können, über längere Jahre in unserem Land geduldet wurden und sich weithin integriert haben, brauchen ein Bleiberecht; ihnen darf nicht nach Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes die Arbeitserlaubnis entzogen oder die Erneuerung der Duldung versagt werden, so dass sie plötzlich rechtskräftig ausreisepflichtig sind. Das führt Menschen in eine Situation, die nicht zumutbar ist.

4.2 Besonders schutzbedürftig sind Familien mit kleinen Kindern bzw. mit hier geborenen oder aufgewachsenen Jugendlichen. Die Abschiebung einer Familie mit Kindern, die hier geboren sind, bedeutet sicherlich für die Kinder eine Form der Vertreibung. Schutz und Sicherheit der Einheit der Familie dürfen nicht zur Disposition gestellt werden; vielmehr braucht die Familie ein Minimum an Lebensperspektive und Lebensplanung.

4.3 Eine Bleiberechtsregelung soll anknüpfen an die faktisch bereits erreichte Integration der Betroffenen. Es muss berücksichtigt werden, was Familien bereits an Integration erbracht haben: geordnete Familienverhältnisse, Erfüllung der Schulpflicht für die Kinder, Erlernen der deutschen Sprache, Ausbildung der Jugendlichen, Aufnahme einer sozialpflichtigen Arbeit. Migranten, die bei uns geduldet sind, nehmen oft Arbeiten an, die andere als unzumutbar ansehen. Die Forderung nach einer über längere Zeit kontinuierlichen, eigen-

ständigen Sicherung des Lebensunterhaltes durch sozialpflichtige Arbeit ist unter den gegenwärtigen Bedingungen des Arbeitsmarktes unrealistisch und darum ungerecht. Kettenduldungen mit kurzen Duldungsfristen sind überdies in der Regel ein Hindernis, um ein sozialpflichtiges Arbeitsverhältnis eingehen zu können. Überdies ist es sehr bedenklich, wenn dieselbe Behörde, die die Duldung ausspricht, zugleich über die Arbeitserlaubnis entscheidet.

5. Wenn der Gesetzgeber das Ziel verfolgt, dass sich Zuwanderer in unserem Land integrieren, dann ist es nicht vermittelbar, dass Zuwanderer, die lange geduldet in unserem Land leben und de facto hier ihre Heimat haben und sich integriert haben, nach diesem neuen Gesetz ihre Duldung verlieren und in ein ihnen fremdes Land abgeschoben werden sollen. Das ist weder den betroffenen Migranten vermittelbar noch den vielen Bürgerinnen und Bürgern, bei denen sie sich integriert haben, noch den vielen ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in dem breiten Feld der Flüchtlingshilfe.

Münster, den 02.01.2006

■ Kontakt:
Weihbischof Dr. Josef Voß
Regionalbischof für die Region
Coesfeld-Recklinghausen
Rosenstraße 17, 48143 Münster

FÜR EINE KULTUR DER AUFNAHME

DER BEITRAG DER KIRCHE ZUR INTEGRATION VON ZUWANDERERN

Weihbischof Franz Vorrath



Foto: Achim Pohl

■ Für Deutschland stellt das Jahr 2004 einen Wendepunkt dar. Mit der Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes ist erstmals die notwendige Verknüpfung von Migration und Integration hergestellt worden. Damit ist ein Perspektivenwechsel gelungen, den nicht zuletzt die Kirchen und die Caritas seit langem angemahnt hatten. Zuwanderung und Integration müssen aktiv gestaltet werden. Das Zusammenleben von Einheimischen und Zugewanderten gelingt nicht von selbst. Beide Seiten müssen mit eigenen Integrationsleistungen dazu beitragen. Mit Blick auf die deutsche Mehrheitsgesellschaft brauchen wir einen nachholenden Lernprozess, der Ja sagt zur Realität eines Einwanderungslandes. Nur was innerlich angenommen und akzeptiert ist, kann auch angstfrei und menschengerecht gestaltet werden. Den Zuwanderern müssen wir ebenfalls er-

hebliche Anstrengungen abverlangen. Dort, wo ein Rückzug in geschlossene Milieus der Zuwanderergruppen droht oder bereits vollzogen wurde, muss mit aktiver Unterstützung der Migrantenselbstorganisationen und der Migrantengemeinden ebenfalls eine nachholende Integration erreicht werden.

THEOLOGIE DER INTEGRATION IN VIER SCHRITTEN

Für die Kirche und die Caritas ist beim Thema Migration und Integration eine »Kultur der Aufnahme« das Leitmotiv. Mit dieser Formulierung hat Papst Johannes Paul II. in seinem Apostolischen Schreiben »Ecclesia in Europa« einen bewussten Gegenakzent zu einer Politik der Abschottung gesetzt. Oft wird auch in katholischen Gemeinden gefragt: Geht eine so klare Positionie-

rung in einer politischen Frage nicht weit über das hinaus, was der eigentliche Auftrag der Kirche ist? Ein Blick in die Bibel und in kirchliche Dokumente seit dem Konzil lässt jedoch keinen Zweifel: Das Integrationsengagement der Kirche erwächst aus ihrem ureigenen Auftrag und Selbstverständnis. Diese Grundlage lässt sich in vier Schritten zusammenfassen.

Am Anfang steht die prägende Erfahrung, die Israel selbst in der Fremde gemacht hat. Jahwe zeigt sich dem unterdrückten Volk als ein Gott, der auf der Seite der Schwachen, der Migranten, steht und Israel aus der Knechtschaft Ägyptens befreit. Darum rücken Fremde in die Mitte der Schutzbestimmungen Gottes. »Einen Fremden«, so heißt es im Buch Exodus, »sollst du nicht ausbeuten. Ihr wisst doch, wie es einem Fremden zumute ist; denn ihr seid selbst in Ägypten Fremde gewesen« (Ex 23,9).

MIGRANTEN ALS SAKRAMENT DER PRÄSENZ CHRISTI

Den zweiten Schritt geht Jesus. In Wort und Tat verkündet er die Liebe zum Nächsten als grenzüberwindendes Gebot. Im Gleichnis vom barmherzigen Samariter (Lk 10,25-27) wird deutlich, dass nicht nur derjenige, der einem selbst nahe steht, geliebt werden und zu seinem Recht kommen soll. Christen sind vielmehr aufgerufen, jedem, der unter die Räuber gefallen ist, zum Nächsten zu werden. Das umfassende Liebesgebot gilt also auch einem bisher fern stehenden Menschen. Das Gleichnis vom Weltgericht formuliert dies eindeutig und unmissverständlich. »Ich war fremd und obdachlos, und ihr habt mich aufgenommen« (Mt 25,35). Damit wird der Fremde zum Gast, in dem Jesus selbst gegenwärtig ist. Johannes Paul II. spricht in der Botschaft zum Welttag der Migranten 1996 vom schwachen, wehrlosen und an den Rand gedrängten Menschen als »Sakrament der Präsenz Christi«.

NICHT NUR BARMHERZIGKEIT, SONDERN GERECHTIGKEIT

Diese theologischen Überlegungen bleiben aktuell insbesondere mit Blick auf oft übersehene Migranten: Flüchtlinge, Asylsuchende oder Menschen in der

Illegalität. Gerade die Angehörigen der letzten Gruppe, die in Deutschland eine Größenordnung von 500.000 bis eine Million erreicht hat, befinden sich oft in akuter Not: ohne rechtlichen Schutz, ohne medizinische Versorgung, die Kinder ohne Zugang zu Bildung. Hier sind vielfach Barmherzigkeit und direkte, individuelle Hilfe gefordert. Es geht jedoch nicht allein um Barmherzigkeit, es geht auch um Gerechtigkeit. Migranten dürfen nicht durch kirchliches Engagement, das sich allein an den Schutzrechten und Beistandspflichten für Fremde orientiert, auf die Rolle als Fremde festgeschrieben werden. Ziel der Integration ist die Überwindung der Mauern zwischen Einheimischen und Fremden, zwischen Deutschen und Zuwanderern.

Im dritten Schritt ist daher auf die unantastbare Würde jedes Menschen hinzuweisen. Sie ist nach christlicher Auffassung in der Schöpfung, genauer gesagt in der Gottebenbildlichkeit des Menschen, begründet. Bestätigt wird diese Würde in einzigartiger Weise durch die Zuwendung Gottes in der Menschwerdung Jesu und in der Erlösung durch seinen Tod und seine Auferstehung. Diese Zuwendung Gottes gilt allen Menschen in gleicher Weise.

GLEICHE WÜRDE VERLANGT GLEICHE LEBENSCHANCEN

Die Überzeugung, dass jedem Menschen die gleiche in Gott verbürgte Würde zukommt, trägt das christliche Verständnis von Integration. Gleiche Würde verlangt gleiche Rechte und gleiche Pflichten. Dies widerspricht allen Konzepten, die einseitig von Vorrechten der Einheimischen ausgehen und von Zugewanderten eine umfassende Anpassung und die Aufgabe ihrer Herkunftskultur fordern. Die Mehrheitsgesellschaft muss die Werte, die kulturellen und religiösen Prägungen der Zuwanderer respektieren – es sei denn, sie widersprechen den Grundwerten unserer Verfassung. Im Verhältnis von Mann und Frau zum Beispiel oder der Anerkennung des wertgebundenen, aber säkularen Staates können überkommene kulturelle und religiöse Traditionen der Zuwanderer, die der Verfassung widersprechen, in Deutschland keine Toleranz beanspruchen. Gleichzeitig muss die Verantwortung der Migranten klar benannt werden.

Wer dies unterlässt oder allein auf die Versäumnisse des Staates und der Gesellschaft hinweist, nimmt die Würde der Migranten ebenfalls nicht wirklich ernst. Das Prinzip der Integration ist in einem einfachen Satz formuliert: Gleiche Würde verlangt gleiche Lebenschancen. Die Integration muss also auf eine umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgerichtet sein. Die sozialen Indikatoren im Bereich Arbeit und Einkommen, Wohnen und Bildung sprechen hier eine deutliche Sprache. Es bleibt noch viel zu tun, bis eine gleichberechtigte wirtschaftliche und soziale, kulturelle, rechtliche und politische Teilhabe der Zuwanderer erreicht ist.

VISION VON DER EINHEIT ALLER MENSCHEN, VÖLKER UND KULTUREN

Integration braucht schließlich im vierten Schritt eine theologische Orientierung, die über den Abbau von Benachteiligung hinausgeht. Warum eigentlich sollen Fremde keine Fremden bleiben? Was spricht dagegen, dass jede ethnische und religiöse Gruppe für sich allein glücklich wird? Warum reicht uns ein halbwegs friedliches Nebeneinander nicht aus? Warum sollen wir so viel Kraft in ein gelingendes Miteinander investieren?

Für Christen geht es dabei um die Einheit der Heilsgeschichte. Gott ist der Schöpfer und Vollender der ganzen Welt, aller Völker und Kulturen. Sein Heilswille umfasst die ganze Menschheit. Jeder Einzelne hat seinen Ursprung und sein Ziel in Gott. Wir finden diesen Gedanken der Universalität der Geschichte bereits im Motiv der Völkerwallfahrt zum Berg Zion bei Jesaja (2, 2-4; vgl. Mi 4,1-3). Er ist grundlegend für das kirchliche Verständnis von Kulturen und Religionen. Und er hat konkrete Folgen: Wenn sich die Kirche als »Zeichen und Werkzeug« dieses universalen Heils versteht, als Zeichen und Werkzeug der in Gott begründeten Einheit der Menschheitsfamilie, dann muss dies zunächst innerhalb der Kirche, aber auch im kirchlichen Handeln nach außen sichtbar werden.

INTEGRATIONSENGAGEMENT DER KIRCHE

Dabei können die Kirche und ihre Caritas auf eine lange und breite Tradition zurückblicken. Sie haben erhebliche Integrationsleistungen erbracht. Dies gilt für die Gemeinden vor Ort mit ihren Kindertagesstätten und dem Engagement für Asylsuchende und Flüchtlinge. Es gilt für die muttersprachlichen Gemeinden und die Sozialberatung der Caritas. Es gilt auch für die Einrichtungen im Bereich der Gesundheitshilfe, der Familienhilfe und der Jugendhilfe. Es gilt nicht zuletzt für die kirchliche Bildungsarbeit.

Der Integrationsprozess ist jedoch ein dynamisches Geschehen, ein fortschreitender Lernprozess, bei dem sich niemand auf der Tribüne ausruhen kann. Wir sind auf einem guten Weg, aber noch nicht am Ende des Weges. In Strukturen der Pfarrgemeinden und der kirchlichen Verbände sind katholische Zuwanderer bisher noch nicht ausreichend vertreten. Die Kontakte zwischen den Ortsgemeinden und den muttersprachlichen Gemeinden sind vielfach nicht von solcher Qualität, dass Kirche als Volk aus Völkern wirklich erlebbar würde. In der kirchlichen Jugendarbeit kann die multiethnische Realität von Kirche und Gesellschaft noch stärker wahrgenommen und Bestandteil der Arbeit werden. Unbefriedigend ist auch die Tatsache, dass der Anteil der bei der Kirche und ihrer

Caritas angestellten Mitarbeitenden mit Migrationshintergrund nicht ihrem Anteil an der katholischen Bevölkerung entspricht.

DIALOG MIT DEM ISLAM

Eine spezielle Kompetenz bringen Kirche und Caritas mit, wenn es um die Rolle der Religion bei der Integration geht. Angesichts der großen Zahl türkischstämmiger Migranten steht dabei vor allem der Islam im Vordergrund. Weil der säkulare Staat selbst kein Akteur im interreligiösen Dialog sein kann, kommt es besonders in diesem Bereich darauf an, die Arbeit der Kirchen und der muslimischen Gemeinden und Verbände zu unterstützen. Innerkirchlich müssen die guten Ansätze des christlich-islamischen Dialogs weitergeführt und intensiviert werden. Es müssen dauerhafte und verlässliche Dialogstrukturen besonders auf kommunaler Ebene und in Stadtteilen mit hohen Zuwandereranteilen aufgebaut werden.

Der interreligiöse Dialog darf dabei nicht auf Gemeinden und Initiativen beschränkt bleiben. Er gehört auch zum Profil katholischer Einrichtungen in einer Einwanderergesellschaft und muss implementiert werden in Krankenhäusern, Pflegediensten, Beratungsstellen, Behindertenheimen etc. Dabei ist auch die Sprachfähigkeit mit Blick auf den eigenen Glauben wieder neu zu

lernen. Von diesem notwendigen Dialog mit dem Islam dürfen uns internationaler Terrorismus und islamistische Tendenzen auch in Deutschland nicht abhalten. Die überwiegende Mehrheit der Muslime in Deutschland lehnt die Instrumentalisierung des islamischen Glaubens für politisch-ideologische und terroristische Ziele entschieden ab. Das Zusammenleben von Christen und Muslimen in Deutschland bietet eine große Chance, ein Gegenmodell zum behaupteten Kampf der Kulturen zu entwickeln und die These von der Inkompatibilität des Islam mit dem Westen zu widerlegen.

DAS KONKRETE VORBILD WIRKT INSPIRIEREND UND HERAUSFORDERND

Inspirierend und herausfordernd sind wir als Kirche für die Gesellschaft nur dann, wenn wir uns selbst ganz konkret einsetzen für ein gelingendes Zusammenleben von Einheimischen und Zugewanderten. Wenn sich unsere Gemeinden mit ihren Einrichtungen, kirchliche Verbände ebenso wie Dienste und Einrichtungen der Caritas stark machen für eine Kultur der Aufnahme, für eine Integration in Würde, dann engagieren wir uns in einer der zentralen Herausforderungen unserer Zeit und geben gleichzeitig ein Glaubenszeugnis. Das Jahresthema der Caritas 2006 »Integration beginnt im Kopf. Für ein besseres Miteinander von Deutschen und Zuwanderern« ist dazu eine weitere gute Gelegenheit.

aus: caritas in NRW 1/06

■ Weihbischof Franz Vorrath ist Vorsitzender des Diözesan-Caritasverbandes im Bistum Essen und Vorsitzender der Katholischen Arbeitsgemeinschaft Migration.

■ Kontakt:
Weihbischof Franz Vorrath
Bischöfliches Generalvikariat
Essen
Zwölfling 16, 45127 Essen

Foto: Achim Pohl



OFFENHEIT GELERNT

»50 JAHRE DEUTSCH-ITALIENISCHER ANWERBEVERTRAG«

Karl Kardinal Lehmann

Der Deutsch-Italienische Anwerbevertrag vom 20. Dezember 1955 markiert den Beginn der modernen Arbeitsmigration nach Deutschland. Wohl den wenigsten der damals Beteiligten dürfte jedoch bewusst gewesen sein, welche tief greifenden gesellschaftlichen Prozesse damit angestoßen wurden. Der ursprünglichen Absicht nach sollte es um eine zeitlich befristete und nach dem Rotationsprinzip organisierte Vermittlung von Arbeitskräften gehen. Tatsächlich aber wurde West-Deutschland zu einem Einwanderungsland. Lange Zeit ist dies kaum wahrgenommen, geschweige denn anerkannt worden. Man wird sagen dürfen: Letztlich hat erst das Zuwanderungsgesetz aus dem Jahre 2004 einen gesellschaftlichen Konsens dokumentiert, der angemessen an der Wirklichkeit Maß nimmt. Nunmehr anerkennt Deutschland die Realität der dauerhaften Einwanderung und beginnt, sich den Herausforderungen der Integration systematisch zu stellen.

Ich will nur wenige Stichworte nennen, um die Brisanz dieser Aufgabe wenigstens anzudeuten. Nach wie vor bestehen – wenngleich nach Einwanderergruppen sehr unterschiedlich ausgeprägte – sprachliche, soziale und kulturelle Barrieren zwischen Einheimischen und Zuwanderern.

DIE HERAUSFORDERUNGEN ANERKENNEN

Die Arbeitslosigkeit unter den Migranten ist höher als im Durchschnitt der Bevölkerung.

Kinder von Zuwanderern haben größere Schwierigkeiten, schulische Erfolge zu erlangen. Nicht zuletzt bei Einwanderern der 2. und 3. Generation zeigen sich Unsicherheiten hinsichtlich der eigenen Identität. In manchen Großstädten drohen so genannte Parallelgesellschaften zu entstehen. Auch die religiöse Landschaft hat sich verändert: Mit den Zuwanderern aus der Türkei und aus dem arabischen Raum ist der Islam

zu einer neuen Realität in unserer Gesellschaft geworden, sodass wir vor der Aufgabe stehen, das Zusammenleben von Menschen verschiedener Religionszugehörigkeit einzuüben.

Diese Problemanzeigen und Herausforderungen dürfen nicht verschwiegen werden. Dies sollte auch der Blick auf die aktuellen Ereignisse in Frankreich lehren, die uns mit brutaler Deutlichkeit vor Augen stellen, welche Folgen ein kollabierender gesellschaftlicher Zusammenhalt mit sich bringen kann. Gewiss ist die Situation in Frankreich eine andere als in unserem Land. Auch wäre es falsch, sich jetzt zu hektischem und angstbesetztem Aktionismus verführen zu lassen. Aber als Warnzeichen sollten die sozialen Unruhen im Nachbarland durchaus verstanden werden.

Es wäre allerdings gänzlich verfehlt, die Zuwanderung, die Deutschland in den letzten 50 Jahren erlebt hat, vor allem von den Schwierigkeiten her zu betrachten. Niemand sollte vergessen, wie viel unser Land den Menschen zu verdanken hat, die zu uns gekommen sind. Nicht nur haben sie in der Zeit des so genannten »Wirtschaftswunders« einen wichtigen Beitrag zur ökonomischen Entwicklung geleistet.

Durch sie ist Deutschland auch bunter und vielfältiger geworden. Zudem haben die Einheimischen gerade im Austausch mit den Zuwanderern jene größere geistige und kulturelle Offenheit erlernt, die es ihnen heute besser ermöglicht, in der globalen Wirklichkeit unserer Zeit zu bestehen. All dies bedeutet eine Bereicherung, für die wir dankbar sein dürfen.

SCHON IMMER EINE ENGE ANZIEHUNG

Ganz zweifellos trifft dies vor allem auch für die zugewanderten Italiener und für die Italienischstämmigen zu. Viele von ihnen haben eine gelungene Integrationsgeschichte hinter sich. Italienische Namen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens und bis hinein in die Reihen des Bundesverfassungsge-

richtes sind Zeugnisse für diese Entwicklung. Freilich ist dies nicht nur Ergebnis der Entwicklung der letzten Jahrzehnte. Immer schon hat es eine enge Anziehung und einen Austausch zwischen Italien und Deutschland gegeben. Hier in Mainz brauche ich nur den Namen Romano Guardini zu nennen, dessen Familie nach Mainz kam, weil der Vater italienischen Wein importierte. Unübersehbar ist gerade auch der Beitrag Italiens zur Alltagskultur unseres Landes, den heute kaum noch jemand missen möchte. Es geht nicht nur um Pizza und italienische Restaurants, sondern auch um italienische Mode, Musik und andere Errungenschaften unseres Lebens.

Als katholische Kirche in Deutschland dürfen wir durchaus einen gewissen Anteil an glücklich verlaufenden Integrationsbiografien für uns in Anspruch nehmen. Jedenfalls war die Kirche von Anfang an bemüht, den humanitären und pastoralen Herausforderungen, die die Zuwanderung aufgeworfen hat, gerecht zu werden. Neben den Arbeitsmigranten stehen dabei auch Flüchtlinge und Asylsuchende, deutschstämmige Aussiedler und irreguläre Zuwanderer im Blick. Auch hier will ich mich mit wenigen Schlaglichtern begnügen:

- Durch die Gründung von rund 480 muttersprachlichen Gemeinden für 29 Volks- bzw. Sprachgruppen haben die deutschen Diözesen den katholischen Migranten die Möglichkeit zur Pflege ihrer eigenen religiösen Traditionen und zugleich der Beheimatung unter dem Dach der deutschen Ortskirche erleichtert.
- Der Deutsche Caritasverband unterhält eine Vielzahl von Migrationsberatungsstellen, die allen Zuwanderern – nicht nur den katholischen – offen stehen und eine umfassende soziale Begleitung gewährleisten. In besonderer Weise engagieren sich die Caritasverbände der verschiedenen Ebenen auch bei der Erstberatung und bei den Sprachkursen, die nach dem neuen Zuwanderungsgesetz obligatorisch geworden sind.



Italienische »Gastarbeiter« im Saarland

Zum Erfolg dieser Arbeit trägt nicht zuletzt ein Netzwerk ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer bei, das die professionellen Angebote durch konkrete Unterstützung vor Ort ergänzt.

- Ich möchte den Blick darüber hinaus auf die Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB), die Christliche Arbeiterjugend (CAJ) und den Kolping-Verband lenken, die sich ebenso wie die italienische katholische Arbeiterbewegung ACLI und die spanische Schwesterorganisation HOAC für die Integration der Einwanderer in der Arbeitswelt einsetzen. Hier gibt es auch eine gute und verlässliche Kooperation mit den Gewerkschaften.
- Eine besondere Erfolgsgeschichte stellt die vor 30 Jahren gemeinsam von der Evangelischen Kirche in Deutschland, der Deutschen Bischofskonferenz und der Griechisch-Orthodoxen Metropolie in Deutschland gegründete »Woche der ausländischen Mitbürger/Interkulturelle Woche« dar. Sie ist inzwischen durch die Zusammenarbeit mit vielen kommunalen Gremien, mit Gewerkschaften, Ausländerbeiräten und sozial engagierten Gruppen zu einer starken Bürgerinitiative für Integration und Partizipation der Migranten in Deutschland geworden. Jährlich finden über 2.000 Aktionen und Veranstaltungen in über 200 Städten und Gemeinden statt.

DURCHGANGSSTATION STATT ENDPUNKT

Wenn wir jetzt das Jubiläum »50 Jahre Deutsch-Italienischer Anwerbevertrag« feiern, ist das Anlass, all jenen sehr herzlichen Dank auszusprechen, die sich in den zurückliegenden 50 Jahren für ein gutes Miteinander in unserem Land eingesetzt haben: Ich danke den staatlichen und kirchlichen Behörden beider Länder. Ganz besonders herzlich möchte ich auch den Priestern und den Ordensschwestern, aber auch den hauptamtlichen und ehrenamtlichen Laien danken, nicht zuletzt in der Sozialberatung, die unermüdlich ihren Landsleuten in der Fremde zur Seite gestanden sind.

Freilich stehen wir nicht an einem Endpunkt, eher an einer Durchgangsstation. Für eine umfassende soziale, kulturelle und politische Integration der Zuwanderer bleibt noch viel zu tun. Stets neu müssen wir in unserer Gesellschaft – unter Einheimischen wie unter Migranten – für die richtige Perspektive im Umgang miteinander werben: weg von Misstrauen und Abwehr, hin zu einer Anerkennung des Fremden und zur Offenheit gegenüber den sozialen und kulturellen Chancen des Zusammenlebens. Gesellschaftliche Organisationen, Kirchen und Staat sind hier ebenso gefordert wie die vielen Einzelnen und die Familien, die im alltäglichen Leben – in der Nachbarschaft, am

Arbeitsplatz und in den örtlichen Vereinen – oft ganz selbstverständlich Menschen anderer Herkunft begegnen. Hier wird meist nicht viel über Integration geredet, sie wird Tag für Tag gelebt.

GEMEINSAME WERTE TRAGEN DAS MITEINANDER

Aber auch die Offenheit füreinander, so sehr sie ein unverzichtbarer Weg der Integration ist, kann nicht schrankenlos sein.

Immer mehr Menschen ist in den letzten Jahren deutlich geworden, dass wir einen gesell-

schaftlichen Konsens über die Grundlagen des Zusammenlebens benötigen. Es bedarf gemeinsamer Werte, die eine Ordnung des Miteinanders tragen. Eine solche gemeinsame Basis ist auch gerade für eine erfolgreiche Integration von fundamentaler Bedeutung. Denn sie trägt dazu bei, dass aus Verschiedenheiten – der Herkunft, der Kultur oder der Religion – nicht feindselige Barrieren werden. Sie bildet den festen Boden, der es erlaubt, dass wir uns aufrichtig dem jeweiligen Anders-Sein stellen und so eine gute gemeinsame Zukunft finden. Unsere kirchliche Gemeinschaft, die Heimat und Nation in ihrer Bedeutung für die Menschen anerkennt, kann und muss durch ihre weltweite Zusammengehörigkeit, nämlich durch ihre wahre Katholizität, die Kraft zu beidem aufbringen, der Anerkennung des Anderen und der engen geschwisterlichen Zusammenarbeit mit anderen Ortskirchen. Für diesen schwierigen, aber auch lohnenden Weg wünsche ich uns allen Kraft, Geduld, Beharrlichkeit und den reichen Segen Gottes.

■ Karl Kardinal Lehmann
Bischof von Mainz
Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz

Grußwort beim Festakt »50 Jahre Deutsch-Italienischer Anwerbevertrag« am 12.11.2005 in Mainz

MITEINANDER ZUSAMMENLEBEN GESTALTEN EINE HERAUSFORDERUNG FÜR DIE KOMMUNEN

Dr. Stephan Articus

WAS HEISST ZUSAMMENLEBEN GEMEINSAM ZU GESTALTEN?

1. Das heißt bestimmt, Fremdenfeindlichkeit, Ausländerfeindlichkeit, Diskriminierung, Rassismus, Extremismus und fremdenfeindliche Gewaltbereitschaft in keiner Weise zu dulden und insbesondere Jugendlichen, die sich darin verfangen haben, in der Überwindung zu helfen.

2. Das heißt, positiv gewendet, Toleranz und Bereitschaft zum friedlichen Zusammenleben zu fördern, zu kultivieren und besonders wert zu schätzen.

3. Das heißt, gesellschaftliches und politisches Ringen um die Voraussetzungen der sozialen Integration aller in unserem Land lebenden Menschen:

- Integration bedeutet dabei, befähigt zu sein zur Kommunikation und Verständigung und – wenn sie gelungen ist – zum Dialog und Verständnis.
- Integration heißt sicherlich, Chancen auf berufliche Qualifizierung und Teilhabe am wirtschaftlichen Leben, am Erwerbsleben.
- Integration heißt – und hier wird es bekanntermaßen ziemlich schwierig – Schutz der herkunftsbezogenen kulturellen Identität und Schutz der Integrität des herkunftsbezogenen sozialen Umfelds. Diese werden gleichermaßen als Voraussetzung sowie als Hindernis von Integration diskutiert. Über diese schwierige Frage der richtigen Balance zwischen traditioneller Identität und Assimilation gibt es meiner Ansicht nach zu wenig politischen und gesellschaftlichen Austausch. Der Schutz unterschiedlicher Lebensweisen und Traditionen, Wertordnungen und Anschauungen ist wohl die ausschlaggebende Nahtstelle, an der sich die Voraussetzungen einerseits

und die Hemmnisse der gesellschaftlichen Integration andererseits unmittelbar berühren. Die Gestaltung des miteinander Zusammenlebens, wie Sie sie mit Ihrer heutigen Tagung zum Thema gemacht haben, erfordert meiner Ansicht nach gerade an dieser Nahtstelle von Assimilationsanforderungen und Bewahrung unterschiedlicher kultureller Traditionen wesentlich mehr Austausch, Klärung und Verständigung, als bisher in unserem Lande erreicht sind.

4. Wie immer man diese Frage beantwortet: Klar scheint mir in jedem Fall, dass die gemeinsame Gestaltung des miteinander Zusammenlebens bedeutet: Vielfalt von Lebensweisen. Vielfalt von Traditionen und Kulturen in unserem Lande sind nur dann möglich, wenn die Forderung und Förderung einer gemeinsamen Orientierung an den Grundregeln unserer freiheitlichen, sozialen und demokratischen Gesellschaft – wie sie das Grundgesetz beschreibt – gelingt. Die Gestaltung des Zusammenlebens in der Vielfalt von Traditionen und Lebensweisen kann um so besser gedeihen, je fester diese gemeinsame Orientierung am Grundgesetz unseres Landes ausgebildet ist.

Auf wen könnte das Motto der diesjährigen Interkulturellen Woche besser zutreffen als auf die Kommunen? In Stuttgart, Mannheim, Frankfurt am Main und Esslingen ist bereits jetzt jeder fünfte Einwohner ausländischer Nationalität. Offenbach hat sogar einen Ausländeranteil von über 30 %.

Diese Zahlen spiegeln die veränderte gesellschaftliche Realität aber nur unzureichend wider. Denn in den vergangenen Jahren sind auch über 3 Millionen Aussiedler mit deutschem Pass eingewandert, wurden allein seit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts über eine Million Ausländer zu Deutschen und erhalten Kinder von ausländischen Eltern – unter den Voraussetzungen des Staatsangehörigkeitsgesetzes – mit der Geburt die deutsche

Staatsbürgerschaft. Nach Prognosen wird sich der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in manchen westdeutschen Großstädten in Zukunft auf mehr als 50 % der Gesamtbevölkerung entwickeln.

Diese Fakten und Zahlen verdeutlichen uns eins: Wichtig ist ein gemeinsamer Dialog, das Werben für Solidarität und Toleranz, ein Zeichensetzen für das Zusammenleben. Aber auch im persönlichen, nachbarschaftlichen Bereich

durch Begegnungen und Kontakte zu einem besseren Verständnis zu kommen und zum Abbau von Vorurteilen beizutragen, ist ein elementares Anliegen. Ziele, die im Zusammen-

leben vor Ort in den Kommunen Alltag sein sollten, sind genau die Ziele, die die »Interkulturelle Woche/ Woche der ausländischen Mitbürger« seit Jahren mit Engagement verfolgt. Es freut mich daher besonders, dass inzwischen rund 170 Städte und Gemeinden die jährlich im Herbst stattfindende »Interkulturelle Woche/ Woche der ausländischen Mitbürger« gemeinsam mit den Kirchen und vielen gesellschaftlichen Gruppen mit großem Engagement und großem Erfolg durchführen.

Gekürzte Fassung der Rede auf der Bundesweiten Vorbereitungstagung zur Interkulturellen Woche 2006, am 03. - 04.02.2006 in Berlin. Die vollständige Fassung finden Sie unter www.interkulturellewoche.de

»Ziele, die im Zusammenleben vor Ort in den Kommunen Alltag sein sollten, sind genau die Ziele, die die »Interkulturelle Woche/ Woche der ausländischen Mitbürger« seit Jahren mit Engagement verfolgt.«

■ Dr. Stephan Articus ist Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städtetages
Kontakt: Deutscher Städtetag,
Hauptgeschäftsstelle Köln,
Lindenallee 13 - 17, 50968 Köln,
Tel.: 0221/37 71-0, Fax: 0221/37 71-128,
www.staedtetag.de

DIE UNRUHEN VOM HERBST 2005 IN DEN FRANZÖSISCHEN VORSTÄDTEN URSACHEN UND LEHREN FÜR DEUTSCHLAND

Dr. Steffen Angenendt

Im vergangenen Herbst schreckten uns die Bilder der brennenden französischen Vorstädte auf. Tagelang wurde in den Medien die bange Frage gestellt, ob so etwas auch bei uns möglich sei. Seitdem der französische Staat – wenn auch nur mit Mühe und unter massiven Einsatz von Polizei – die Kontrolle über die Vorstädte zurück gewonnen hat, ist das Interesse an den Ereignissen erloschen, und die Geschehnisse werden mit der »eben etwas anderen« französischen Art zu protestieren erklärt.

Es gibt allerdings – auch unabhängig von den jüngsten Massenprotesten gegen die Vorschläge der französischen Regierung zur Arbeitsmarktreform – gute Gründe, diese Unruhen nicht zu schnell zu vergessen, sondern sich mit ihren Ursachen auseinander zu setzen. Zum einen waren die Ausschreitungen kein singuläres Ereignis, sondern sie

hatten zahlreiche Vorläufer: Seit Ende der 1970er Jahre, seit den Jugendunruhen in Les Minguettes bei Lyon, hat es immer wieder Ausbrüche von Gewalt in den französischen Vorstädten gegeben, und immer wieder hat der französische Staat mit einer Mischung aus Härte und sozialpolitischen Maßnahmen reagiert. Diese Interventionen konnten aber die Ursachen für die Unruhen nicht reduzieren, im Gegenteil: Die Aufstände eskalierten von Mal zu Mal, die Gewaltbereitschaft wuchs. Die Herbst-Unruhen dehnten sich innerhalb von zwei Wochen nach dem Ausbruch in Clichy-sous-Bois wie ein Flächenbrand auf ganz Frankreich aus, und die Zerstörungen erreichten ein bis dahin unbekanntes Ausmaß. Wie also wird die nächste Eskalationsstufe aussehen? Wird die Regierung dann die Armee einsetzen?

»Es gibt allerdings gute Gründe, diese Unruhen nicht zu schnell zu vergessen, sondern sich mit ihren Ursachen auseinander zu setzen.«

Die Sorge um die innere Entwicklung unseres wichtigsten europäischen Partners wäre schon Anlass genug, sich mit den Ursachen der Gewalttätigkeiten zu befassen. Hinzu kommt aber noch, dass die Ereignisse offensichtlich etwas mit Zuwanderung zu tun haben. Und in dieser Hinsicht hatten und haben Deutschland und Frankreich durchaus vergleichbare Strukturen: So ist der Anteil der Zuwanderer und ihrer Nachkommen ähnlich, ebenso die Formen der Zuwanderung, mit einem großen Anteil von Menschen aus den ehemaligen Kolonial- bzw. Staatsgebieten, einem bedeutenden Anteil von angeworbenen Arbeitsmigranten, einem starken Familiennachzug, einer großen Zahl von Asylbewerbern und einer erheblichen illegalen Zuwanderung. Ähnlich sind auch die Niederlassung der Zuwanderer vor allem in den industriellen Ballungsgebieten, ihre sozialstrukturellen Merkmale und ihre Stel-





FRAGEBOGEN VARIANTE C

lung in der Gesellschaft. Sogar die Muster der staatlichen Migrationspolitik gleichen sich und vieles andere mehr, bis hin zu der Tatsache, dass beide Länder einen großen Anteil muslimischer Zuwanderer aufweisen.

Die Beschäftigung mit den Gründen für diese Gewalt muss also weitergehen, Wir müssen diskutieren, in welcher Hinsicht in Deutschland ähnliche Entwicklungen drohen – und was wir unternehmen können, um das zu verhindern.

DIE URSACHEN

Die Ursachen für die Ausschreitungen sind vielfältig: Sie liegen im spezifischen französischen Modell der Stadtentwicklung, im wirtschaftlichen Strukturwandel, der gering qualifizierte Arbeitskräfte zunehmend überflüssig macht, in einer hierarchischen und elitären Bildungspolitik, im Umgang der Politiker mit dem Problem der Vororte, in einem Integrationskonzept, das der Lebenswirklichkeit der Jugendlichen widerspricht und im zum Teil immer noch unbewältigten Erbe der Kolonialzeit.

Eine zentrale Ursache liegt zunächst in den Vorstädten selbst, im Stadtplanerischen. Diese Wohnmaschinen entstanden – wie in Deutschland, aber in weit aus größeren Dimensionen – seit den

1960er Jahren an den Rändern der großen Städte. Das Ergebnis sind ethnisch heterogene, mehrheitlich von armen und gering qualifizierten Menschen ausländischer Herkunft bewohnte, baulich und infrastrukturell heruntergekommene Wohngebiete. Die Einkommen in diesen Stadtgebieten erreichen lediglich 66 % des nationalen Durchschnitts, das Steueraufkommen 61 %. Eine lokale Ökonomie existiert faktisch nur noch als Kleingewerbe, die Betriebe in der Umgebung haben entweder geschlossen oder bevorzugt bei Einstellungen Franzosen. Die Bewohner der Großsiedlungen haben kaum Chancen auf dem regulären Arbeitsmarkt, und vor allem Jugendliche sehen keine Perspektive. Kürzlich hat ONZUS, das nationale Beobachtungszentrum für die benachteiligten Stadtgebiete (zones urbaines sensibles, ZUS), mitgeteilt, dass die Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich im Durchschnitt bei 23 % liege, in den Problemvierteln aber bei 36 %. Und auch dabei gibt es noch Unterschiede nach ethnischer Herkunft: Einer anderen aktuellen Studie zufolge beträgt die Arbeitslosigkeit bei 16- bis 25-Jährigen maghrebischer Herkunft etwa 40 %, bei Gleichaltrigen französischer Abstammung hingegen 20 %.

»Zu der Frustration der Jugendlichen trägt bei, dass auch formale Bildungsabschlüsse keinen Ausweg darstellen.«

Zu der Frustration der Jugendlichen trägt bei, dass auch formale Bildungsabschlüsse keinen Ausweg darstellen. Es gibt einerseits das Versprechen der Politiker, dass 80 % eines Jahrgangs das Abitur machen können und dass durch einen formalen Bildungsabschluss sozialer Aufstieg möglich sei. Im streng hierarchischen französischen

Bildungssystem ist die tatsächliche Bedeutung dieser Abschlüsse aber so entwertet, dass selbst die Wenigen aus den Brennpunktgebieten, die einen solchen Abschluss erwerben,

keine bessere Arbeit finden. Viele Untersuchungen zeigen, dass bei Einstellungen letztlich doch der Ort entscheidend ist, an dem der Bildungsabschluss erworben wurde, und dass Unternehmen im Zweifelsfall eben doch eher Jean-Charles als Mohammed einstellen. So ergab eine kürzlich durchgeführte Studie der Sorbonne, dass Bewerber aus den banlieues Clichy und Aulnay bei Paris oder Vénissieux bei Lyon fünf mal geringere Chancen hatten, zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen zu werden, als Jobsuchende aus bürgerlichen Wohngebieten mit gleichen formalen Qualifikationen. Alternativen zur Schulausbildung fehlen: Es gibt kein duales Ausbildungssystem, das eine Lehre mit einer begleitenden Berufsschulausbildung verbindet.

Auch die Familien können die Jugendlichen in der Regel nicht auffangen. Die Eltern, oft faktisch Analphabeten, sind keine Rollenmodelle mehr. Die Väter haben meist keine formale berufliche Qualifikation und sind arbeitslos, und diejenigen, die noch eine Arbeit haben, sind von der wirtschaftlichen Umstrukturierung bedroht. Die Mütter sind sozial isoliert, haben kaum Kontakt zur Außenwelt und verstehen weder ihre Kinder noch die Entwicklungen außerhalb ihrer Wohnungen. Konflikte in den Familien nehmen unter diesem Druck unweigerlich zu, ihre Integrationsfähigkeit ab.

In den offiziell als benachteiligt bezeichneten Stadtgebieten, deren Zahl im Laufe der vergangenen 20 Jahre von 148 auf 752 hochgeschwungen ist, sind Gewalt, Bandenbildung, Kriminalität und Drogenhandel alltäglich. Der Staat reagiert auf die sich ausbreitende Rechtlosigkeit mit Gewalt und Konfrontation, es werden aufgerüstete Polizeieinheiten eingesetzt, die scharfe und ethnisch meist selektive Identitätskontrollen durchführen. Die Jugendlichen fühlen sich von der Staatsmacht drangsaliert und von der Mehrheitsgesellschaft diskriminiert und buchstäblich an den Rand gedrängt.

Die Wahrnehmung, nicht gewollt zu sein und als Störer zu gelten, wird noch durch ein anderes nicht eingelöstes Versprechen der französischen Gesellschaft verstärkt: Die republikanische Staatsidee beruht darauf, dass der Einzelne eine direkte Bindung an den französischen Staat hat. Wer sich assimiliert, also die französische Sprache, Kultur und Normen übernimmt, soll Franzose sein und gleichen Zugang wie alle zu Bildung, Arbeit und Sozialleistungen haben. In formaler Hinsicht erfüllen die meisten Zuwanderer dieses Kriterium, denn sie besitzen die französische Staatsbürgerschaft. Im Alltag zeigt sich dann aber, dass dieses individuelle Gleichheitsversprechen nur theoretisch ist. Die Anerkennung und der Respekt, die den Zuwanderern von der Mehrheitsgesellschaft entgegengebracht werden, sind eben doch weitgehend von Hautfarbe und Herkunft abhängig. Die französische Staatsidee mag farbenblind sein, die Realität ist es nicht. In dieser Hinsicht hat der Historiker und

»Die Anerkennung und der Respekt, die den Zuwanderern von der Mehrheitsgesellschaft entgegengebracht werden, sind eben doch weitgehend von Hautfarbe und Herkunft abhängig.«

Demograph Emmanuel Todd nach den Unruhen in einem umstrittenen Essay die These vertreten, die Krawalle seien Ausdruck der Forderung nach Integration und égalité, die Jugendlichen hätten also die republikanischen Werte verinnerlicht und protestierten gegen die Verweigerung dieser Rechte.

Der französischen Politik und der französischen classe politique unterstellen die Jugendlichen, dass sie sich nicht für sie interessieren und engagieren. Mit dieser Einschätzung stehen die Jugendlichen nicht allein; die Wahlbeteiligung in den »benachteiligten Stadtgebieten« beträgt regelmäßig weniger als 35 %. In diesem Zusammenhang ist es nicht erstaunlich, dass die mehrfach wiederholten Äußerungen von Sarkozy über das »Gesindel« in den Vorstädten, das er »mit dem Hochdruckreiniger« beseitigen wolle, Öl ins Feuer der Gewalttätigkeiten waren. Mit seinem martialischen Auftreten, durch das er sich auch in der Auseinandersetzung mit Premierminister Domi-

nique de Villepin um die Nachfolge von Staatspräsident Jacques Chirac positionierte, wurde der Innenminister zum zentralen Hassobjekt der Jugendlichen. Die einzig vernehmbare politische Forderung während der Gewalttage war denn auch die Forderung nach seinem Rücktritt.

Zu der generellen Frustration und Wut kommt bei vielen Jugendlichen noch ein unbestimmter Zorn auf die koloniale Vergangenheit Frankreichs. Sie haben zwar oft kein genaueres Wissen über die Kolonialgeschichte und die Lebensweisen in der Heimat ihrer Vorfahren, es gibt aber oft ein diffuses Leiden daran, dass man in einem Abhängigkeits- und Unterordnungsverhältnis zu den Nachkommen der früheren Kolonialherrscher lebt. Die Abgrenzung gegenüber der dominierenden Kultur und gegenüber den »blancs« sind dementsprechend deutlich: Die Jugendlichen fühlen sich zwischen zwei Kulturen, sie sind »reube« (Verkürzung von »arabisch«) oder »beur« (Verlan, also »umgedrehtes Sprechen« für »reube«) in Frankreich, aber Franzosen auf der anderen Seite des Mittelmeers. Das Resultat ist, dass es inzwischen in der französischen Jugendkultur zwei Welten gibt.

Eine Verständigung mit denjenigen, die kein Französisch, sondern nur noch eine eigene Sprache sprechen, ist kaum möglich. Gleichzeitig gibt es eine Jugendkultur, die im Rap und HipHop französisch, arabisch und Verlan vermischt.

Nicht eindeutig beurteilen lässt sich hingegen die Bedeutung des Islam für die Jugendlichen. Systematische empirische Studien zur Entwicklung der Religiosität der Jugendlichen aus den Problemgebieten fehlen bisher in Frankreich ebenso wie für muslimische Jugendliche in Deutschland. Bei den Herbst-Unruhen gab es keine Anzeichen für islamistische Tendenzen, wohl aber zahlreiche Äußerungen aus den muslimischen Gemeinden und Moscheen, die zeigten, dass auch die Imame die Jugendlichen nicht erreichen können.

WAS KANN DEUTSCHLAND LERNEN?

Bei aller struktureller Ähnlichkeit des Migrationsgeschehens gibt es immer noch große Unterschiede zwischen Deutschland und Frankreich. Wir haben keine den französischen Vorstädten vergleichbare Slums, die Konzentration von Zuwanderern ist längst nicht so hoch und die Zugewanderten sind ethnisch nicht so homogen wie in den französischen banlieues. Auch die sozialstaatliche Absicherung ist selbst unter Hartz IV noch besser als im Nachbarland. Außerdem haben wir keine vergleichbare Kolonialgeschichte, die in Frankreich auch heute noch die gegenseitige Wahrnehmung vieler Menschen mit und ohne Migrationshintergrund prägt. Insgesamt fühlen sich viele Menschen in den deutschen Problemgebieten bei weitem noch nicht so vom Staat verlassen und so randständig wie in den französischen grands ensembles.

Das soll nicht bedeuten, dass wir keine Integrationsprobleme hätten. Im Gegenteil, der im Juni veröffentlichte 6. Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland zeichnet ein schonungsloses Bild der Integrationsdefizite vieler Zuwanderer, vor allem bei der Bildung, Qualifizierung und Beschäftigung von Jugendlichen. Der Bericht zeigt auch, dass sich die Situation vieler

Migranten verschlechtert, dass es zunehmende Segregations- und Abschottungstendenzen gibt und dass die Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit vieler Jugendlicher mit Migrationshintergrund zunimmt.

Um Lehren aus den Unruhen in Frankreich ziehen zu können, sollten wir uns zunächst von zwei weit verbreiteten Fehleinschätzungen lösen: Die erste lautet, dass wir in den vergangenen Jahrzehnten keine Integrationspolitik betrieben hätten, die zweite, dass die Integration von Zuwanderern bei uns insgesamt gescheitert sei. Beides ist grundlegend falsch, wie u.a. der Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration in seinem Jahresgutachten 2004 aufgezeigt hat. Tatsächlich hat die Bundesrepublik eine umfangreiche und vielfältige, manchmal auch unkoordinierte oder widersprüchliche Integrationspolitik verfolgt, die oft genug weniger strategischen Überlegungen als faktischem Handlungsdruck folgte. Wir haben – wie Frankreich im übrigen auch – viel Geld in Integrationsmaßnahmen investiert, haben damit aber auch bei vielen Zuwanderern Erfolge erzielt. So gibt es heute in Deutschland eine immer größer werdende türkische Mittelschicht, wie beispielsweise die Studien des Essener Zentrums für Türkeistudien zeigen. Ein wichtiger Erfolgsfaktor der deutschen Politik war, dass Verbände und Vereine von der Betreuung der früheren Gastarbeiter an in die Umsetzung der staatlichen Integrationsmaßnahmen eingebunden wurden. Durch diese Beteiligung wurden im Laufe der Zeit in den Verbänden wertvolle integrationspolitische Kompetenzen aufgebaut, und insgesamt ist ein differenziertes Geflecht an integrationspolitischen Akteuren, nämlich von Bund, Ländern, Kommunen, Verbänden und Vereinen, entstanden. Diese integrationspolitischen Verantwortlichkeiten sind allerdings inzwischen wenig transparent, was unter anderem zur Folge hat, dass die für Integration vorgesehenen Finanzmittel gelegentlich nicht optimal eingesetzt werden können. Das neue Zuwanderungsgesetz bietet einen Anlass, macht es aber auch notwendig, die Arbeitsteilung zwischen diesen integrationspolitischen Akteuren neu zu definieren und

für eine bessere Koordination ihrer Aufgaben zu sorgen.

Welche Lehren über diese allgemeinen Betrachtungen hinaus können wir nun aus den französischen Entwicklungen für die deutsche Politik ziehen? Fünf Punkte drängen sich auf:

»Ein wichtiger Erfolgsfaktor der deutschen Politik war, dass Verbände und Vereine von der Betreuung der früheren Gastarbeiter an in die Umsetzung der staatlichen Integrationsmaßnahmen eingebunden wurden.«

1. Zweifellos muss der Staat in der Zuwanderungs- und Integrationspolitik die entscheidende Rolle spielen.

Eine umfassende Politik, die von der Bevölkerung unterstützt wird, gelingt nur mit einem starken Staat, nicht mit einem, der sich aus der Regulierung zurückzieht und diese Politik den Marktkräften überlässt. In Deutschland legt der Bund beispielsweise fest, wer ins Land kommen darf, und schafft die rechtlichen Rahmenbedingungen für Aufenthalt und Arbeit. Zudem übernimmt er Verantwortung für bestimmte Integrationsbereiche, vor allem in der Bildung und Ausbildung der Zuwanderer. Der Staat kann diese Aufgaben aber nicht allein erfüllen, sondern muss die Zivilgesellschaft in Konzeption und Durchführung seiner Politik einbeziehen. Das war in der Vergangenheit in Deutschland der Fall, und das muss auch für die Zukunft gelten: Verbände und Vereine müssen eine wichtige Rolle in der Integrationspolitik spielen. Der Staat sollte die Handlungsfähigkeit dieser Akteure stärken – welche Mühen es macht, die Verbände und Vereine wieder in die Politik einzubinden, wenn man sie über längere Zeit nicht für wichtig gehalten hat, zeigt sich derzeit in Frankreich.

2. Integration findet über Arbeit statt. Deshalb muss das Ziel aller Integrationsmaßnahmen die Integration in den Arbeitsmarkt sein.

Wie schwierig die Ansiedlung von Betrieben in sozialen Problemgebieten ist, zeigen die französischen Bemühungen um die Sonderwirtschaftszonen. Eine solche Wirtschaftsförderung ist wichtig und richtig, aber ihre Beschäftigungswirksamkeit sollte nicht überschätzt werden. Die Arbeitslosigkeit ist strukturell, und ein Großteil der Arbeitsplätze in diesen Gebieten wird auch künftig öffentlich finanziert werden müssen.

Entwicklungschancen bestehen eher noch in der Förderung des (ethnischen) Kleingewerbes. Ein entscheidendes Hindernis für Betriebe ist – auch das zeigen die französischen Erfahrungen – das niedrige Bildungs- und Qualifikationsniveau der Arbeitssuchenden. Einmal mehr wird deutlich, dass Bildung der entscheidende Zugang zu anderen zentralen Integrationsbereichen ist. Kein Betrieb stellt funktionale Analphabeten ein. Hier muss politisch angesetzt werden, auch Deutschland muss, wie die französische Regierung in ihrem nach den Herbst-Unruhen schnell aufgelegten Sofortprogramm, massiv in die Bildung der Zuwanderer und ihrer Nachkommen investieren. Die Problembezirke brauchen die gut ausgestatteten Schulen, die in den besseren Stadtvierteln schon seit langem zu finden sind, und der Schulbesuch muss durch einen obligatorischen Kindergartenbesuch vorbereitet werden. Dazu gibt es in Deutschland aktuell zwar überall grundsätzliche Zustimmung, entsprechende Programme werden aber mit dem Kostenargument abgelehnt.

3. Die Tatsache, dass die überwiegende Mehrheit der Zuwanderer in Frankreich Französisch als Muttersprache spricht, zeigt, dass Sprachkenntnisse allein noch keine Integration garantieren.

Das neue Zuwanderungsgesetz hat die Sprachförderung für Neuzuwanderer und einen Teil der schon seit längerem in Deutschland lebenden Zuwanderer in den Mittelpunkt der Integrationspolitik gerückt. Das ist sinnvoll und zweifellos ein wichtiger Integrationsbeitrag. Die Sprach- und Orientierungskurse werden im Jahr 2007 evaluiert, erst dann lässt sich beurteilen, ob die gesetzten Ziele erreicht wurden. Es wäre aber sinnvoll, die Erwartungen an die Ergebnisse dieser Kurse nicht zu hoch zu hängen und stattdessen Konzepte zu entwickeln, wie die sprachlichen Integrationsmaßnahmen mit anderen Bereichen der Integrationsförderung, vor allem mit berufsvorbereitenden oder qualifizierenden Maßnahmen, verzahnt werden können.



Foto: J. Janzen

4. Aus Frankreich können wir auch lernen, dass die Frustration über Integrationsdefizite steigt, je größer die Diskrepanz zwischen öffentlich proklamierten Integrationsidealen und der alltäglich empfundenen Chancenlosigkeit ist.

Auch diese Diskrepanz wird als Mangel an Respekt wahrgenommen, und das Ergebnis kann wie gesehen explosiv sein. Es sollte also generell eine pragmatische Integrationspolitik verfolgt werden, die sich nicht hinter abstrakten Idealen versteckt, sondern die Probleme dort, wo sie auftauchen, zu bewältigen sucht. Wenn das wie im französischen Beispiel eventuell besser mit positiver Diskriminierung und Affirmative-action-Programmen ginge als mit rechtlicher Gleichstellung, sollte dieser Weg geprüft werden. Prinzipiell sind wir in dieser Hinsicht in Deutschland auf einem guten Weg, pragmatisches Improvisieren hat jahrzehntelang die deutsche Integrationspolitik gekennzeichnet. Möglicherweise hat auch die langwährende deutsche Lebenslüge, wir seien kein Einwanderungsland, bei einigen Zuwanderern die Erwartungen an einen sozialen Aufstieg gedämpft.

5. Schließlich kann man angesichts der französischen Ereignisse nur nachdrücklich darauf hinweisen, wie wichtig die Art und Weise des öffentlichen Diskurses für ein Gelingen der Integration ist.

Populistische Politik, gleich aus welchem politischen Lager, erschwert das mühsame Ringen um den breiten gesellschaftlichen Konsens, auf dem jede Zuwanderungspolitik aufbauen muss. Kraftmeierei ist gefährlich, wie die Reaktionen auf Sarkozys verbale Ausfälle gezeigt haben. Wir brauchen stattdessen eine sachliche und gut informierte Auseinandersetzung um die Vor- und Nachteile von Zuwanderung, über Integrationserfolge und -defizite. Das muss abseits von Alarmismus und Schönrederei geschehen, weil die Zuwanderung sich wie kaum ein anderes Thema zu politischer Polarisierung und Profilierung nutzen lässt. Schließlich ist noch anzumerken, dass Zuwanderung und Zuwanderer bei uns grundsätzlich ein Problemthema sind. In den Medien wird kaum über gelungene Integration oder den wirtschaftlichen Beitrag von Migranten berichtet. In diesem Zusammenhang kann man dem Appell von Innenminister Wolfgang Schäuble nach seinem Amtsantritt im November 2005

nur zustimmen: »Gemeinsam sollten wir ein Grundklima schaffen, in dem Fremdheit nicht als Bedrohung, sondern als Bereicherung empfunden wird.«

■ Kontakt: Dr. Steffen Angenendt
Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.
Rauchstraße 17-18, 10787 Berlin
Tel.: 030 / 254 231-0
Fax: 030 / 254 231-16
info@dgap.org

DIE HEILE WELT DER DEUTSCHEN

Eberhard Seidel

Es gibt Tage in der Geschichte einer Nation, die für Zeitgenossen in ihrer herausragenden Bedeutung sofort offensichtlich sind. Sie sind Wendepunkte, der Beginn neuer Erzählungen und tiefgreifender politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Umwälzungen. Der 8. Mai, das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa und der Herrschaft des Nationalsozialismus, ist solch ein Datum. Oder der 3. Oktober 1990, der Tag der Einheit.

Andere Tage kommen unscheinbar daher. Nur langsam dringt in das Bewusstsein der Menschen, wie sehr sie ihr Leben verändert haben. Als Bundesarbeitsminister Anton Storch (CDU) und der italienische Außenminister Gaetano Martino am 20. Dezember 1955 in Rom das Abkommen zur Anwerbung italienischer Arbeitskräfte un-

terzeichneten, war dies nicht mehr als eine Nachricht unter anderen. Durch die geplante Einführung der Wehrpflicht im Jahr 1956 und den beginnenden wirtschaftlichen Aufschwung zeichneten sich personelle Engpässe in einigen Wirtschaftsbranchen ab. Nichts schien naheliegender, als vorübergehend Arbeitskräfte aus dem Ausland anzuheuern. Die SPD und Gewerkschaften protestierten angesichts einer Million Arbeitsloser gegen die Pläne und forderten: Keine Anwerbung, solange noch ein Deutscher arbeitslos ist! Nicht zu Unrecht befürchteten sie, dass mit der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften geschwächt werden sollte. Für die Christdemokraten hingegen galt: Gut ist, was der Wirtschaft und der Profitmaximierung dient. Sie öffneten die Grenzen für Heerscharen ungelerner und bildungsferner Schichten aus ländlichen Milieus.

Den ersten Italienern folgten bis 1973 rund 14 Millionen weitere »Gastarbeiter« – aus Spanien, Griechenland, Portugal, Marokko, Tunesien, Jugoslawien und vor allem aus der Türkei. Es waren 14 Millionen junger, leistungsfähiger Menschen, die den Wohlstand des Landes mehrten und zu dieser Zeit kaum von den sozialen Systemen profitierten.

Diese neue Unterschicht erarbeitete den gesellschaftlichen Reichtum, der Hunderttausenden von deutschen Arbeiterkindern wie Joschka Fischer und Gerhard Schröder in den 60er- und 70er-Jahren den Aufstieg in die Mittelschicht erlaubte.

Die von der CDU in Gang gesetzte große Wanderung hat das Gesicht der Republik verändert: Das Aussehen der Menschen und der Städte, die Schulen, die soziale Schichtung, den Speisezettel, Alltagsgewohnheiten, das religiöse Leben, die Kultur, die Sprache und die polizeiliche Kriminalstatistik. Auch wenn 11 Millionen dieser Gastarbeiter wieder in ihre Heimat zurückkehren sollten und Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD), ein entschiedener Gegner der Einwanderungspolitik, in Folge der Ölkrise 1973 den Anwerbestopp verkündete, war das Land nun ein anderes. Wie tiefgreifend, zeigt ein Blick zurück. Deutscher als 1955 war Deutschland nie. Zu keinem Zeitpunkt seit 1871, der Gründung des Deutschen Reiches, haben weniger Ausländer und Angehörige ethnischer Minderheiten in Deutschland gelebt und gearbeitet als Mitte der 50er-Jahre. Weniger als 500.000 Ausländer lebten damals in der Bundesrepublik. Heute sind es 7,5 Millionen, hinzu kommen die rund 1,5 Millionen Eingebürgerten der vergangenen zehn Jahre.

Die 50er-Jahre waren die Verwirklichung eines alten deutschen Traums. Mit der Vernichtungs- und Vertreibungspolitik zwischen 1933 und 1945 war in Deutschland die seit der Frühromantik diskutierte und herbeigesehnte ethnische, religiöse und kulturelle Homogenität des deutschen Volkes erstmals annähernd hergestellt; bereinigt nicht nur von den ungeliebten Minderheiten der Juden, Sinti und Roma, sondern auch von nonkonformistischen Lebensstilen, frei von Milieus, die politische Gegenentwürfe oder gar alternative Lebens- und Sexualgemeinschaften zur heterosexuellen Kleinfamilie lebten. Erst das Anwerbeabkommen vom 20. Dezember 1955 beendete diesen bevölkerungspolitischen Wahn. Die Adenauer-Regierung hat nicht nur die Westbindung der Bundesrepublik



Der einmillionste »Gastarbeiter« in Deutschland

Foto: Keystone / epd-bild

durchgesetzt, sie hat das multikulturelle Deutschland begründet. Daran zu erinnern ist notwendig, weil viele Christdemokraten und konservative Leitartikler heute gerne die Legende vertreten, die multikulturelle Gesellschaft und ihr angebliches Scheitern sei ein Projekt der Linken und der Grünen. Das ist historischer Unfug. Gescheitert sind vielmehr die Konservativen mit ihrer schizophrenen Politik: Über Jahre förderten sie nach Kräften die Einwanderung und behaupteten gleichzeitig, Deutschland sei kein Einwanderungsland.

Vor allem die Ära Helmut Kohl von 1982 bis 1997 gilt als migrationspolitisch verlorene Zeit. Wenig bis nichts wurde in diesen Jahren unternommen, das Einwanderungsland politisch zu gestalten. Unbeeindruckt von den Veränderungen um sie herum und bestärkt von völkischen Diskursen der Konservativen richteten sich die Deutschen stattdessen in ihren Parallelgesellschaften ein. Sie taten so, als bestünde ihre heile deutsche Welt noch immer. Mit der Weigerung der Politik, die Schulen, die Möglichkeiten politischer Partizipation, die öffentlichen Verwaltungen und das Staatsangehörigkeitsrecht den neuen Verhältnissen anzupassen, haben sie verhindert, dass Einwanderer gleichberechtigter Teil dieser Gesellschaft werden. Die Folge: Den Eingewanderten blieb ein sozialer Aufstieg mit wenigen Ausnahmen verwehrt. Zu einem vorsichtigen und halbherzigen Paradigmenwechsel kam es erst unter der rot-grünen Regierung mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechtes und der Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes. Anders als noch in den frühen Neunzigerjahren, als jährlich bis zu einer halben Million Menschen mehr ein- als abwanderten, findet heute so gut wie keine Einwanderung mehr statt. Seit 1996 liegt die jährliche durchschnittliche Nettozuwanderung in die Bundesrepublik bei gerade einmal 75.000 Menschen. Es ist eine entspannte Situation.

Aber anstatt der angebrachten Gelassenheit in der »Ausländerfrage« herrscht erneute Aufregung. Und nähme man die Diskurse des letzten Jahres ernst, könnte man tatsächlich glauben, die multikulturelle Gesellschaft in Deutschland stünde am Abgrund. Aber nicht sie ist gescheitert, sondern die



Plakat zum Jahresmotto 2006 des Deutschen Caritasverbandes »Integration beginnt im Kopf«.

soziale Integration einer Unterschicht mit geringer beruflicher Qualifikation. Der Strukturwandel der Wirtschaft mit dem einhergehenden Abbau unqualifizierter Arbeitsplätze auf Grund von Automatisierung und Standortverlagerungen seit den 80er-Jahren trifft die Migranten bis heute mit voller Wucht. Sie sind heute, ganz wie die Ostdeutschen, doppelt so häufig arbeitslos wie die Westdeutschen. Bereits vor zehn, zwanzig Jahren arbeitete eine von der Globalisierung bedrohte Arbeiterschaft ihre sozialen Abstiegsängste an den Ausländern ab. Sie bescherte rechten Parteien wie den Republikanern temporäre Wahlerfolge. Seit dem Zusammenbruch der New Economy im Jahr 2002 und dem sich daran anschließenden radikalen Umbau des Sozialsystems hat diese Stimmung die Mittelschichten erreicht. Ihre Angst vor Statusverlust und ihre Orientierungslosigkeit wächst. Häufiger als noch vor fünf Jahren greift sie auf Ideologien der Ungleichheit zurück, wenn auch nicht so plump wie rechtsextrem orientierte Angehörige bildungsferner Schichten.

Der neue Rassismus der Mittelschichten ist kein völkischer, er verkleidet sich in kulturalistische und essentialistische Diskurse über Ehrenmorde, Zwangsheirat und den Islam. Getreu dem Motto: Wir, die aufgeklärten, pluralistischen Deutschen, und ihr, die rückständigen, antidemokratischen Troublemaker. Eine moralische Überlegenheit wird konstruiert, indem das Wilde, Barbarische, Unzivilisierte, Rückstän-

dige, Gewalttätige nach außen verlagert wird. Wachsender Antisemitismus, die Pisa-Katastrophe und die Bildungs- und Sprachmisere, Homophobie, Gewalt in der Familie und in Beziehungen, affektive männliche Sexualität – das alles wird mit wachsender Lust auf Türken, Araber beziehungsweise die Muslime projiziert. Dabei wird Nahliegendes übersehen: Nicht Berlin-Kreuzberg leidet unter so genannten national befreiten Zonen, sondern weite Teile des Ostens Deutschlands. Nicht in Berlin-Wedding stoßen gleichgeschlechtliche Lebensweisen auf die größte Ablehnung, sondern in den nahezu ausländerfreien Dörfern und Kleinstädten. Antisemitismus ist keine Erfindung muslimischer Jugendlicher, sondern nach wie vor tief in der deutschen Mehrheitsgesellschaft verankert.

In den zurückliegenden fünfzig Jahren hat sich Deutschland mühsam vor der Vorstellung einer ethnisch homogenen Nation verabschiedet.

Nun konstruiert sie in aufgeregten Debatten eine kulturelle Identität, die im Augenblick vor allem von den muslimischen Einwanderergruppen bedroht scheint. Für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft ist das keine beruhigende Perspektive.

■ Kontakt:
Eberhard Seidel, Bundeskoordination Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage
Ahornstr. 5, 10787 Berlin
Tel.: 030 / 21 45 86 0, Fax: 030 / 21 45 86 20
www.schule-ohne-rassismus.org

MASSNAHMEN GEGEN RECHTSEXTREMISMUS, GEWALT UND FREMDENFEINDLICHKEIT

Heinz-Joachim Lohmann

WAS IST RECHTSEXTREM?

Denkt man an Rechtsextreme, hat man unwillkürlich den Schreck jeder Schwiegermutter vor Augen: Glatze, Bomberjacke, Springerstiefel. Figuren, wie aus einem apokalyptischen Thriller entspringen.

Die Vorstellung ist nicht falsch, aber unvollständig. Das martialische Outfit ist trotz aller Wandlungen der Szene immer noch präsent und erfüllt seine Funktionen. Es macht aufmerksam, definiert Gruppenzugehörigkeit, ist stilbildend in der Jugendkultur und macht den Erwachsenen Angst. Addiert man Alkohol und laute Musik mit Texten voller Hass auf alles andere, dann hat man eine durchaus reale Vorstellung von einer Gruppe junger Männer, die in manchen Städten das Straßenbild füllen bis bestimmen.

Daneben gibt es gut angezogene andere, die auf Werte wie Ordnung, Sauberkeit, Disziplin stehen, diese vor allem Deutschland zuordnen. Sie finden, dass Fremde hier nichts zu suchen haben, halten das politische System für verderbt und wollen etwas anderes.

Dann gibt es die, die den Nationalsozialismus für eine gute Sache halten und die die deutschen Verbrechen in den Konzentrationslagern leugnen.

Die Aufzählung ließe sich wahrscheinlich beliebig weiterführen. Die Szene ist durchaus bunt und von verschiedenen Triebkräften beseelt.

Alle gemeinsam halten sie nichts von deutschen Schuldgefühlen. Sie erinnern an die Verbrechen der Alliierten und wollen die Erinnerung an die Ehre der Wehrmacht hochhalten.

Manchmal treffen sie sich zu öffentlichen Aktionen wie Demonstrationen und Mahnwachen, um ihre Gesinnung zu dokumentieren

Gemeinsam ist ihnen das Gefühl der Bedrohung, die Ablehnung alles Fremden, das Bewusstsein, eine Elite zu sein und dennoch Verlierer im eigenen Land.

Die Szene ist von einem Südstaatengefühl bestimmt: Krieg verloren, gedemütigt, dennoch eigentlich die Besseren und Rassisten aus tiefstem Herzen.

An dieser Stelle treffen sie sich mit vielen anderen, die sich niemals als rechtsextrem definieren würden. Es gibt Horrorzahlen, dass 60 % der Ostdeutschen und immer noch genug Prozent der Gesamtdeutschen fremdenfeindliche Gedanken hegen, dass in vielen Köpfen die Ausländer an allem Schuld sind, von der Arbeitslosigkeit bis zur Kriminalität. Viele würden sich nie rechtsextrem nennen, gar nicht so wenige davon sind Linke, andere einfach frustriert. Fremdenfeindlichkeit ist häufig ein Blitzableiter für Dinge, unter denen man leidet, die man nicht versteht, für die aber ein Schuldiger gebraucht wird. Alle Parteien auf dem Boden des Grundgesetzes, von der CDU bis zur PDS haben damit zu kämpfen. Bei vielen Menschen besteht eine klammheimliche Sympathie für Ablehnung von Ausländern und Gewalt gegen Fremde, deren sich die rechten Täter sicher sein können und die dazu führt, dass sich die harte Szene nicht als Outlaws zu fühlen braucht, sondern als Teil der Gesellschaft, in der sie sich bewegen kann wie ein Fisch im Wasser.

Aus diesen Gründen ist auch die Frage nach der Gewalt durchaus kompliziert. Gewalt gegen Ausländer wird auch von Nicht-Rechtsextremen ausgeübt, die sich bedroht oder beleidigt fühlen. Rechtsextreme können zur Not alles, was ihnen nicht passt als fremd definieren und überfallen, etwa den langhaarigen Jungen aus der Nachbarschaft, der jetzt in einer anderen Stadt wohnt. Darüber hinaus gibt es Beschaffungskriminelle, die den Schutz in der rechten Szene suchen.

Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit haben einen inneren Zusammenhang, müssen aber als Phänomene auch einzeln wahr- und ernstgenommen werden.

WARUM IST ES NOTWENDIG, SICH GEGEN RECHTSEXTREMISMUS, GEWALT UND FREMDENFEINDLICHKEIT ZU ENGAGIEREN?

Letztendlich steht dahinter die Frage, wie wir unser Zusammenleben als Gesellschaft gestalten wollen. In den Jahren stetig wachsenden Reichtums im Westen und der geschlossenen sozialistischen Gesellschaft im Osten standen Verfahrensfragen nicht so sehr im Vordergrund. Das ist heute anders. Angesichts wachsender Armut, kultureller Konflikte, steigender Frustration über parlamentarisches System und wirtschaftliche Macht, die die Anhäufung von Reichtum über die Versorgung der Menschen mit Geld und notwendigen Gütern stellt, wird es zunehmend notwendig, nach den Regeln zu fragen, mittels derer Konflikte ausgetragen werden können.

Dazu gehört auch zu definieren, was akzeptiert ist und was nicht. Dazu gehören Positionen, die von der Meinungsfreiheit zwar gedeckt werden, bei denen die Mehrheit der Gesellschaft trotzdem deutlich machen muss, dass sie sie nicht teilt.

Rechtsextremismus ist gefährlich, weil er Stärke und Gewalt feiert, demokratische Spielregeln verächtlich macht, Menschenverachtung und Gewalt zum Prinzip erklärt.

Wer sich mit dem rechtsextremen Ruf seiner Region zufrieden gibt, gefährdet Andersdenkende und -aussehende und behindert wirtschaftliche Entwicklung, weil niemand gerne dort investiert, wo die Gefahr besteht, dass ausländische Mitarbeiter, Mitarbeiterinnen, Geschäftspartner oder Geschäftspartnerinnen bedroht, beschimpft, gefährdet werden.

Wenn wir darüber hinaus bedenken, dass Rechtsextremismus Bestandteil der Jugendkultur ist und dass jede Jugendkultur davon lebt, die Erwachsenen zu ärgern oder ihnen Angst zu machen, dann geht es hier genau darum zu zeigen, dass die Erwachsenen



Gedenken an den Überfall auf einen Deutschen äthiopischer Abstammung in Potsdam. Foto: Gordon Welters/epd-bild

keine Angst haben und dass der Ärger seinen Grund hat.

Für mich als Christen kommt dazu, dass ich mich als Teil einer weltweiten Gemeinschaft fühle, die nationale und rassische Schranken hinter sich gelassen hat. Im Mittelpunkt steht Gottes Versöhnungshandeln, und daraus folgt Einsatz für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung oder Arbeit an Völkerverständigung und weltweiter Gemeinschaft. Wenn die Kirche sich als eine Art Interessenvertretung Jesu Christi auf Erden versteht, dann muss sie sich notwendigerweise für Achtung von Integrität und Würde der Menschen unabhängig von ihrer Herkunft einsetzen.

»Hier ist nicht Jude noch Grieche, hier ist nicht Sklave noch Freier, hier ist nicht Mann noch Frau; denn ihr seid allesamt einer in Christus Jesus.« Der Auftrag von Jesus war, Jünger in allen Völkern zu finden und so die Menschheit miteinander in Verbindung zu bringen. Wer die Geschwisterlichkeit der Völker aus rassistischen oder sonstigen Gründen infrage stellt, der greift unsere Grundfesten an.

Auch wenn in Christus für uns der Grundstein der Einheit der Menschheit gelegt ist, so bleiben wir auch Juden, Griechen und Deutsche und haben als solche Teil an den Kämpfen unserer Gesellschaft.

Paulus hat in der damals bekannten Welt ein Netzwerk von Gemeinden geschaffen, die in dem Bewusstsein lebten, in Jesus Christus gerettet zu sein und Aussicht auf neues Leben zu haben. Allzuoft wurde seitdem die lokale nationale Identität über das neue Sein in Christus gestellt. Gerade das weitgehende Versagen vor diesem Anspruch während des Nationalsozialismus fordert heute entschiedenes Entgegenreten gegen die modernen Auswüchse dieser verheerenden Tradition.

Unsere Gründungsdokumente sind voller antijüdischer Ressentiments. Wie das nun einmal so ist, wenn sich eine Minderheit gegen eine Mehrheit abgrenzen und durchsetzen muss. Wir können nicht genau sagen, wie lange die christliche Bewegung Teil der jüdischen Gemeinde gewesen ist. Setzten die Exegeten früher eine frühzeitige Trennung an, gehen viele heute von längerer Ge-

meinsamkeit aus. Die Kämpfe und Verwerfungen der Frühzeit, die wenigen Jahrzehnte der christlichen Unterlegenheit haben zu jahrhundertlangem Leiden und Unterdrückung der jüdischen Menschen geführt. Der moderne säkulare Antisemitismus ist das grausame Erbe unserer Geschichte. Auch unsere Großväter in der bekennenden Kirche versagten in der Judenfrage weitgehend.

Grundlagen der modernen Gesellschaft wie Gleichheit vor dem Gesetz unabhängig vom Ansehen der Person, Gewaltenteilung, Pressefreiheit sind in Auseinandersetzung mit der christlichen Tradition entwickelt worden. Stand die Kirche auch mancher Forderung mit Skepsis und Machtmitteln entgegen, hat die Spannung zwischen Geist und Buchstabe, Tradition und historischer Forschung, Erfahrung und Überlieferung, Konflikt und Konsens, Erwählung Einzelner und Gottesebenbildlichkeit aller wesentlich zur Entstehung liberaler und sozialer Gesellschaftsordnungen beigetragen. Sie gilt es zu schützen und weiterzuentwickeln. Christen sollte an einer Gesellschaft gelegen sein, die es schafft, ihre Kon-

flikte friedlich zu regeln. Der Einsatz für die Überwindung von Marginalisierung aus Gründen von Rasse, Geschlecht, Klasse gehört dazu. Geeignete Aktionsformen müssen entwickelt und überprüft werden.

WAS KÖNNEN WIR TUN?

Im Gegensatz zu der Situation vor siebzehn Jahren sind heute die tragenden Institutionen in Staat und Gesellschaft einig in der Ablehnung rechtsextremer Tendenzen. Uneinigkeit besteht lediglich in der Anerkennung der Problemlage, der Bewertung von Immigration und der Frage der Zusammenarbeit mit Leuten, die man ansonsten nicht mag.

Rechtsextreme streben nach Heteronomie. Ein erstes Entgegenreten besteht in der Entwicklung heterogener kultureller Konzepte. Ist Jugendkultur

rechtsextrem dominiert, müssen die Verantwortlichen der Institutionen einer Region gemeinsam Konzepte entwickeln, wie dem gegenzusteuern ist. Jugendliche brauchen Alternativen und müssen die Chance haben, Bestandteil einer Szene zu werden, die ihnen die Angst vor den Rechtsextremen nimmt und sie vor deren Übergriffen schützt.

Es gibt einen grundsätzlichen Unterschied zwischen präventiven Maßnahmen gegen eine latent in der Gesellschaft vorhandene Fremdenfeindlichkeit und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus. Die Studien des Heitmeyer-Teams belegen recht eindrücklich, dass mit steigender gesellschaftlicher Verunsicherung Gefühle der Bedrohung und Orientierungslosigkeit in Deutschland zunehmen. Allerdings besteht ein grundsätzlicher Unterschied zwischen Gefühlen und der Bereitschaft zu

rechtsextremem Gewalt, zwischen Ängsten, die sich die falschen Ziele suchen, und deren politischer Instrumentalisierung.

Die besten Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit sind Begegnungsmöglichkeiten mit Fremden. Und zwar mit fremden Horizonten, die sich erst einmal nicht in einer Konkurrenzsituation befinden. D.h. Ausbau von Schüleraustausch mit afrikanischen oder lateinamerikanischen oder asiatischen Staaten, mit Menschen anderer Hautfarbe, oder auch Austauschprojekte innerhalb der christlichen Kirchen. Der Reichtum weltweiter Verbundenheit könnte wesentlich intensiver genutzt werden. Dies ist auch eine Möglichkeit, Erwachsene zu erreichen, als Gastgeber wie als teilnehmende Gemeindeglieder.

EIN TUCH FÜR JEDEN TOTGESCHLAGENEN

In Dresden erinnerte eine Installation an die Opfer rechtsextremer Gewalt. 100 Namen prangten auf 100 Tüchern. Die Initiatoren setzten ein Zeichen gegen den Rechtsruck in der Stadt.

Michael Bartsch

In der Schlichtheit des Namenszuges der Opfer erinnerte die Installation am Dresdner Elbufer an Gedenkstätten wie das israelische Jad Vaschem. 100 Namen von Menschen, die durch rechtsextreme Gewalttaten ums Leben kamen, waren auf jedem der 100 aufgespannten Tücher vermerkt.

Deutsche und ausländische waren darunter. Auf den drei Quadratmeter großen weißen Tüchern war wiederum jeweils ein Name ausgespart, sodass sich der einzelne aus der Masse heraus hob.

Gegenüber vom Landtag fielen die Tücher auch den Touristen auf. Verstanden wurden sie allerdings oft erst durch ein Faltblatt, das Mitglieder des Freundeskreises »Dresden gegen rechtsextremes Denken« verteilten. »Wir thematisieren die Folgen des hohen Aggressionspotenzials und die Gewaltakte, die von dieser rechtsextremen politischen Bewegung ausgehen«, hieß es darin.



Dieser Freundeskreis ist insofern ein Novum, als er sich aus der Mitte der Gesellschaft heraus ohne institutionelle Bindung gebildet hat. Christian Demuth, Doktorand der Politikwissenschaften, ist einer der Initiatoren, die dem Rechtsruck in der Gesellschaft »nicht mehr tatenlos zusehen wollen«. Seit Anfang Juni 2005 hatte der Freundeskreis für knapp drei Wochen eine Bürgeraktion gestartet, deren wichtigstes Zeichen die mahnende Installation am Elbufer war.

»Die Mehrheit darf keine schweigende sein«, rief gestern zur Eröffnung des Kunstprojektes Dietrich Kunze, der Intendant des Theaters Junge Generation Dresden. Doch zu der Veranstaltung hatten sich nur etwa 60 Dresdner eingefunden. Etwas zahlreicher fiel der Besuch der ersten von drei Informationsveranstaltungen aus, in der über das rechtsextreme Gewaltpotenzial informiert und diskutiert werden sollte.

Unter die Besucher hatten sich allerdings etwa ein Dutzend Nationalisten jeden Alters gemischt, so der NPD-Landtagsabgeordnete

Erwachsene sind grundsätzlich die schwierigere Klientel. Sie kann man zu nichts mehr zwingen, gleichzeitig geben sie fremdenfeindliche Einstellungen an die nachfolgende Generation weiter.

Rechtsextremes Denken lebt auch aus der Verdrängung des Nationalen in unserem Alltag. Viele junge Menschen fragen heute, warum sie sich noch schuldig fühlen sollen für die Verbrechen der Großväter zur Zeit des Nationalsozialismus. Hier gilt es, öffentlich Antworten zu finden, die die besondere deutsche Verantwortung klar herausstreichen, die aber auch deutlich machen, dass Deutschland aus dem Versagen in der Geschichte gelernt hat und in den letzten sechzig Jahren intensiv an der Versöhnung mit den Opfern des Nationalsozialismus und den Gegnern des zweiten Weltkrieges gearbeitet hat. Es gibt gute Gründe, das Ende des

Klaus-Jürgen Menzel und bekannte vorbestrafte Personen. Vor den später geschlossenen Türen des Japanischen Palais versammelten sich nach Polizeiangaben bis zu 80 Neonazis und etwa 20 Antifa-Anhänger. Sie wurden von der Polizei getrennt, konnten die Veranstaltung nicht nennenswert stören und zogen nach deren Ende in getrennte Richtungen ab.

Die Diskussion stand allerdings kurz vor dem Abbruch, als nach Parolen wie »Rechts marschier, Links randaliert« Tumulte ausbrachen. Der Extremismusforscher Rainer Erb von der Viadrina-Universität Frankfurt (Oder) hatte zuvor eine Charakteristik der Situationen gegeben, in denen die brutalen Übergriffe möglich werden. Mehrere Ursachen wirken laut Erb zusammen, so ein unterprivilegiertes Sozialstatus, Gruppendynamik, Ideologie, Alkohol und männlicher Stärkewahn.



■ Kontakt: Bürger.Courage e.V.
Freundeskreis Dresden gegen rechtsextremes Denken, c/o Stadtteilhaus Dresden e.V.
Prießnitzstraße 18, 01099 Dresden
www.buerger-courage.de

zweiten Weltkrieges als Befreiung zu begehen und stolz zu sein auf die Leistungen der sechzig Jahre seitdem in Ost und West.

In Ostdeutschland gibt es eine erkleckliche Anzahl an Menschen, deren Beruf vor fünfzehn Jahren verschwunden ist und die seither kaum eine Chance hatten, sich wieder in den normalen gesellschaftlichen Prozess zu integrieren. Viele davon bewegen sich heute im Bereich von ALG II. Hier haben Kirchengemeinden eine Aufgabe. Sie besteht darin, die Nähe zu den Hartz IV – Organisationen zu suchen, aber auch darin, Mehraufwandsentschädigungsjobs zu schaffen, um Menschen wieder eine sinnvolle Arbeit zu geben und sie so an den durch Arbeit definierten Lebensprozessen zu beteiligen.

Existiert Rechtsextremismus als Bestandteil der Jugendkultur in einer Stadt oder wird eine Gegend zum Aktionsort rechtsextremer Bewegungen, stellen sich die Herausforderungen anders.

Dann ist zunächst zu fragen, wie sich der Widerstand gegen die rechte Szene organisiert. Gibt es da nur ein kleines Häuflein linker Jugendlicher und alle anderen sind der Meinung, das ist alles schon nicht so schlimm oder ist die Breite der Gesellschaft sich einig, dass solche Umtriebe hier nicht sein sollen?

Ist das erstere der Fall, dann kann es die Aufgabe der Kirchengemeinde sein, den breiten bürgerschaftlichen Widerstand zu organisieren. Die größte Notwendigkeit im Kampf gegen Rechtsextremismus ist die Einigkeit und Vernetzung der wichtigen gesellschaftlichen Institutionen: Verwaltung mit Bürgermeisterin und Bürgermeister, Vereine, Parteien von CDU bis Linkspartei, Kirchen, Gewerkschaften, Arbeitgeber usw. Je größer die Einigkeit, desto leichter sind Maßnahmen gegen rechte Gruppen im kommunalen Umfeld. Dazu gehört auch der stetige Dialog mit der Polizei, die über rechtsextreme Aktivitäten in der Regel am Besten unterrichtet ist und die stets ein guter Berater in Rechtsfragen ist.

Dann ist mit den Schulen zu reden, welche Maßnahmen im Rahmen der Hausordnung sinnvoll sein könnten oder welche Programme gefahren werden sollten.

Gegen rechte Demonstrationen gibt es vielfältige Gegenmaßnahmen, die nicht immer nur zahlenabhängig sind. Man kann die Aufzugsorte mit originellen Plakaten begleiten, mit Posaunen Karnevalslieder blasen, hinterher den Dreck wegkehren, Andachten für die Opfer rechter Gewalt veranstalten und lange und intensiv die Glocken läuten lassen ... Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt.

In Wahlkampfzeiten sollten sich die Parteien von CDU bis Linkspartei auf gemeinsame Plakate einigen, auf denen der Protest gegen rechten Populismus deutlich wird und die dort hängen, wo die rechten Plakate auch hängen.

Für den Umgang in Parlamenten sollten kreative Maßnahmen entwickelt werden, die Protest deutlich machen, ohne es jedes Mal zu einem verbalen Schlagabtausch kommen zu lassen. Analog zu den Anti-Gewalt-Trainings der achtziger gilt es hier, Anti-Rechts-Trainings zu entwickeln.

Ein wenig müßig ist die Frage, ob rechte Weltanschauung heilbar ist. Zunächst geht es um eine politische Auseinandersetzung, in der deutlich werden muss, wie verlogen und falsch die Antworten der Rechtsextremen sind. Darüber hinaus muss deutlich werden, dass die Rechtsextremen nur eine kleine Gruppe innerhalb des politischen Spektrums sind.

Es geht für uns als Erwachsene auch darum zu zeigen, dass wir keine Angst haben und uns nicht einschüchtern lassen. Wenn uns das gelingt, dann ist schon viel von dem Reiz genommen, den rechte Jugendkultur auf Jugendliche ausübt.

■ Heinz-Joachim Lohmann, Superintendent des Kirchenkreises Wittstock-Ruppin und Vorsitzender des Brandenburger Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

■ Kontakt: Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit
Geschäftsstelle im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
Steinstraße 104 - 106, 14480 Potsdam
Tel.: 0331/866-3570

MENSCHENRECHTLICHE ANFORDERUNGEN AN EIN ANTIDISKRIMINIERUNGSGESETZ

Petra Follmar-Otto

■ Nach langjährigen Verhandlungen bereits in der letzten Legislaturperiode hat die große Koalition sich im Mai 2006 nun auf einen Entwurf eines »Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes« geeinigt. Nachdem bereits zwei Verurteilungen Deutschlands wegen Nichtumsetzung der EU-Anti-Diskriminierungs-Richtlinien vor dem Europäischen Gerichtshof erfolgt sind und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft in 2007, dem Europäischen Jahr der Chancengleichheit bevorsteht, hat man sich nun auf einen ehrgeizigen Zeitplan verständigt: Das Gesetz soll bereits im August 2006 in Kraft treten. Der Entwurf entspricht mit einigen Einschränkungen dem unter Rot-Grün gescheiterten Antidiskriminierungsgesetz. Schwächen hat er insbesondere bei der Verbändebeteiligung und der Ausgestaltung der Antidiskriminierungsstelle. Diese institutionelle Seite des Gesetzes wird jedoch entscheidend für die Frage sein, ob das Gesetz auch mit Leben erfüllt werden kann.

Verpflichtungen zum Schutz vor Diskriminierung ergeben sich nicht erst aus den EU-Richtlinien, sondern bereits aus den menschenrechtlichen Verpflichtungen Deutschlands. Auch ge-

gen die Verletzung der spezifischen Menschenrechtsverträge zum Diskriminierungsschutz stehen – in Deutschland bislang wenig bekannte und genutzte – Rechtsschutzmöglichkeiten für Einzelne zur Verfügung. Die menschenrechtlichen Anforderungen an Gesetzgebung gegen Diskriminierung sollen im Folgenden umrissen werden.

DISKRIMINIERUNGSSCHUTZ ALS STRUKTURPRINZIP DER MENSCHENRECHTE

Das Diskriminierungsverbot ist ein Strukturprinzip der Menschenrechte im Ganzen und gehört mit dem Freiheitsanspruch der Menschenrechte eng zusammen: Ohne den Gleichheitsanspruch wären Freiheitsrechte lediglich Privilegien einer bevorzugten Gruppe, aber eben keine allgemeinen Menschenrechte; und ohne die freiheitliche Ausrichtung könnte von Gleichberechtigung von vornherein gar keine Rede sein.

In der Diskussion um Antidiskriminierungsgesetzgebung wird häufig der Einwand vorgebracht, ein solches Gesetz schränke Freiheitsrechte unzulässigerweise ein, insbesondere die in der allgemeinen Handlungsfreiheit begründeten Privatautonomie und Vertragsfreiheit. Grundsätzlich ist klarzustellen, dass die Zielsetzung einer Antidiskriminierungsgesetzgebung nicht in der Einschränkung der Freiheit, sondern im Gegenteil in ihrer Universalisierung besteht. Diskriminierungsverbote sollen Optionen gesellschaftlichen Freiheitsgebrauchs auf alle Menschen erweitern. Sie wirken darauf hin, dass die Möglichkeiten, Zugang zum Arbeitsmarkt zu finden, Mietverhältnisse einzugehen, elementare Lebensrisiken abzusichern, am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilzunehmen, real für jeden Menschen gegeben sind.

Die Anti-Diskriminierungs-Richtlinien der EU

Antirassismus-Richtlinie (Richtlinie zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft, 2000/43/EG vom 29.6.2000), Umsetzungsfrist: 19. Juli 2003.

Rahmen-Richtlinie (Richtlinie zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf, 2000/78/EG vom 29.11.2000), Umsetzungsfrist: 2. Dezember 2003; 1.

Gender-Richtlinie (Richtlinie zur Änderung der RL 76/207/EWG zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, zur Berufsausbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie in Bezug auf die Arbeitsbedingungen, 2002/73/EG vom 22.9.2002), Umsetzungsfrist: 5. Oktober 2005 (auf der Rechtsgrundlage des Art. 141 EGV).

Gender-Richtlinie Güter und Dienstleistungen (Richtlinie zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen beim Zugang zu und der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, 2004/113/EG vom 13.12.2004), Umsetzungsfrist: 21. Dezember 2007.

JÜNGERE ENTWICKLUNGEN DES MENSCHENRECHTLICHEN DISKRIMINIERUNGSVERBOTS

AUSWEITUNG DER DISKRIMINIERUNGSMERKMALE

Das Diskriminierungsverbot erhält seine konkreten Konturen anhand bestimmter Merkmale, an die keine Benachteiligungen oder Bevorzugungen angeknüpft werden dürfen. Es handelt sich dabei entweder um unabänderliche persönliche Merkmale oder um eng mit der persönlichen Identität eines Menschen verbundene Merkmale, die deshalb auch durch besondere Freiheitsrechte geschützt werden. Beispiele dafür sind Hautfarbe, ethnische Herkunft, Geschlecht, eine Behinderung, Religion und Weltanschauung, Sprache, politische Anschauung, sexuelle Orientierung und sexuelle Identität. Solche – zumeist offenen – Merkmalskataloge sind in Menschenrechtsdokumenten im Laufe der Zeit immer wieder ausgeweitet worden. Dies ist Ausdruck gesellschaftlicher Lernprozesse, die wesentlich auch durch soziale Bewegungen vorangetrieben worden sind und durch die sich neue Sensibilitäten für bestehende Diskriminierungen herausgebildet haben.

DE-FACTO-GLEICHBERECHTIGUNG ALS ZIEL

Diskriminierungsschutz geht über die Herstellung formaler Gleichberechtigung hinaus. Es geht also um die Gewährleistung gleicher Möglichkeiten zur tatsächlichen Ausübung von Menschenrechten. Daraus ergibt sich, dass auch indirekte Formen von Benachteiligung und strukturelle Diskriminierungen vom menschenrechtlichen Diskriminierungsschutz umfasst sind. Vor allem die Überwindung struktureller Diskriminierung kann unter Umständen auch so genannte zeitweilige Sondermaßnahmen – zum Beispiel in Form gezielter Förderung von Menschen aus bisher benachteiligten Gruppen – erforderlich machen. Im Kontext der Menschenrechte sind solche Positivmaßnahmen nicht nur zulässig, sondern zur Überwindung struktureller Diskriminierung notwendig.

DISKRIMINIERUNGSSCHUTZ GEGENÜBER PRIVATEN AKTEUREN

Diskriminierungen geschehen in allen Bereichen der Gesellschaft: In staatlichen Behörden, in Schule und Universität, auf dem Arbeitsmarkt, bei der Wohnungssuche, im Versicherungswesen oder beim Zugang zu Gaststätten und Diskotheken. Dass sich daraus die Aufgabe ergibt, das Diskriminierungsverbot nicht nur im öffentlich-rechtlichen Bereich zu beachten, sondern auch gegenüber privaten Akteuren in Wirtschaft und Gesellschaft zur Geltung zu bringen, ist keine neue Einsicht; sie ist in der jüngeren Menschenrechtsdiskussion allerdings deutlicher als zuvor artikuliert worden.

Adressat menschenrechtlicher Verpflichtungen ist zunächst der Staat, im Weiteren aber auch die Gesellschaft im Ganzen. Gegenüber dem Staat entfalten Menschenrechte verschiedene Verpflichtungsdimensionen, die kurz als Achtungs-, Schutz- und Gewährleistungspflichten zusammengefasst werden können. Das bedeutet auf das Diskriminierungsverbot bezogen: Der Staat ist nicht nur gehalten, selbst keine diskriminierenden Maßnahmen zu ergreifen; er muss im Rahmen seiner Schutzpflicht auch vor Diskriminierung

gen durch Private schützen und im Rahmen seiner Gewährleistungspflichten einen adäquaten Rahmen an Gesetzgebung und Institutionen zur Verfügung stellen, damit Betroffene sich gegen Diskriminierungen durch staatliche wie nichtstaatliche Akteure effektiv wehren können. Diese Verpflichtungen sind in mehreren UN-Übereinkommen zum Diskriminierungsschutz explizit niedergelegt, etwa in der Antirassismuskonvention (ICERD) und dem Frauenrechtsübereinkommen (CEDAW). Die zuständigen Menschenrechtsorgane und -institutionen haben aus diesem Grund in den letzten Jahren Deutschland wiederholt aufgefordert, den Schutz vor Diskriminierung durch eine umfassende Antidiskriminierungsgesetzgebung zu verstärken.

DISKRIMINIERUNGSSCHUTZ AUCH IM BEREICH DES MIGRATIONS- UND STAATSANGEHÖRIGKEITSRECHTS

Die Antidiskriminierungs-Richtlinien schließen Ungleichbehandlungen auf Grundlage der Staatsangehörigkeit für Drittstaater zumindest hinsichtlich der Regelungen des Einreise-, Aufenthalts- und Arbeiterlaubnisrechts explizit aus ihrem Anwendungsbereich aus (Art. 3 Abs. 2 Antirassismuskonvention). Auch

WWW.STOP-DISCRIMINATION.INFO



Webseite der Europäischen Kommission zum Thema Antidiskriminierung. Diese Webseite dient als Informationsquelle über die europaweite Kampagne »Für Vielfalt. Gegen Diskriminierung.«

im Menschenrechtsschutz wird die Regelung des Zugangs zum Staatsgebiet herkömmlich als Primat der Nationalstaaten betrachtet, so dass den Staaten in Fragen der Einwanderungsregelungen ein weites Ermessen zugesprochen wird. Dennoch gibt es auch Durchbrechungen dieses Prinzips, etwa in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte zu Art. 3 und 8 der EMRK, oder durch die Genfer Flüchtlingskonvention, die zwar kein Recht auf Asyl, aber doch ein Recht auf Zugang zum Asylverfahren gewährt. Durchbrechungen zeichnen sich in den letzten Jahren auch im Bereich des Diskriminierungsschutzes ab, indem die pauschalen Ausnahmeklauseln für Unterscheidungen auf Grundlage der Staatsangehörigkeit in Frage gestellt werden. Zumindest soll überprüft werden, ob die Ungleichbehandlung ein legitimes Ziel verfolgt und verhältnismäßig ist.

DIE INSTITUTIONELLE KOMPONENTE DES DISKRIMINIERUNGSSCHUTZES

Menschenrechte setzen nicht nur materielle Rechtsstandards, sie gestalten auch einen institutionellen Rahmen zur Förderung und zum Schutz der individuellen Rechte. Das menschenrechtliche Diskriminierungsverbot verpflichtet die Staaten, einen adäquaten Rahmen zur Verfügung zu stellen, damit Betroffene sich gegen Diskriminierungen effektiv wehren können und das Ziel eines diskriminierungsfreien Zu-

sammenlebens gefördert wird. Internationale Menschenrechtsorgane fordern die Staaten seit einigen Jahren daher zunehmend auf, spezialisierte, unabhängig arbeitende Antidiskriminierungsstellen zur Förderung der Vielfalt und zur Bekämpfung von Diskriminierungen einzurichten. Erfahrungen anderer Staaten haben gezeigt, dass solchen Stellen eine wesentliche Rolle dabei spielen, diskriminierungsschützende Regelungen zu wirkungsvollen Instrumenten zu machen.

ENTWICKLUNGEN IN EUROPA UND DEUTSCHLAND

Die EU-Antidiskriminierungsrichtlinien sind nicht willkürliche bürokratische Vorgaben, wie gelegentlich behauptet wurde, sondern, das wollte der Beitrag zeigen, Ausdruck eines normativen Standards, der sich in der Interpretation völkerrechtlich verbindlicher Menschenrechtskonventionen in den letzten Jahrzehnten auf breiter Basis herausgebildet hat. Dies erkennt auch der Europäische Gerichtshof an, indem er in seinem neuen Urteil zur Altersdiskriminierung durch die deutschen Hartz-Gesetze (Rechtssache C-144/04 (Mangold), Urteil v. 22.11.2005) das Verbot der Altersdiskriminierung als allgemeinen Grundsatz des Gemeinschaftsrechtes bezeichnet, der aus den menschenrechtlichen Übereinkommen und den Verfassungstraditionen der Mitgliedstaaten herzuleiten ist.

Die EU-Richtlinien geben den menschenrechtlichen Standard jedoch nicht in vollem Umfang wieder. Sie sind zum einen durch die Kompetenzen der Europäischen Gemeinschaft, auf die sich die Kompetenznorm des Art. 13 EGV bezieht, sektoral begrenzt. Zugleich stellen sie das Ergebnis politischer Kompromisse dar, wie die in der Entstehungsgeschichte der Richtlinien begründete unterschiedliche Regelungstiefe hinsichtlich der Merkmale Ethnie, Gender und Religion und Weltanschauung, Behinderung, sexuelle Orientierung und Alter zeigt. Die vielbeschworene »1 zu 1«-Umsetzung der Richtlinien kann zu einer Hierarchisierung der Diskriminierungsmerkmale führen und ist aus menschenrechtlicher Sicht keine befriedigende Lösung. In dieselbe Richtung weist auch der rechtsvergleichende Blick auf den Umsetzungsstand in den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union. In der Mehrzahl der Mitgliedstaaten wurden Lösungen gewählt, die hinsichtlich der verbotenen Merkmale, des Geltungsbereichs des Schutzes und der Kompetenzen der Antidiskriminierungsstelle über die Mindestanforderungen des Gemeinschaftsrechts hinausgehen.

Für das Gesetzgebungsverfahren zur Umsetzung der Europäischen Richtlinien wird es zum einen wichtig sein, die menschenrechtlichen Verpflichtungen zu gesetzlichen Maßnahmen gegen Diskriminierung stärker in den Vordergrund zu bringen. Noch wichtiger scheint mir aber, dass aus der Zivilgesellschaft und insbesondere aus den Kirchen vielstimmig die Überwindung von Diskriminierung als Anliegen einer demokratischen Gesellschaft formuliert und die vielfältigen Erfahrungen der Organisationen über die alltägliche Realität von Diskriminierung in unserer Gesellschaft thematisiert werden.

Weiterführende Literatur:

Bielefeldt, Heiner/ Follmar-Otto, Petra: Diskriminierungsschutz in der politischen Diskussion, Policy Paper Nr. 5 des Deutschen Instituts für Menschenrechte.

Cremer, Hendrik: Die Individualbeschwerde nach Art. 14 des Internationalen Übereinkommens gegen Rassismus (ICERD). Ein Handbuch für Nichtregierungsorganisationen und Betroffene. Hrsgg. vom Deutschen Institut für Menschenrechte, Berlin 2005.

Deutsches Institut für Menschenrechte (Hrsg.): Die »General Comments« zu den VN-Menschenrechtsverträgen, Baden-Baden 2005.

Cormack, Janet / Bell, Mark: Entwicklung des Antidiskriminierungsrechts in Europa. Ein Vergleich in 25 EU-Mitgliedstaaten. Brüssel, September 2005.

European Commission, Directorate-General for Employment and Social Affairs (Ed.), Promoting diversity: 21 bodies promoting diversity and combating discrimination in the European Union, Luxembourg 2003.

■ Kontakt: Petra Follmar-Otto
Deutsches Institut für Menschenrechte
Zimmerstraße 26/27, 10969 Berlin
Tel.: 030 / 259359-0
Fax: 030 / 259359-59
www.institut-fuer-menschenrechte.de

MENSCHEN IN DER ILLEGALITÄT – EINE BLEIBENDE HERAUSFORDERUNG UM DER MENSCHEN WILLEN

Weihbischof Dr. Josef Voß

■ Menschen, die ohne Aufenthaltsrecht – in der Illegalität – in Deutschland leben, befinden sich in der Regel in einer schwierigen, oft verzweifelten Lage. Dies gilt insbesondere, wenn sie schwere gesundheitliche Probleme haben, ihre Kinder weder Schule noch Kindergarten besuchen können oder sie von ihren Arbeitgebern ausgebeutet werden. Die Katholische Kirche sieht sich durch diese Situation herausgefordert und setzt sich in Gesellschaft und Politik für einen anderen Umgang mit »illegalen« Migranten ein.

Auf Initiative der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz hat sich im September 2004 das Katholische Forum Leben in der Illegalität gegründet, in dem sich unter meinem Vorsitz u.a. der Deutsche Caritasverband, die Deutschen Malteser, der Jesuiten-Flüchtlingsdienst und das Kommissariat der Deutschen Bischöfe zusammenschlossen haben.

Wesentliches Ziel des Forums war es und ist es, die politische Debatte um Fragen der Illegalität zu enttabuisieren, zu versachlichen und jenseits der Schlagworte für differenzierte und pragmatische Lösungswege zu werben. Ein erster Schritt auf diesem Weg war die Veröffentlichung des Manifests »Illegale Zuwanderung – für eine differenzierte und lösungsorientierte Diskussion« vor etwa einem Jahr. Dieses Manifest greift vor allem die humanitären Folgeprobleme irregulärer Migration auf. Erstaunlicherweise erfährt es eine breite gesellschaftliche und über-

parteiliche Unterstützung: Inzwischen haben sich über 400 prominente Unterzeichner aus allen Teilen der Zivilgesellschaft, aus Verwaltung, Politik und Kirche bereit erklärt, sich öffentlich mit unseren Forderungen zu identifizieren. Ein weiterer Schritt ist die »Jahrestagung Illegalität«. Sie versteht sich als Forum für eine regelmäßige vertrauens- und respektvolle Debatte zwischen Kirche, Wissenschaft, Politik und Praxis. Hier soll pragmatisch sondiert und diskutiert werden, wie die Situation der irregulären Zuwanderer verbessert werden kann. Die Auftaktveranstaltung im vergangenen Jahr diente einer ersten Bestandsaufnahme. Was sind die Rahmenbedingungen, die illegale Migration begünstigen? Was sind die Folgen für die Betroffenen? Unsere Diskussionen beleuchteten das Phänomen unter rechtlichen, ökonomischen, kriminologischen und soziologischen Gesichtspunkten. Wissenschaft und Poli-

tik, Verwaltung und Hilfsorganisationen brachten ihre Perspektiven ins Gespräch.

DEBATTE ÜBER ILLEGALITÄT IST ÖFFENTLICH GEWORDEN

Heute, anlässlich der zweiten Jahrestagung, möchte ich eine erste Bilanz unserer Arbeit ziehen und einen Ausblick auf die anstehenden Aufgaben geben:

Das erste Ziel des Katholischen Forums ist erreicht: Die Debatte über Illegalität ist öffentlich geworden und auf die politische Tagesordnung gelangt. Kurz nach Veröffentlichung des Manifestes stellte die Frankfurter Rundschau fest: »Dass ein so breites Bündnis das Problem aus der Verdrängung holt, ist fast ein Wunder und für Deutschland ein Novum. Denn bisher ist es selbst bei weniger prekären ausländerpoliti-



Foto: Ieva Jansone



Foto: Ieva Jansone

schen Themen kaum gelungen, so viele prominente Namen zusammenzubringen.«

RECHTLICHE KLARSTELLUNGEN ERFORDERLICH

In den Koalitionsvereinbarungen von CDU/CSU und SPD wurde vereinbart, die Anwendungspraxis des Zuwanderungsgesetzes vor allem mit Blick auf die humanitären Fragen zu prüfen. Ausdrücklich wird dabei auch der Bereich der »Illegalität« angesprochen. Damit besteht nun die Möglichkeit, Versäumnisse des Zuwanderungsgesetzes zu korrigieren und so unnötige Härten auch im Bereich der Illegalität zu vermeiden. Ich hoffe, dass dies im Verlauf der Legislaturperiode tatsächlich geschieht.

Gemeinsam mit den Unterzeichnern des Manifestes müssen wir auf rechtliche Klarstellungen hinwirken und Rechtsunsicherheiten beseitigen. Dies ist erforderlich, um die soziale Situation der Menschen zu verbessern und die drängendsten humanitären Probleme zu lindern: Den Kindern illegal in Deutschland lebender Eltern darf das Recht auf Schulbesuch nicht vorenthalten werden. Alle Menschen müssen Zugang zu einer medizinischen Grundversorgung haben. Auch Migranten

ohne Aufenthaltstitel oder Duldung müssen den vereinbarten Arbeitslohn einklagen können. Faktisch ist dies alles nur möglich, wenn die Betroffenen nicht befürchten müssen, bei Inanspruchnahme dieser Rechte den Ausländerbehörden gemeldet werden zu müssen. Ungeklärt ist weiterhin, ob diejenigen, die aus beruflichen Gründen humanitäre Hilfe leisten – beispielsweise Ärzte, Lehrer und Sozialarbeiter – sich der Beihilfe zum illegalen Aufenthalt strafbar machen. Unserer Ansicht nach sollte in den Anwendungshinweisen zu den entsprechenden Paragraphen des Aufenthaltsgesetzes klargestellt werden, dass dies nicht der Fall ist.

DIE WÜRDE ALLER MIGRANTEN SCHÜTZEN

Grundlegend bleibt für die Kirche das Wort von Papst Johannes Paul II. aus seiner Botschaft zum Welttag der Migranten 1996: »Der Status der Ungesetzlichkeit rechtfertigt keine Abstriche bei der Würde des Migranten, der mit unveräußerlichen Rechten versehen ist, die weder verletzt noch unbeachtet gelassen werden dürfen.«

Die Kommunen sind unmittelbar mit den Folgeproblemen der illegalen Migration konfrontiert. Es ist daher zu begrüßen, dass sie sich in zunehmendem Maße systematisch mit den humanitären und rechtlichen Problemlagen auseinandersetzen. Der Deutsche Städte- tag hat auf Vorschlag seines Präsidenten, des Oberbürgermeisters von München, eine Arbeitsgruppe dazu eingerichtet. Manche Kommunen suchen aber auch selbst bereits nach pragmatischen Lösungen. Ein erfreuliches Beispiel sind die Bemühungen der Stadt München. Dort wird durch einen Fonds versucht, auch Menschen ohne Krankenversicherung den Zugang zu gesundheitlicher Grundversorgung zu sichern. In Deutschland hat die Zahl dieser Menschen in den letzten Jahren erheblich zugenommen: Betroffen sind nicht nur »Illegale«, sondern auch Menschen, die sich die Beiträge zu einer Versicherung nicht mehr leisten können oder wollen und darum nicht Mitglied einer gesetzlichen Kasse sind. Das Erzbischöfliche Ordinariat in München ist übrigens intensiv in die dort gefundene Lösung eingebunden. In Freiburg, Hamburg und Bonn hat die Initiative der Stadt München großes Interesse hervorgerufen.

Es soll hier aber auch nicht verschwiegen werden, dass sich in einigen Bereichen die Probleme verschärft haben. Insbesondere geht es dabei um die bereits angesprochene fortbestehende Rechtsunsicherheit nicht nur für die Hilfe Leistenden. Eine Atmosphäre der Angst führt dazu, dass dringend notwendige Hilfe nur sehr zögerlich in Anspruch genommen wird und vielfach auch nur schwer geleistet werden kann. Die Dringlichkeit der Probleme möchte ich an zwei Beispielen kurz aufzeigen.

Das erste betrifft die Möglichkeiten der Kinder, die Schule zu besuchen. Das Recht der Kinder auf Beschulung ist im Landesrecht der jeweiligen Bundesländer unterschiedlich geregelt. Einige Länder gewähren Kindern und Jugendlichen ohne legalen Aufenthaltstitel oder Duldung keinen Anspruch auf Schulbesuch. Das hessische Kultusministerium hat vor kurzem die staatlichen Schulämter davon in Kenntnis gesetzt, dass Kinder ohne Aufenthaltsstatus nach geltender hessischer Schulverordnung nicht zum Schulbesuch berechtigt seien. Schulleiter sind demnach

zur Benachrichtigung der Ausländerbehörde verpflichtet, denn die Aufnahme eines Kindes setze die Klärung des Aufenthaltsstatus und die Vorlage einer gültigen Meldebescheinigung voraus. Begründet wird dies unter anderem mit der Mittelzuweisung durch den jeweils örtlich zuständigen Schulträger. Aber selbst in jenen Bundesländern, die statuslosen Kindern das Recht auf Schulbesuch einräumen, besteht erhebliche Rechtsunsicherheit bezüglich der Frage nach den Pflichten der Schule, den Aufenthaltsstatus zu prüfen und gegebenenfalls zu melden. In der Konsequenz werden Kinder aus Angst nicht angemeldet, und Schulleiter scheuen sich, Kinder aufzunehmen. Um der Zukunftschancen der Kinder willen drängen wir alle Landesregierungen, diesen unerträglichen Zustand zu beenden. Die Kinder dürfen nicht wegen der Entscheidung der Eltern, in der Illegalität zu leben, um ihre Zukunft betrogen werden.

Große Probleme gibt es mancherorts auch mit dem Besuch des Kindergartens. Nach geltendem Recht sind Kinder und Jugendliche ausdrücklich von Ansprüchen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz ausgenommen, wenn die Eltern keinen legalen Status haben

bzw. nicht geduldet sind. Dies hat in Bonn für Mitarbeiter des Jugendamtes zu Schwierigkeiten geführt. Dort ermittelte die Staatsanwaltschaft, weil auch diesen Kindern in der Illegalität Leistungen (nämlich der Besuch des Kindergartens) gewährt wurden und darüber hinaus die Meldepflicht verletzt worden sein soll. Zum Schutz ihrer Mitarbeiter hat sich die Stadtverwaltung daraufhin veranlasst gesehen, ihre Kindertagesstätten explizit zur Prüfung von Identitätsausweisen bzw. Meldebescheinigungen zu verpflichten. Sogar gegenüber den freien Trägern – auch den Kirchen – wurde dies als dringende Empfehlung ausgesprochen. Die oft gehörte Beruhigung, die Kirche sei ja bisher noch nicht belangt worden, genügt nicht.

Auch die Stadt Bonn macht es sich jedoch nicht leicht: In der Debatte über das weitere Vorgehen hat der Stadtrat einstimmig beschlossen, dass sich die Stadtspitze auf allen politischen Ebenen für rechtliche Klarstellungen in diesem Bereich einsetzen soll. Ich begrüße es sehr, dass der Stadtrat die Oberbürgermeisterin aufgefordert hat, das Manifest »Illegale Zuwanderung« zu unterzeichnen. Frau Dieckmann hat dies als 400. Unterstützerin getan.

Dieser Fall zeigt die Ambivalenz der derzeitigen Situation: Eine öffentliche Debatte findet, oft auch differenziert, statt. Von Lösungen, die staatlichem Interesse nach Regelung und den Erwartungen der Betroffenen gleichermaßen gerecht werden, sind wir aber noch weit entfernt. Im Ringen um angemessene Lösungen wird man nicht nur über Übermittlungspflichten und die Strafbarkeit von Beihilfe diskutieren, sondern den Blick auf andere Fragestellungen weiten müssen: Deshalb befassen wir uns in der diesjährigen Tagung zwar einerseits mit der Problematik von Meldepflicht und Schulen. Daneben wird es aber auch um »Menschen ohne Krankenversicherung« gehen, wobei besonders das Münchner Modell auf dem Prüfstand stehen soll. In einem dritten Forum geht es um die praktische Frage, wie Ausbeutung durch verbrecherische Arbeitgeber effektiv bekämpft werden kann. Aber auch die prinzipielle Frage, wie die menschen- und grundrechtlichen Erwägungen im Zusammenhang mit illegaler Migration in den konkreten sozialstaatlichen Regelungen und Verfahrensweisen berücksichtigt werden können, ist das zentrale Thema in diesem Jahr. Dabei wollen wir auch den Umgang mit Illegalität in anderen Staaten analysieren.

Foto: Ieva Jansone



Möglicherweise können wir aus anderen Lösungsansätzen für die uns beschäftigenden Problemlagen Anregungen gewinnen.

Die Einsicht nimmt zu, dass sich irreguläre Migration weder nach Deutschland noch nach Europa unter den Bedingungen freiheitlicher Gesellschaften gänzlich verhindern lassen wird. Weniger durchgesetzt hat sich jedoch die Erkenntnis, dass die Staaten und Gesellschaften nicht nur aus moralischen Erwägungen, sondern auch aus wohlverstandener Eigeninteresse heraus den »Illegalen« die Inanspruchnahme der grundlegenden sozialen Rechte gewährleisten sollten. Unsere wertefundierte Gesellschaft nimmt Schaden, wenn Menschen aus Angst krank bleiben, wenn Kindern Zukunftschancen verwehrt werden und ausbeuterische Arbeitsverhältnisse nicht bekämpft werden. Auch die Androhung von Strafe für diejenigen, die humanitäre Hilfe leisten und so das Gebot der Nächstenliebe zu erfüllen suchen, gefährdet die Grundlagen des menschlichen Miteinanders.

BLEIBERECHT FÜR LANGJÄHRIG GEDULDETE

Bevor ich Ihnen allen einen guten Verlauf der Tagung wünsche, gestatten Sie mir noch einen Hinweis: In der kommenden Woche wird sich die Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz mit der Umsetzung und Reform des Zuwanderungsgesetzes und den damit einhergehenden humanitären Problemen befassen. Dabei wird es unter anderem um die nach wie vor fehlende Regelung zum Bleiberecht für seit langem mit einer Duldung in Deutschland lebende Menschen gehen. Auch hier liegt eine großzügige Regelung nicht nur im Interesse der Betroffenen, sondern auch im Interesse unserer Gesellschaft: Menschen, die objektiv nicht in ihr Herkunftsland zurückkehren können, in einem Zustand dauernder Ungewissheit zu lassen, ihnen und ihren hier aufgewachsenen und geborenen Kindern keine Chance zur Integration zu geben, kann nicht unser Interesse sein. Wenn diese Menschen nach vielen Jahren und ohne jegliche Perspektive Deutschland verlassen müs-

sen, ist zu befürchten, dass viele sich dann gezwungen sehen, in die Illegalität unterzutauchen. Auch das kann unsere Gesellschaft nicht wollen.

Für die Katholische Kirche darf ich Ihnen versichern: Wir bleiben an diesen Fragen dran. Zu den im Evangelium grundgelegten Pflichten gehört es, dass wir Sachwalter der Armen sind, zu denen in unserer Zeit und in unserer Gesellschaft ganz sicher auch viele Migranten gehören. Dass Sie alle hier in Berlin zusammen gekommen sind, um bei dieser schwierigen Aufgabe mit zu tun – dafür darf ich Ihnen herzlich danken.

■ Impulsreferat von Weihbischof Dr. Josef Voß bei der Jahrestagung »Illegalität – Soziale Rechte und sozialstaatliche Ordnung« vom 01. bis 03. März 2006 in Berlin

LEBENS-LAGE »ILLEGAL«

Hildegund Niebch

■ Das ist der Titel einer Studie über Menschen ohne Aufenthaltsstatus in Frankfurt am Main, die im März 2006 im von Loeper Verlag erschienen ist. Und es sind genau die hier genannten Äußerungen von Menschen, die in Frankfurt ohne Status leben, die den Evangelischen Regionalverband in Frankfurt am Main und das Diakoni-

sche Werk in Hessen und Nassau dazu bewegen haben, diese wissenschaftliche Untersuchung in Auftrag zu geben. Diese Stadt – ein Schmelztiegel ethnischer, religiöser und kultureller Vielfalt – hat einen ausländischen Bevölkerungsanteil von über 25 %; 40 % aller Eheschließungen weisen eine Migrationsbeteiligung auf. Dabei sind nicht nur die Menschen in den Hochhäusern, den Bankgebäuden und internationa-

len Niederlassungen »bunt gemischt«, auch in den Stadtteilen, den Schulen und Kindergärten finden sich Jugendliche aus über 174 Nationen zusammen. Die Migrationsforschung hat längst belegt, dass jede legale Migration auch irreguläre Migration nach sich zieht. Es sind gerade die ethnischen communities, die für Menschen ohne oder mit prekärem Aufenthalt ein Netzwerk bilden, das sowohl der Unterstützung dienen als auch ein Teil des Ausbeutungssystems darstellen kann.

Deshalb bot es sich an, auch in Frankfurt, wie zuvor in Leipzig, Berlin und München die Notlagen und Lebensbewältigungsstrategien von Menschen ohne Aufenthaltsstatus zu untersuchen, um daraus Anregungen für politische und behördliche Handlungsbedarfe abzuleiten.

Dieser Studie gingen Beschlüsse des Frankfurter Kirchenparlaments und der Synode der Evangelischen Kirche von Hessen und Nassau voraus. Beide

»Es war das Schwierigste in der Schwangerschaft, dass ich keinen Arzt hatte, wo ich hingehen konnte, also keinen Gynäkologen. In den ersten drei Monaten war ich nicht beim Arzt. Dann habe ich von jemandem eine Adresse bekommen, wo ich Hilfe bekommen könnte. Ich bin dann da hin und dort haben sie mir einen Arzt genannt, zu dem ich dann hingegangen bin. Das war sehr gut. Aber trotzdem hatte ich immer Angst, weil, wenn du Schmerzen hast oder sonst irgendwelche Beschwerden, dann kannst du nicht einfach immer zum Arzt gehen. Das Allerschwierigste war aber, das Geld für die Geburt zusammen zu kriegen. Ich musste das selbst bezahlen, weil ich so große Angst hatte, sonst zurück geschickt zu werden. – Du kannst auch dein Kind nicht anmelden, sonst kommen sie und schicken dich zurück. Und ich will doch hier bleiben und hier arbeiten.«

»Unser einziges Problem ist unsere Situation hier. Vor allem für das Kind. Der Kindergarten war nun kein Problem, aber die Schule müsste jetzt kommen. Da wissen wir nicht weiter, wie wir ihn anmelden können, ob das gefährlich wird, und wie wir das Geld für die Schule aufbringen sollen. Wir können arbeiten hier, wir können überleben, aber wie soll das Kind hier weiter machen.«

»Ich habe ein Geschäft bei uns in der Nähe, die stellen abgelaufene Ware raus, und da holen wir uns was. Unter normalen Umständen werde ich nie leben. Ich suche die Sachen auf dem Sperrmüll. Oft werden fast neue Sachen weggeworfen.«

»Das einzige Problem ist, wenn ich aus dem Haus gehe, dann bin ich immer so nervös. Das ist die Sache. Ich habe Arbeit, ich kann überleben. Das Problem ist nur, wenn ich mit jemandem Ärger bekomme, kann ich mich nicht wehren, denn ich habe keine Papiere. Diese nervöse Anspannung, das ist es.«

machten sich dafür stark, dass für Menschen – ungeachtet des ausländerrechtlichen Status - eine medizinische Basisversorgung gewährleistet sein muss und Kindern der Schul- und Kindergartenbesuch ermöglicht wird, ohne dass die Leitungen zur Meldung verpflichtet sind. Sie setzten sich auch dafür ein, dass diejenigen, die Statuslose beraten, nicht kriminalisiert werden.

Die auf zwei Jahre angelegte wissenschaftliche Untersuchung wurde von einem Arbeitskreis begleitet, dem neben den Kolleginnen und Kollegen aus NGO-Einrichtungen auch städtische Streetworker sowie Vertretern von offenen Jugendeinrichtungen, dem städti-

schen Sleep-In, dem Gesundheitsamt, dem Amt für Multikulturelle Angelegenheiten und auch Kollegen aus der Arbeit mit Wohnsitzlosen und der basismedizinischen Versorgung von Wohnsitzlosen angehörten.

Ziel all dieser Anstrengungen ist, dass in Frankfurt die Beratungsarbeit mit und für Menschen in der Illegalität nicht länger von Zufälligkeiten oder guten Beziehungen abhängt, sondern dass jeder, auch Statuslose, die ihnen zustehenden sozialen Rechte wahrnehmen können ohne Angst vor Entdeckung und Abschiebung.

Nach einer zweitägigen Tagung im März 2006, bei der die Frankfurter Ergebnisse mit Studien aus anderen Regionen Deutschlands und Erfahrungen aus einschlägigen europäischen Ländern (England, Spanien, Niederlande) diskutiert wurden, ist für Herbst 2006 eine öffentliche Anhörung im Frankfurter Rathaus geplant.

Hierbei soll es vor allem darum gehen, mit politisch Verantwortlichen und Behördenvertretern den Handlungsbedarf zu erörtern und Schritte zur Umsetzung einzuleiten.

Dazu gehören:

- Im Rahmen des Ermessensspielraums die Möglichkeit der freiwilligen Ausreise ohne strafrechtliche Verfolgung und ohne Ausreiseverfügung zu prüfen.
- Die Bemessung der Eigenbeiträge für Kindertagesstätten nicht allein an die Vorlage einer Verdienstbescheinigung zu koppeln.
- Die Ausweitung des Netzwerkes der medizinischen Grundversorgung durch die Einrichtung eines zentralen, für alle Menschen ohne Kran-

kenversicherungsschutz zugänglichen Angebotes ins Auge zu fassen, sowie die Einrichtung eines Fonds zur Finanzierung zu schaffen.

- Schulbesuch für alle angstfrei zu ermöglichen. Dies wird v.a. dadurch erschwert, dass das Hessische Kultusministerium in einem Schreiben vom Oktober 2005 an die Staatlichen Schulämter klar gestellt hat, dass »Kinder, die keinen aufenthaltsrechtlichen Status haben, ... nicht aufgenommen werden« können. Deshalb ist es notwendig, sich auf Landesebene zugleich dafür einzusetzen, dass die Schulpflicht für alle Kinder gilt, auch für solche, die sich hier illegal aufhalten. Das bayerische und das nordrhein-westfälische Schulgesetz können dafür Vorbild sein.

Darüber hinaus muss bundespolitisch die Frage der Mitwirkungspflichten nach § 87 AufenthG überdacht werden. Dabei sollten Krankenhäuser, Schulen und Arbeitsgerichte von der Meldepflicht ausgenommen werden. Ebenso muss humanitäre Unterstützung für Menschen ohne Aufenthaltsstatus straffrei gestellt werden (§ 96 AufenthG). Da im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, den Bereich Illegalität einem Prüfauftrag zu unterziehen, bietet es sich an, bei der zur Zeit stattfindenden Evaluierung des Zuwanderungsgesetzes und dem Gesetzgebungsverfahren zum Zweiten Änderungsgesetz entsprechende gesetzliche Maßnahmen einzuleiten.

- Kontakt: Hildegund Niebch
Referat Flucht und Migration
Diakonisches Werk in Hessen und Nassau
Ederstraße 12, 60486 Frankfurt
Tel.: 069 7947 300, Fax: 069 7947 249

Lebenslage »illegal«



Menschen ohne Aufenthaltsstatus

Herausgegeben vom Evangelischen Regionalverband Frankfurt am Main und dem Diakonischen Werk in Hessen und Nassau e.V.

260 Seiten, kt., Euro 19,90
ISBN 3-86059-413-3

WER KRANK IST, BRAUCHT HILFE

DIE MALTESER MIGRANTEN MEDIZIN IN BERLIN BEHANDELT MENSCHEN

OHNE KRANKENVERSICHERUNG

Dr. Adelheid Franz

■ Groß und gutaussehend ist Frau A. aus Nordafrika. Sie hat die stolze Haltung ihres Stammes, aber ihre Augen blicken traurig. Da sie keine europäische Sprache spricht, hat sie ihren Neffen, der in Berlin studiert, als Dolmetscher in die Sprechstunde der medizinischen Beratungsstelle »Malteser Migranten Medizin« (MMM) mitgebracht.

Als erstes fällt der unangenehme Geruch auf, der Frau A. umgibt. Sie erzählt, dass sie aus ihrem Dorf geflohen sei, nachdem ihr Mann bei Auseinandersetzungen mit Soldaten der Regierung getötet worden war und sie mit seinem Bruder verheiratet werden sollte. Sie habe nach Berlin kommen wollen, weil der Sohn ihres Bruders hier lebt. Vor längerer Zeit schon habe sie einen Knoten in der Brust gespürt. Sie hätte jedoch nicht zum Arzt gehen können, da sie keine Versicherung und kein Geld habe. Jetzt sei ihre Brust sehr schlimm geworden und die Schmerzen

manchmal ganz unerträglich. Vor allem der schreckliche Geruch sei kaum noch zu ertragen. Unter Tränen bittet sie die MMM um Hilfe.

Bei der Untersuchung zeigt sich ein zerfallendes Mamma-Karzinom, das eine ganze Brustseite umfasst, stark blutet und übel riecht. Durch ein Berlin-weites Netzwerk von Ärzten und Krankenhäusern gelingt es der behandelnden Ärztin innerhalb kurzer Zeit, einen Platz in einem Krankenhaus zu finden, in dem Frau A. operiert werden kann. Als sie nach sechs Wochen wieder in die Beratungsstelle kommt, hat sie sich ein neues Kleid genäht, wie sie sagt, als Zeichen für das neue Leben, das ihr geschenkt wurde.

In Berlin leben Menschen aus unterschiedlichen Gründen ohne eine Krankenversicherung. Doch wer krank ist, braucht Hilfe. Menschen ohne Krankenversicherung sind oft sich selbst und ihrem Leid überlassen. Der Malte-

Foto: Strachwitz & Gerhard



ser Hilfsdienst hat vor vier Jahren die medizinische Beratungsstelle MMM eingerichtet, um Kranken, Verletzten und Schwangeren ein Mindestmaß an medizinischer Versorgung zu ermöglichen. Der größte Teil der Patienten, die Hilfe bei MMM suchen, hat keine gültigen Aufenthaltspapiere. Zu MMM können sie kommen, ohne ihre Identität aufdecken zu müssen, auch wenn sie kein Geld haben, um die Behandlung zu bezahlen. Wie dringend diese Beratungsstelle benötigt wird, zeigt sich an den rasant wachsenden Behandlungszahlen, die von 215 im ersten Jahr auf knapp 2000 im vierten Jahr gestiegen sind.

Die Hilfesuchenden warten in der Regel sehr lange ab und ertragen bis dahin sehr viel. Und sie sind jung: 50 % sind unter 30 Jahre alt, 86 % jünger als 50. Je nach Krankheitsbild wird in der Stelle direkt behandelt oder an niedergelassene Ärzte oder Psychologen, ins Krankenhaus oder auch an andere Beratungsstellen, zum Beispiel zur Klärung von sozialen oder rechtlichen Fragen weitervermittelt.

Die häufigsten Beschwerden sind Probleme mit den Zähnen sowie innere und chirurgische Erkrankungen. Viele Frauen, die Hilfe bei MMM suchen, sind schwanger. Für schwangere Frauen haben die Malteser ein besonderes Hilfesystem entwickelt. Sie erhalten neben einer umfassenden Beratung und Betreuung während Schwangerschaft und Geburt auch für die Zeit danach Hilfe bei der Versorgung ihres Kindes. Die Unterstützung kann hier von einem kostenfreien Entbindungsplatz, einer Grundausstattung für das Kind mit Bettchen, Wagen, Kleidung, Windeln und Säuglingsnahrung über die Nachsorge durch eine Hebamme, die Vermittlung eines Kinderarztes, die Impfung der Neugeborenen und Kleinkinder bis zu einer Unterbringung bei Obdachlosigkeit gehen.

Der große Bedarf an Säuglings- und Kinderkleidung hat die Malteser veranlasst, eine eigene Kinderkleiderkammer einzurichten. Mit Hilfe von MMM wurden bereits mehr als 200 Kinder geboren, davon alleine 111 im vergangenen Jahr.

Damit den Patienten nicht nur medizinische Hilfe angeboten werden kann, gibt es zu vielen anderen Beratungsstellen in der Stadt einen engen Kontakt. Dadurch können zusätzlich rechtliche oder soziale Fragen geklärt werden.

Das größte Problem der Malteser Migranten Medizin ist die Finanzierung. Obwohl die meisten Ärzte ehrenamtlich arbeiten und der Malteser Hilfsdienst die laufenden Kosten trägt, entstehen Kosten für Behandlungen im Krankenhaus, Entbindungen, Zahnbehandlungen, Material für Zahnersatz, Röntgenaufnahmen und andere diagnostische Maßnahmen, Brillen, Medikamente, Operationen und vieles mehr. Durch den Aufbau eines eigenen Medikamentenpools aus Spenden kann den Patienten ein Teil der dringend benötigten Medikamente zur Verfügung gestellt werden. Trotzdem ist die Versorgung mit Medikamenten bei Aids- oder Hepatitis-Kranken ein großes Problem, da diese Medikamente sehr teuer sind. Patienten, deren finanzielle Situation es erlaubt, müssen sich an den Kosten der Behandlungen beteiligen.

Trotz der schwierigen rechtlichen Lage, die die Arbeit mit Illegalen mit sich bringt, findet MMM große Beachtung bei Verbänden und Politikern. Das Projekt wurde im Jahr 2004 als »Botschafter der Toleranz« vom Bündnis für Demokratie und Toleranz ausgezeichnet und in den letzten Jahren von der Deutschen Stiftung für UNO-Flüchtlingshilfe gefördert.

■ Kontakt:
Malteser Migranten Medizin MMM
Aachenerstraße 12,
10713 Berlin-Wilmersdorf,
Tel.: 030 / 82 72 26 00,
MMMedizin@aol.com

WARUM DAS THEMA »ZUSAMMENLEBEN MIT MUSLIMEN« GEGENWÄRTIG BESONDERS WICHTIG IST

Dr. Martin Affolderbach

■ Eigentlich könnte man doch meinen, dass es keiner besonderen Begründung bedarf, dass die Frage des Zusammenlebens mit Muslimen derzeit ein Thema von besonderer Brisanz ist. Wenn man die Probleme und Konflikte Revue passieren lässt, die vor allem in der medialen Öffentlichkeit ausführlich behandelt werden, hat man den Eindruck, dass sich hier ein umfangreiches Konfliktpotential verbirgt, das noch keineswegs verarbeitet ist. Die Kopftuchdiskussion flammt immer wieder auf, in Themen wie Gewalt, Zwangsheirat und Akzeptanz demokratischer Prinzipien sieht man grundlegende Wertedifferenzen, um nur einige Beispiele zu nennen. Dabei sind die Grenzen fließend, was dem Islam zuzurechnen ist und was Differenzen und Konflikte sind, die mit kulturellen Orientierungen oder der Rolle von gesellschaftlichen Minderheiten zu tun haben. Wo Stimmungen und Ängste angesprochen werden, fällt es schwer, in der Sache zu unterscheiden und Konflikte mit der notwendigen Differenzierung anzugehen. Schwarz-Weiß-Bilder, die eine Gemengelage auf ein vereinfachendes Schema von Freund und Feind, Gut und Böse bringen, lassen sich meist einfacher und wirkungsvoller verkaufen – leider.

Das Zusammenleben mit Muslimen hat nicht nur die Dimension des Miteinanders in Deutschland. Vielmehr werfen internationale politische Konflikte ihre Schatten auf das lokale Miteinander. Wenn in einer dänischen Zeitung Karikaturen über den Propheten Mohammed erscheinen und binnen weniger Tage dänische Flaggen im Nahen Osten verbrannt und dänische Wa-

ren dort aus den Regalen geräumt werden, dann wird anschaulich, welche Dimensionen und Auswirkungen globale Öffentlichkeit hat. Wie man diesen speziellen Konfliktfall auch immer bewerten mag, ob das Verhalten der dänischen Redaktion sinnvoll und ob die muslimischen Reaktionen darauf nachvollziehbar oder angemessen sind, mag hier einmal dahin gestellt bleiben. Er führt auf jeden Fall mit fast schockierender Prägnanz vor Augen, dass lokale und regionale Ereignisse auch globale Mitleser und Zuschauer haben. Ereignisse vor unserer Haustür können im Handumdrehen auf dem Präsentierteller der Weltöffentlichkeit landen.

Es ist ein Irrtum zu glauben, dass diese Konflikte die korrekte Abbildung der Wirklichkeit sind. Über den normalen Alltag des Zusammenlebens – vom täglichen Miteinander mit manchen Spannungen und Konflikten, aber auch vielen Freundschaften, gedeihlichen Nachbarschaften, Begegnungen, anregenden Gesprächen, gemeinsamen Vorhaben, wechselseitigem Lernen und Bereicherungen und nicht zuletzt vielen binationalen und bireligiösen Ehen und Familien – darüber wird wenig berichtet und selten ein anerkennendes Wort gesprochen. Beispielsweise findet sich eine Serie über gute nachbarschaftliche Zusammenarbeit von Moscheevereinen mit Kirchen, Verbänden und anderen Gruppen in einer Tageszeitung meist auf der dritten Seite des Regionalteils, die Konflikte, selbst wenn sie binnen kurzem beigelegt werden, schaffen es mit Leichtigkeit, auf die Titelseite zu kommen. Vor diesem Hintergrund werden manche Konflikte nicht an den Ort gestellt, der ihnen zu-

kommt. Es scheint oft, dass manche Akteure ein Interesse haben, den Eindruck zu erwecken, dass mit einem Konfliktbereich ein Gesamturteil über eine Gruppe oder eine Religion gefällt werden soll.

Nicht nur das Zusammenleben zu gestalten, sondern sich in diesen Zusammenhängen zu orientieren, erfordert in der Tat heutzutage überdurchschnittliche Fähigkeiten. Da niemand über diese urwüchsig verfügt, ist es sehr zu begrüßen, dass die Kirchen sich schon seit mehreren Jahrzehnten in diesen Fragen engagieren und Orientierungen zu geben versuchen. Die folgenden Fähigkeiten sind dabei vor allem zu fördern:

1. Der Alltag des Zusammenlebens ist auch in seinen gelingenden und bereichernden Dimensionen zu sehen und ins öffentliche Bewusstsein zu heben. Wer diese Normalität verschweigt, kann nicht beanspruchen, die Wirklichkeit korrekt zu beschreiben. Differenzen und Konflikte sind Realität und müssen ernst genommen werden. Sie müssen aber auch an ihren Ort gestellt werden. Das Begrenzen und Lösen von Konflikten muss das Ziel sein.

2. Die Verbindung von Lokalem und Globalem, die durch die medialen Möglichkeiten heute eine Realität ist, stellt hohe Anforderungen an das Orientierungsvermögen und die Fähigkeiten des Abschätzens und Vorhersehens von Wirkungen und Folgen. Nicht nur das persönliche Wissen sowohl über die eigene Identität und die eigene Wertgebundenheit als auch die Kenntnis anderer Kulturräume sind wichtig. Vielmehr müssen die Ressourcen von Menschen mit Erfahrungen im Austausch und in der Kenntnis anderer Regionen vermehrt genutzt werden, um komplexe Zusammenhänge einschätzen und beurteilen zu können.

3. Es ist wichtig zu differenzieren. Religiöse Werte und Orientierungen spielen gerade für Menschen aus dem islamischen Kulturraum eine große Rolle. Dennoch sind nicht alle Verhaltensmuster oder Kulturstandards dem Islam als Religion zuzurechnen. Politische Konflikte können sich auch religiöser Motive bedienen und diese missbrauchen. Extremismus und Gewalt haben häufig ihren Grund in fehlenden Lebensperspektiven, sozialer Benachteiligung



Foto: unikat

und Minderheitensituationen. Manche aggressiven Reaktionen lassen sich nur dadurch erklären, dass Menschen sich nicht anerkannt und Wertgeschätzt fühlen. Wer Konflikte entschärfen und friedvolle Perspektiven aufzeigen will, ist auf eine sachgemäße Analyse der Situation angewiesen.

4. Nicht zuletzt ist es von ganz besonderer Bedeutung, mit Menschen den Kontakt zu suchen und im Gespräch zu bleiben. Vertrauen zu bilden und zu pflegen ist die Grundlage allen gesellschaftlichen Zusammenlebens. Dem anderen zuzuhören und seine Position und seinen Hintergrund zu verstehen, heißt noch keineswegs, alle Überzeugungen gutzuheißen oder zu teilen. Doch können im Austausch neue Perspektiven aufleuchten und Gemeinsamkeiten entdeckt werden.

Diese vier Zielrichtungen – das Hervorheben von Beispielen positiver Zusammenarbeit, die Verbindung von Lokalem und Globalem, differenzierte Analysen und die Förderung von

persönlichen Begegnungen – haben schon immer in dieser oder jener Form zu den Schwerpunkten in den jährlichen Materialheften der Interkulturellen Woche/Woche des ausländischen Mitbürgers gehört. Sie weiter zu entwickeln und zu intensivieren, ist eine wichtige Aufgabe angesichts der Herausforderungen, die sich uns gegenwärtig und in absehbarer Zukunft stellen.

■ Kontakt:

OKR Dr. Martin Affolderbach
Referent für Islam / Weltreligionen und
Länder des Nahen und Mittleren Ostens
im Kirchenamt der EKD
Herrenhäuser Straße 12, 30419 Hannover
Tel.: 0511 / 27 96 - 238
Fax: 0511 / 27 96 - 717
martin.affolderbach@ekd.de

ZUKUNFT WIRD GESTALTET

Werner Höbsch

Am Beginn des 3. Jahrtausends leben wir in Deutschland in einer spannungsreichen, aber auch spannenden Zeit des Umbruchs. Kennzeichen dieser Umbruchzeit sind Ungewissheit und Unsicherheit, die bei vielen Menschen Ängste auslösen. Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, des Arbeitsmarktes und der Sicherung des Lebensunterhaltes betreffen fast jeden auch persönlich. Zu den Wandlungen der Gesellschaft zählt auch die Erkenntnis, dass Deutschland von einer kulturellen und religiösen Vielfalt geprägt ist. Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft und religiöser Beheimatung leben heute Tür an Tür. Eine Frage stellt sich in dieser Situation: Wie kann ein friedliches Zusammenleben angesichts der Herausforderung der Zeit heute und in Zukunft gelingen?

Zukunft ereignet sich nicht, sondern wird gestaltet; Zukunft hängt nicht allein von Wirtschaftsunternehmern und Politikern ab, sondern auch von dem Willen und dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Die interkulturelle Woche bietet die Möglichkeit, dass Menschen aus verschiedenen Kulturen und Religionen sich begegnen, sich gemeinsam den drängenden Fragen der Zeit stellen, Ideen entwickeln und gemeinsam Schritte in der Gestaltung der Zukunft gehen. Begegnung und Dialog statt Abschottung und Polarisierung! Der Dialog darf nicht alleine eine Angelegenheit von Expertinnen und Experten sein und auf Akademieveranstaltungen begrenzt, sondern muss im Leben, im Alltag verortet werden.

Jeder Dialog beginnt mit dem Interesse am anderen und der Bereitschaft, dem anderen zuzuhören, aber auch selbst Auskunft zu geben und Rede und Antwort zu stehen. Der Respekt voreinander und die Anerkennung der Würde eines jeden Menschen verdecken nicht Unterschiede, sondern lassen eine kulturell und religiös vielfältige Gesellschaft als gegenseitige Bereicherung entdecken.

In unserer Zeit sind die Begegnung und der Dialog mit Muslimen besonders gefragt. Die christlichen Kirchen rufen ebenso wie Vertreter des Judentums und islamischer Vereinigungen in Deutschland zu diesem Dialog auf. Beispielhaft für die Dialoginitiativen soll die Initiative »Weißt du, wer ich bin? Das Projekt der drei großen Religionen für friedliches Zusammenleben in Deutschland« genannt werden.

■ Kontakt:

Werner Höbsch
Leiter des Referats für interreligiösen Dialog
Erzbistum Köln
Domstraße 18, 50668 Köln
Tel.: 0221 / 16 42 13 13
Fax: 0221 / 16 42 72 10
werner.hoebisch@erzbistum-koeln.de



Foto: J. Janzen

DIALOGZIELE UND REGELN –

EINIGE ANREGUNGEN AUS ISLAMISCHER SICHT

Rafet Öztürk

- **Entdeckung der Gemeinsamkeiten:** Inner- und interreligiöse Gemeinsamkeiten können durch Dialog entdeckt werden. Der Dialog soll die Gemeinsamkeiten und die Unterschiede unterstreichen, aber nicht ausgrenzen.
- **Schaffung der Toleranz und Förderung der Akzeptanz:** Durch Dialog kann Verständnis für Eigenarten und Eigenschaften der Dialogpartner geweckt werden. Durch Dialog kann Akzeptanz für ethisch-moralische Werte des Anderen gewonnen werden.
- **Abbau der Vorurteile:** Durch Dialog kann der Prozess des Kennenlernens gefördert werden, Vorurteile und Überfremdungssängste können dadurch abgebaut werden.
- **Förderung der Vielfältigkeit:** Durch den Dialog kann eine »Toleranz- und Akzeptanzkultur« für die kulturellen, religiösen und traditionellen Gemeinsamkeiten und Unterschiede geschaffen werden.
- **Förderung des Zusammen- und Miteinanderlebens:** Der von den gemeinsamen Werten ausgehende Dialog schafft für Individuen und Gruppen Räume, in denen sie frei miteinander kommunizieren und ihre Interessen vertreten können.
- **Stärkung des Friedenswillens, Verhinderung von Gewalt:** Die Förderung des effektiven Dialogs kann den Willen zum Frieden stärken.
- **Konfliktlösung:** Dialog bietet Dialogpartnern die Möglichkeit, Lösungen für die vielfältigen komplexen Konflikte gemeinsam zu suchen.
- **Entdeckung der eigenen Religion und Religiosität.**

VERHALTENSREGELN AUS ISLAMISCHER SICHT

- Um den Dialogprozess zu begleiten, dürfen die Muslime eine Gebetsstätte anderer Religionen betreten.
- Die Muslime dürfen an allen interreligiösen und interkulturellen Dialogveranstaltungen teilnehmen.
- Es soll beim Dialogprozess darauf geachtet werden, dass der Dialog sachlich, vernünftig und auf gleicher Augenhöhe geführt wird. Der Dialog soll offen, aufrichtig, kritisch und sachlich, jedoch nicht kränkend durchgeführt werden.
- Im Islam sind Musik und Musikinstrumente nicht verboten. Bei Dialogveranstaltungen können musikalische Beiträge erbracht werden.

THEMEN DES DIALOGS

- Im Dialog können alle Bereiche des Lebens, des Glaubens und vor allem des Zusammenlebens thematisiert werden.
- Über alle Themen kann offen, ohne Grenzen gesprochen werden. Der Islam verbietet den Blindglauben.
- Die Angehörigen der Religionsgemeinschaften der unterschiedlichen Weltanschauungen bieten gemeinsame ethische und moralische Werte als Dialogthemen an.

■ Kontakt: Rafet Öztürk
Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB)
Referat Interreligiöser Dialog
Venloer Straße 160, 50823 Köln, Tel.: 0221 / 57 98 248,
info@ditib.de, www.ditib.de

WEISST DU WER ICH BIN?

»Weißt Du, wer ich bin?« Unter diesem Motto laden die drei großen Religionen in Deutschland zu einem gemeinsamen Projekt ein. Ziel ist die Förderung des friedlichen Zusammenlebens in Deutschland durch die Begegnung von Menschen aus unterschiedlichen religiösen Traditionen. Mit der Leitfrage »Weißt Du, wer ich bin?« wollen die Träger Menschen zu Gesprächen und Aktionen anregen. Schwerpunkt dabei ist, neue Gemeinschaft stiftende Erfahrungen zu sammeln und religiös sowie kulturell bedingte Vorbehalte zu überwinden.

Damit leisten alle Beteiligten einen wichtigen Beitrag zu friedlichem Zusammenleben in Deutschland. Angesprochen sind Juden, Christen und Muslime, Schüler, Studenten, Lehrer, Dozenten und Menschen, die sich für den interreligiösen Dialog interessieren.

Bundesweit ist das Projekt auf die Zeit von Januar 2005 bis Mai 2007 angelegt und soll in dieser Zeit seinen Schwerpunkt auf lokalen Projekten haben. Lokalen Projekten steht inhaltliche und finanzielle Unterstützung zur Verfügung.

»Weißt Du, wer ich bin?« wird von vier Organisationen gemeinsam getragen:

Der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK), dem Zentralrat der Juden in Deutschland, dem Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) und der Türkisch-Islamischen Union (DITIB) Es wird von der Anstalt für Religion und vom Bundesministerium des Innern (BMI) gefördert.

Ablauf der »Nacht der Religionen«

Mit dem Doppeldeckerbus fahren alle Teilnehmenden die Stationen ab. An den einzelnen Orten der Religionen wird Halt gemacht. Dort gibt es eine »Präsentation«, z.B. Führung, Diashow o.ä.

Während der Fahrt haben die Teilnehmenden die Gelegenheit, über sich und über das gemeinsam Erlebte miteinander ins Gespräch zu kommen.

Als Abschluss findet eine Party statt, mit Musik der Teilnehmenden.

Treffpunkt

Haus der Evangelischen Jugend, Innenhof, Birkerstr. 19

Fahrt

1. Station: Synagoge, Reichenbachstr. 27 – Führung

Fahrt:

- Warum hast du dich zu der Nacht der Religionen angemeldet?
- Was hat dich daran gereizt? Welche Fragen hast du an andere Religionen?

2. Station: Moschee in Pasing, Planeggerstr. 18a – Führung

Fahrt:

- Bist du in der Jugendarbeit deiner Gemeinde aktiv? Was machst du?
- Was gefällt dir daran? Was nervt dich?

3. Station: Katholische Kirche St. Benno, Loristr. 21 – Führung

Fahrt:

- kleiner Snack bzw. Getränk wird verteilt – kleine Pause

4. Station: Evangelische Kirche, Kapernaumkirche am Lerchenauer See: Joseph-Seifried-Str. 27

Fahrt:

- Gibt es in deiner Religion, in deiner Gemeinde, in deiner Familie, in deinem Freundeskreis ein Vorbild, an dem du dich orientierst/orientieren kannst? Was ist daran so vorbildlich?

Abschluss

Riesstr. 102 im Backsteinhaus – Party

NACHT DER RELIGIONEN

»Nacht der Religionen«, Besuch von Synagoge, Moschee, evangelischer und katholischer Kirche

Ausstellung zur »Nacht der Religionen« in Freising

Beteiligte Religionsgemeinschaften

Juden, Moslems, Christen (evangelisch, katholisch)

Ziel

- Kennenlernen von Gemeinsamkeiten und Unterschieden der teilnehmenden Religionen und Konfessionen
- Kennenlernen von Jugendlichen, die in einem anderen Ritus aufgewachsen sind
- Erkunden von unterschiedlichen Sichtweisen der »Wirklichkeit«
- Entwickeln und Stärken der Aufmerksamkeit für soziale und politische Dimensionen (regional und global)
- Reflexion über die eigene Kultur bzw. Religion
- Verständnis füreinander schaffen

Aktivitäten

- Fahrt mit einem Doppeldeckerbus von einer Religionsstätte zur nächsten
- Vorstellung der einzelnen Religionen und Konfessionen
- Interviews der Teilnehmenden über ihren Glauben, ihre Motivation (während der Fahrt)
- Party zum Abschluss der Nacht mit Musik der Teilnehmenden
- Ausstellung zur »Nacht der Religionen«

Zielgruppen

Jugendliche und junge Erwachsene aus München

Kontakt:

Marianne Meyer, Erzbischöfliches Jugendamt München und Freising
Situlistr. 91, 80939 München, Tel.: 089/359 32 20, Fax: 089/30 76 29 35,
jugendstelle-freimann@erzbistum-muenchen.de
www.jugendstelle-freimann.de



Foto: unikat

ALLTAGSRELIGION – RELIGION IM ALLTAG

ABRAHAMISCHE RELIGIONEN IM KINOFILM

Alsfeld, März bis November 2006

Wiederholung des Projektes in anderen Orten Oberhessens wird angestrebt

Beteiligte Religionsgemeinschaften

Christinnen und Christen, Muslima und Muslime, Jüdinnen und Juden

Ziel

- Möglichkeit zur Selbstreflexion bieten (Selbstbild)
- einen Eindruck vom religiösen Alltagsleben der beteiligten Religionen vermitteln (Fremdbild)
- gemeinsames Gespräch über Religion im Alltag führen und dabei Gemeinsamkeiten wie Unterschiede beleuchten, sowie die jeweiligen Rahmenbedingungen
- eine möglichst große Anzahl von Menschen interessieren und darüber hinaus einen kontinuierlichen, interreligiösen Kreis initiieren

Aktivitäten

Das Projekt möchte über das Medium Kino(spiel)film eine möglichst große Anzahl von Interessierten erreichen sowie zugleich Angebote für die inner- und außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung entwickeln.

1. Vorbereitungstreffen der beteiligten Religionsgemeinschaften
2. Öffentliche Filmreihe im Kinocenter Alsfeld: 3 Filme zum Leitthema »Religion im Alltag«
3. Filmnachgespräch in Räumlichkeiten der jeweiligen Religionsgemeinschaft. Leitfragen: Selbst- und Fremdbild sowie Wiedererkennen des Selbst- bzw. Fremdbildes im Film
4. Dokumentation der Nachfolgeveranstaltung sowie Aufarbeitung als Kurzreader für schulische und außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung
5. nach Möglichkeit aus den Schritten 1 bis 4 Bildung eines interreligiösen Teams für den Einsatz in der schulischen und außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung
6. Vorbereitung einer neuerlichen Filmreihe durch Kooperationspartner bzw. evt. interreligiöse Teams, Wiederholung der Schritte 1 bis 4

Zielgruppen

- gläubige Menschen unterschiedlicher Religion
- »Cineasten«, die ein für die Region untypisches Programmkinogebot bekommen
- »religiöse Vagabunden«: Interessierte an der Welt der Religionen, die jedoch nicht an eine Religionsgemeinschaft gebunden sind.

Durch das Medium Kinofilm erwarten wir, überwiegend jüngere Erwachsene anzusprechen. Das Projekt zielt deutlich auf die Auseinandersetzung mit religiösen und interreligiösen Fragestellungen im weitesten Sinne und geht hierfür unkonventionelle Wege.

■ Kontakt:

Ralf Müller, Ev. Dekanat Alsfeld – Fachstelle Bildung und Ökumene
Altenburger Str. 40, 36304 Alsfeld,
Tel.: 06634/911 49 18, Fax.: 06634/911 49 20
E-Mail: ralf.mueller@alsfeld-evangelisch.de

■ Die Beiträge von Seite 37 - 39 sind entnommen aus:
»Weisst du wer ich bin?« Das Projekt der drei großen Religionen für friedliches Zusammenleben in Deutschland (Hg), Materialheft 1 – Basisheft, Frankfurt, 2006.

FINANZIERUNG DER LOKALEN INITIATIVEN

Das Projekt »Weißt Du, wer ich bin?« richtet sich an Menschen, die sich für ein friedliches Zusammenleben in Deutschland engagieren wollen. Angesprochen sind jüdische, christliche und muslimische Gemeinden sowie Schulen, Vereine, Kindergärten und Jugendgruppen und interessierte Menschen, die gerne in einen gemeinsamen Erfahrungsaustausch treten wollen und überzeugt sind, so zum friedlicheren Zusammenleben in Deutschland beizutragen.

Die Höhe der Förderung durch den Fonds des Projekts »Weißt Du, wer ich bin?« liegt bei 500,- Euro; in begründeten Ausnahmefällen bei 1000,- Euro. Die Förderung ist vorerst bis zum 31. Mai 2007 befristet. Die wichtigsten Vergabekriterien einer Förderung durch den Fonds sind:

- Vorliegen einer religionsspezifischen Substanz im christlich-islamisch-jüdischen Verhältnis;
- Trägerschaft von möglichst allen drei, mindestens aber zwei der am Projekt »Weißt Du, wer ich bin?« beteiligten Religionen; die dritte Religion sollte thematisch erfasst sein, wenn sie nicht personell im Projektträgerteam vertreten ist;
- neue, innovative Projekte sind prioritär; bestehende Projekte oder Initiativen sind von der Förderung jedoch nicht ausgeschlossen, wenn sie eindeutig einen dem Projekt »Weißt Du, wer ich bin?« entsprechenden Schwerpunkt aufweisen;
- das zu fördernde Projekt muss auf Nachhaltigkeit angelegt sein.

Die ausführlichen Kriterien sowie das Antragsformular finden Sie auf unserer Homepage. Als Erleichterung für Sie und für uns bemühen wir uns, den Verwaltungsaufwand so gering wie möglich zu halten. Für einen Antrag genügen uns folgende Angaben:

- zwei oder drei Träger Ihrer Initiative
- einer Seite mit Beschreibung Ihres Vorhabens
- geplante Finanzierung Ihrer Initiative
- Unterschriften der Projektträger

Bitte setzen Sie sich bereits in einer frühen Phase Ihrer interreligiösen Initiative mit uns in Verbindung. Wir beraten Sie gerne bei der Planung (inhaltliche Gestaltung, Suche von Ansprechpartnern etc.) und der Erstellung des Antrags. Wir freuen uns auf Ihren Antrag!

www.weisstduwerichbin.de

■ Kontakt: Katrin Kuhla, Projektbeauftragte »Weißt du wer ich bin?«
Ökumenische Centrale der ACK, Postfach 90 0617, Ludolfusstraße 2-4,
60487 Frankfurt/ M., Tel.: 069/24 70 27 17, Fax: 069/24 70 27 30,
katrin-kuhla@ack-oec.de, www.weisstduwerichbin.de

»MIGRATION: EIN ZEICHEN DER ZEIT«

ANSPRACHE VON BENEDIKT XVI. ZUM WELTTAG DER MIGRANTEN UND FLÜCHTLINGE 2006

Liebe Brüder
und Schwestern!

Vor nunmehr 40 Jahren fand das II. Vatikanische Konzil seinen Abschluss, dessen reiche Lehre sich auf viele Gebiete des kirchlichen Lebens auswirkt. Besonders die Pastoralkonstitution *Gaudium et spes* hat die komplexe Realität der heutigen Welt eingehend untersucht und Wege erkundet, die Botschaft des Evangeliums zu den Menschen von heute zu bringen. Mit diesem Ziel vor Augen sind die Konzilsväter der Aufforderung des sel. Johannes XXIII. nachgekommen und haben nach den Zeichen der Zeit geforscht, um sie im Licht des Evangeliums zu deuten und so den nachfolgenden Generationen eine angemessene Antwort zu ermöglichen auf die bleibenden Fragen nach dem Sinn des gegenwärtigen und des zukünftigen Lebens und nach der rechten Gestaltung der sozialen Beziehungen (vgl. *Gaudium et spes*, 4). Zu den Zeichen der Zeit, die heute festzustellen sind, gehört mit Sicherheit die Migration, ein Phänomen, das im Laufe des vor kurzem zu Ende gegangenen Jahrhunderts sozusagen strukturelle Gestalt angenommen hat und zu einem wichtigen Kriterium des Arbeitsmarktes auf weltweiter Ebene geworden ist, unter anderem infolge des starken Anstoßes, den es durch die Globalisierung erhalten hat. Natürlich fließen in diesem »Zeichen der Zeit« verschiedene Bestandteile zusammen. Es umfasst nämlich sowohl innerstaatliche als auch staatenübergreifende Migration ebenso wie zwangsweise und freiwillige, legale und illegale Migrationsbewegungen, die auch der Plage des Menschenhandels unterworfen sind. Nicht vergessen werden soll auch die Kategorie der im Ausland Studierenden, deren Zahl weltweit jährlich ansteigt.



Papst Benedikt XVI. Foto: KNA

Im Hinblick auf die Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen emigrieren, verdient die jüngste Entwicklung der »Feminisierung« des Phänomens Erwähnung, also einer ständig wachsenden Anzahl von Frauen unter ihnen. Tatsächlich emigrierten in der Vergangenheit vor allem Männer. Wenn auch Frauen dabei nie fehlten, so emigrierten diese damals jedoch vor allem, um ihre Väter oder Ehemänner zu begleiten oder um dorthin nachzukommen, wo diese sich bereits aufhielten. Auch wenn dies heute noch oft der Fall ist, wird die Emigration der Frauen doch tendenziell immer mehr zu einem eigenständigen Phänomen: Die Frau überschreitet allein die Grenzen ihrer Heimat auf der Suche nach Arbeit im Ausland. Nicht selten sind Migrantinnen sogar zur Haupteinnahmequelle für ihre Familien geworden. Faktisch lässt sich die Anwesenheit von Frauen vor allem in Niedriglohnssektoren beobachten.

Wenn also die Arbeitsmigranten sich in einer besonders schwachen Position befinden, dann gilt dies in besonderem Maße für die Frauen unter ihnen. Die

Frauen sind außer als Haushaltshilfen vor allem in der Alten- und Krankenpflege und im Hotelgewerbe tätig. Auch in diesen Bereichen müssen die Christen sich für eine gute Behandlung der Migrantinnen einsetzen und dafür sorgen, dass sie als Frauen respektiert werden und die gleichen Rechte genießen.

In diesem Zusammenhang sei der Menschen- und vor allem der Frauenhandel erwähnt, der dort besonders ausgeprägt ist, wo es kaum Möglichkeiten zur Verbesserung der eigenen Lebensumstände gibt oder wo es ums bloße Überleben geht. Es wird dem Händler ein leichtes Spiel sein, den Opfern seine »Dienste« anzubieten, wobei diese oft nicht im geringsten ahnen, was ihnen bevorsteht. Manchmal ist es das Schicksal der Frauen und Mädchen, dann als Arbeitskräfte ausgebeutet und beinahe zu Sklavinnen zu werden, nicht selten auch in der Sexindustrie. Auch wenn ich hier keine genauere Untersuchung der Folgen einer solchen Migration vornehmen kann, schließe ich mich Johannes Paul II. an, der »die verbreitete, von Genusssucht und Geschäftsgeist bestimmte Kultur, die die systematische Ausbeutung der Sexualität fördert« (Brief an die Frauen, 29. Juni 1995, 5), verurteilte. Es handelt sich hierbei um ein weites Betätigungsfeld zur Erlösung und Befreiung, dem die Christen sich nicht entziehen können.

Im Hinblick auf die andere Kategorie der Migranten, die Asylbewerber und Flüchtlinge, möchte ich ins Bewusstsein rufen, dass man sich im allgemeinen bei dem vordergründigen Problem ihrer Einwanderung aufhält, ohne sich dabei nach den Gründen ihrer Flucht aus der Heimat zu fragen. Die Kirche blickt auf diese Welt des Leidens und der Gewalt mit den Augen Jesu, der Mitleid hatte,

als er die vielen Menschen sah, die umherirrten wie Schafe, die keinen Hirten haben (vgl. Mt 9,36). Hoffnung, Mut, Liebe und auch die »Phantasie der Liebe« (Apostolisches Schreiben *Novo millennio ineunte*, 50) müssen der Antrieb sein für den notwendigen menschlichen und christlichen Einsatz zur Unterstützung dieser leidgeprüften Brüder und Schwestern. Die Kirchen, aus denen sie kommen, werden es nicht an Fürsorge fehlen lassen und werden ihnen Helfer senden, die ihre Sprache sprechen und ihrer Kultur angehören, im Dialog der Nächstenliebe mit den Teilkirchen der Aufnahmeländer. Im

Licht der heutigen »Zeichen der Zeit« verdient abschließend das Phänomen der Auslandsstudenten besondere Beachtung. Ihre Zahl ist ständig im Wachsen begriffen, wozu auch der »Austausch« zwischen den verschiedenen Universitäten, besonders innerhalb Europas, beiträgt. Hieraus erwachsen Probleme auch pastoraler Art, die die Kirche nicht außer acht lassen kann. Dies gilt besonders für Studenten, die aus Entwicklungsländern kommen und für die ihre Universitätszeit eine außergewöhnliche Gelegenheit sein kann, geistliche Bereicherung zu erfahren.

Ich rufe den göttlichen Beistand auf alle Menschen herab, die einen Beitrag leisten möchten zur Förderung einer Zukunft der Gerechtigkeit und des Friedens in der Welt und die aus diesem Wunsch heraus ihre Kräfte in den pastoralen Dienst an der menschlichen Mobilität stellen, und erteile allen als Unterpfeiler meiner Zuneigung meinen besonderen Apostolischen Segen.

■ Vatikanstadt, 18. Oktober 2005
BENEDICTUS PP. XVI.

AUF DEM WEG DER GERECHTIGKEIT IST LEBEN

ANDACHT VON PRÄSES ALFRED BUSS AM 23.11.2005

Text: *Sprüche 12,2*

■ Unsere Welt ist von einer großen Sehnsucht erfüllt, der Sehnsucht nach Leben. Wenn ich mit offenen Sinnen und wachem Herzen durch den ganz normalen Alltag gehe, dann spüre ich diese Sehnsucht allerorten. Sie ist da, wenn zwei Liebende nur Augen füreinander haben, aus Kindergesichtern strahlt uns die Neugier auf Leben an, im versunkenen Spiel eines Kindes lebt sie sich aus. Die Sehnsucht nach Leben eilt mit in der geschäftigen Hast eines Geschäftsreisenden, widerständig springt sie uns an aus dem trotzigem Na und!? der Pubertierenden; Sehnsucht speist das Fernweh der Touristin, Sehnsucht nach Leben lockt auf die Weihnachtsmärkte. Selbst in der gebrochenen Resignation eines Obdachlosen ist sie nicht verschüttet, in der verzweifelten Hoffnung eines Asylbewerbers bleibt sie die treibende Kraft:

Die Sehnsucht nach dem Mehr, das in dem fragmentarischen und brüchigen Dasein unseres Alltags nicht aufgeht. Die Sehnsucht nach der Fülle, die unsere vorläufigen Erfahrungen und unsere gescheiterten Versuche umfasst und ihnen endlich einen Sinn geben kann in einem größeren Zusammenhang.

Die Suche nach Glück und Zufriedenheit, nach tiefen Gefühlen und echtem Erleben ist Ausdruck dieser Sehnsucht. Wie finden wir Leben, er-

fülltes Leben – Lechajim, das man sich fröhlich im jüdischen Trinkspruch zu spricht?

Ich erinnere ein Wort der Bibel: *Auf dem Weg der Gerechtigkeit ist Leben*. Dies war die Losung des Kirchentages vor 8 Jahren in Leipzig. Gemessen an der großen Sehnsucht nicht gerade ein

berauschendes Wort. Hört sich irgendwie an wie Morgenstund hat Gold im Mund.

Auf dem Weg der Gerechtigkeit ist Leben. Na und? Schön wär's. Aber Gerechtigkeit klingt in diesen Zeiten eher nach Verzicht als nach Leben. Gerechtigkeit, das riecht nach Einschränkung,



**MITEINANDER
ZUSAMMENLEBEN
GESTALTEN**

Interkulturelle Woche
Woche der ausländischen Mitbürger
24. - 30. September 2006

Motiv von Jan Lengwenat
Student an der Fachhochschule
Aachen, Fachbereich Design,
Kontakt:
casse-schlueter@fh-aachen.de

Das Motiv »Hände«
ist als Postkarte (vierfarbig)
erhältlich (1 - 49 xpl. je 0,25 €,
ab 50 Expl. je 0,20 €)

Bestelladresse: Ökumenischer
Vorbereitungsausschuss
Postfach 16 06 46
60069 Frankfurt am Main
Tel.: 69 / 23 06 05
Fax: 069 / 23 06 50
info@interkulturellewoche.de
www.interkulturellewoche.de

Verlust. Verzichten aufs Weihnachtsgeld, damit's für alle reicht, Arbeitsplatz teilen, Stunden abgeben oder freiwillig mehr arbeiten, den Einsatzort wechseln, flexibel sein – das sind doch jetzt die Parolen, auch in der Kirche. Muss man nicht Verständnis haben, wenn da jemand sagt: Das Hemd ist mir nun mal näher als der Rock. Wenn's euch Spaß macht, bitte. Für mich spielt sich das Leben woanders ab.

Sagt ein anderer, eine andere: *Auf dem Weg der Gerechtigkeit ist Leben* – klingt irgendwie rührend. Anrührender Idealismus. Das galt früher vielleicht mal. Aber das echte Leben spielt heute leider anders. Wir sind doch von Entwicklungen abhängig, die wir gar nicht mehr beeinflussen können. Wo lebt Ihr denn? Die Musik spielt in globalen Zusammenhängen, weltweit greift da eins ins andere. Zukunftsfähig ist nur, was sich auf dem Markt durchsetzen kann. Da hat der Einzelne doch keinen Einfluss mehr drauf. Wer wäre nicht für Gerechtigkeit, aber leider ist das heutzutage Traumtänzerie.

Und es wendet jemand ein: *Auf dem Weg der Gerechtigkeit ist Leben* – das ist zu einfach, zu glatt. Es war ein langer Kampf für Rigoberta Menchu oder Wangari Mantaai; Nelson Mandela war 25 Jahre eingesperrt, Martin Luther King, Bischof Romero, Gandhi und viele andere – sie bezahlten mit dem Leben.

Und das kennen wir ja auch: Mit viel Elan sind wir gemeinsam aufgebrochen, und dann bröckelte es, je länger, desto mehr, und irgendwann fragt man sich: Bin ich hier eigentlich der Doofe oder was? Und dann fangen die Fragen an, die Einwände bekommen Oberwasser, in einem selbst fängt's an zu rumoren. Es ändert sich nicht unbedingt das Denken und Reden, aber das Handeln und Verhalten knickt ein, schwenkt ein auf die Linie der Einwände.

Bevor wir nachschauen, ob das Bibel- und Kirchentagswort diesen Einwänden standhalten kann, ob wirklich Leben in ihm ist, lasst uns einmal die Perspektive wechseln.

In Ziffer 112 des Gemeinsamen Worts der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, ebenfalls acht Jahre alt, lesen wir:

Suche nach Gerechtigkeit ist eine Bewegung zu denjenigen, die als Arme



Foto: Ökumenischer Vorbereitungsausschuss Berlin, Eröffnungsveranstaltung zur Interkulturellen Woche 2005 in Berlin

und Machtlose am Rande des sozialen und wirtschaftlichen Lebens existieren und ihre Teilhabe und Teilnahme an der Gesellschaft nicht aus eigener Kraft verbessern können. Gerechtigkeit bedeutet also – biblisch gesehen – gerade nicht: Jedem das Seine, ohne Ansehen der Person nach dem Motto: *es ist den Millionären und den Clochards in gleicher Weise verboten, unter den Brücken der Seine zu schlafen.*

Wer ganz unten ist, kein Licht mehr sieht am Ende des Tunnels und nur erlebt, dass keiner für ihn zuständig ist und alle vorbeigehen und wegsehen und übersehen – für den hängt alles davon ab, dass es Menschen gibt, die auf dies Bibelwort vertrauen: *Auf dem Weg der Gerechtigkeit ist Leben.* Dass es Menschen gibt, die nicht an der Not vorbeigehen, sondern sich anrühren lassen und sich zuwenden, sich kümmern und aufrichten.

Wo der Weg der Ausgrenzung oder Gewalt endet, da kehrt Leben zurück. Menschen, die auf die Füße gestellt wurden, wissen ein Lied davon zu singen.

Gerechtigkeit, damit meint die Bibel all die Maßnahmen und Verhaltensweisen, die Leben fördern und Gemeinschaft stiften. Maßstab sind dabei die Schwachen und die Armen, kurz: alle, die sonst untergebuttert werden. Manche von uns haben solche Gesichter klar vor Augen. Wenn man sie fragt, werden sie antworten: Auf dem Weg der Gerechtigkeit ist Leben, wo denn sonst?

Aber mit dem Perspektivwechsel sind die Einwände nicht entkräftet. Es bleibt dabei: Gerechtigkeit bedeutet für viele Verlust und Verzicht. Wir haben's gehört. Was ist darauf zu sagen?

Nur dies: Verheißen war nicht Gewinn, sondern Leben. Das Bibelwort lockt auf den Weg zum Leben: Lass dich drauf ein. Ein Mensch merkt, was Abgeben ihm selber gibt und was Besitzgier anrichtet. Besitz macht ängstlich, Gier macht unersättlich, Absicherung macht einsam, das Leben geht kaputt. Wer den Weg der Gerechtigkeit geht, wird lebendig. Weil du lernst, dich zu öffnen statt zu klammern. Weil du neuere und tiefere Gemeinschaft findest. Jesus hat's einmal so auf den Punkt gebracht: *Welchen Nutzen hätte der Mensch, wenn er die ganze Welt gewönne und verlöre sich selbst oder nähme doch Schaden an sich selbst.* (LK 9,25) Im 25. Kapitel des Matthäusevangeliums fügt er hinzu: Was ihr einem meiner geringsten Schwestern und Brüder getan habt, das habt ihr mir getan. In diesem Kapitel scheint auch auf: Auf dem Weg der Gerechtigkeit entscheidet sich nicht nur, ob du gut leben, sondern auch, ob du einmal getrost sterben kannst. Auf dem Weg der Gerechtigkeit ist Leben, weil die Hinwendung zum Mitmenschen uns uns selbst und uns Gott näher bringt.

Aber was bringt's, wenn man in dieser Welt letztlich doch nichts ausrichten kann? Was soll's, wenn ökonomische Sachzwänge uns knebeln?



Foto: Ökumenischer Vorbereitungsausschuss Berlin, Eröffnungsveranstaltung zur Interkulturellen Woche 2005 in Berlin

Dann lasst uns daran erinnern, dass ökonomische Zwänge immer Menschenwerk und danach zu befragen sind, ob sie zu mehr oder weniger Gerechtigkeit führen. Der Weg ist auch hier nicht das Ziel. Der Markt ist kein Selbstzweck. Nein, das Ziel allen Wirtschaftens ist, dass alle ein Ein- und Auskommen haben, auch kommende Generationen. Globalisierung könnte sich diese vorrangigen Ziele setzen, sagte Dr. Diefenbacher als Referent unserer Landessynode in letzten Jahr: *Die Schaffung einer weltweiten medizinischen Grundversorgung oder Zugang zu Bildungseinrichtungen, die Versorgung aller Menschen mit sauberem Trinkwasser, die Sicherung der Ernährung, die Schaffung von Wohnraum, schließlich die Bewahrung der Natur* und fügte hinzu: *Die Kaufkraft an den Weltmärkten führt offenkundig nicht zur angemessenen Erfüllung dieser Ziele.*

Vom Ziel her ergibt sich die Richtung. Das Ziel bestimmt den Weg. Es wird nicht da gegangen, wo ein Weg ist, sondern wo gegangen wird, da entsteht ein Weg. Der tägliche Trampelpfad zu mehr Gerechtigkeit verspricht ganzes Leben. Der Weg ist dazu da, gegangen zu werden, die Gerechtigkeit dazu da, getan zu werden und das Leben dazu da, gelebt zu werden. In den Substantiven stecken die Tu-Wörter, die Verben. Biblisch gesehen, ist Gerechtigkeit kein Idealzustand, der schon irgendwie da wäre und nur freigelegt werden müsste, verborgen wie die Sonne hinter den Wolken. Zur Gerechtigkeit sind wir

immer auf dem Weg. Der Weg ist steinig, voller Um- und Irrwege, und der Weg zur Gerechtigkeit ist immer ein Kampf um etwas mehr Gerechtigkeit, immer im Komparativ, Step by Step. Dieser Weg ist keine stolze Prozession. Wer davon träumt, das ganze ungerechte Wesen aus der Welt zu schaffen, kann nur scheitern und resignieren. Aber zwischen »Alles« und »Nichts« liegt das »Etwas mehr« an Gerechtigkeit, das uns heute zu tun möglich ist und auf dem Verheißung ruht.

Und was ist mit all denen, die ihr Leben gelassen haben auf dem Weg der Gerechtigkeit? Die Bibel weiß von Abgründen, deren Sinn wir nicht verstehen. Jesus kennt nicht nur die hungert und dürstet nach Gerechtigkeit, sondern auch die um der Gerechtigkeit willen verfolgt werden. Und gehört selber dazu. Sein Kreuz ist aufgerichtet zum Zeichen dafür, dass der Weg der Ungerechtigkeit in den sicheren Tod führt. Leiden lässt sich vielleicht noch erklären, auf Ursachen zurückführen. Aber Leiden können wir niemals verstehen. Leiden lässt sich nicht einfach mit Sinn unterlegen. Darum zweifeln wir. Darum rätseln wir, wenn der Weg der Gerechtigkeit ins Dunkle führt. Und darum wenden sich viele ab.

Und doch ist das Kreuz unübersehbares Hoffnungszeichen: Gott gibt seine Welt nicht auf. Gott überwindet das Leiden, indem er in Christus Anteil nimmt am Leiden. Gott überwindet das Leiden durch sein Mitleiden. Das ist das große Geheimnis: Gott wird

Mensch. Darum feiern wir wieder Advent. Gott teilt mit seinen Kreaturen Ungerechtigkeit, Leiden und Tod. Und teilt mit seinen Kreaturen sein unvergängliches Leben. Er spricht selig, die es hungert und dürstet nach Gerechtigkeit und die um der Gerechtigkeit willen verfolgt werden. Sein Licht scheint in die Finsternis, ist Vorschein des Tages, da alle Ungerechtigkeit und Leid und Geschrei und Schmerz überwunden sein werden, wenn Leben in Fülle da sein wird.

Und damit sind wir wieder am Anfang: Bei der Sehnsucht nach erfülltem Leben. Erfülltes Leben können wir nicht erarbeiten, das Wichtigste im Leben kann kein Mensch kaufen. Leben wird uns geschenkt. Wir können aufhören, so zu tun, als müssten wir uns selber hervorbringen, als müssten wir uns selber gebären und in der eigenen Hand bergen, uns selber beabsichtigen. Wir können uns nicht selber beabsichtigen, ohne unser Leben zu verfehlen. Wir werden geboren, wir werden geliebt, uns wird vergeben, wir werden sterben. Und wir werden leben im Lichte Gottes.

Zu dem Ziel sind wir unterwegs. Unterwegs auf dem Weg der Gerechtigkeit. Kein Schritt ist umsonst. Keiner vergebens. Keiner überflüssig. Vielleicht mag man einwenden: Es sind ja nur kleine Schritte, und was ändert es wirklich? Ich will dagegenhalten: Das Handeln für Gerechtigkeit hat Langzeitwirkung. Der Segen Gottes, der auf dem Tun der Gerechtigkeit liegt, hat einen längeren Atem als alles, was wir allein aus uns hervorbringen vermögen. Gott sei Dank.

Amen

■ Kontakt: Präses Alfred Buß
Evangelische Kirche von Westfalen
Landeskirchenamt
Altstädter Kirchplatz 5, 33602 Bielefeld
Tel.: 0521 / 594-0, Fax: 0521 / 594-129

»MITEINANDER ZUSAMMENLEBEN«

PREDIGT ZUR INTERKULTURELLEN WOCHEN

Msgr. Dr. Peter Neher

Lesung: Ex 1,6-10,14

Evangelium: Mt 2,13-15

**Ich habe Heimweh nach einem Land,
in dem ich niemals war, wo alle
Bäume und Blumen mich kennen,
in das ich niemals geh, doch wo sich
die Wolken meiner genau erinnern,
ein Fremder, der sich in keinem
Zuhause ausweinen kann.**

Fremdsein, liebe Schwestern und Brüder! Hilde Domin hat in diesen Zeilen eines Gedichtes zur Sprache gebracht, was Fremdsein heißen kann.

Wer immer in seiner angestammten Heimat leben durfte, tut sich schwer, sich in das Fremdsein einzufühlen. Vertrautes ist nicht mehr da. Die Straßen sind fremd, und die Menschen verhalten sich anders; Gebräuche und Rituale sind unbekannt. Fremdartige Klänge dringen ans Ohr. Wie kann ich mich verständlich machen, mich verständigen? Wie finde ich mich zurecht?

Wo ich einmal jemand war, mit Namen und Geschichte, mit Ansehen und Bedeutung, da bin ich jetzt einer unter vielen. Ausgeliefert, vielleicht sogar ausgestoßen. Wer weiß noch von dem, was

mich unverwechselbar macht?! Wer erinnert sich meiner?! Die Einmaligkeit des Gesichtes und des Schicksals werden im äußersten Fall zur Nummer im Aktschrank.

Und doch ist das Fremdsein eine sehr ambivalente Geschichte. In meiner Allgäuer Heimat wurden die Urlauber früher die »Fremden« genannt. Und die Gästezimmer waren die »Fremdenzimmer«. Dahinter verbarg sich weniger die Irritation durch das Fremde als viel mehr die Faszination des Unbekannten. Jene, die dem fremden Menschen begegnen, entdecken, dass es da noch eine andere Welt gibt.

Liebe Schwestern und Brüder! Diese Erfahrungen des Fremdseins sind Ur-Erfahrungen der biblischen Geschichte, Ur-Erfahrungen des Volkes Israel. Es wurde »ihnen das Leben schwer (gemacht) durch harte Arbeit mit Lehm und Ziegeln und durch alle möglichen Arbeiten auf den Feldern.« So heißt es im Buch Exodus. Angefeindet und ausgegrenzt erlebt sich Israel in feindseliger Umgebung.

Und in dieser Tradition steht auch die Familie Jesu. Mussten Josef und Maria schon die Heimatstadt Nazareth verlassen, so kommt es jetzt noch dicker. »Steh auf, nimm das Kind und seine Mutter und flieh nach Ägypten ...«

Leib und Leben sind gefährdet. Da verlässt eine Familie nicht unbedacht die Heimat. Die nackte Angst ums Leben lässt sie zu Flüchtlingen werden.

Und deshalb braucht der Fremde Unterstützung. »Wenn bei dir ein Fremder in eurem Land lebt, sollt ihr ihn nicht unterdrücken. Der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten, und du sollst ihn lieben wie dich selbst; denn ihr seid selbst Fremde in Ägypten gewesen.« Der Fremde wird der Sorge Israels anvertraut, weil es selbst Erfahrungen der Fremde hat.

»Unsere Religion ist nicht wahrhaft katholisch, wenn sie nicht sozial ist«, sagte der Bischof der katholischen Sozialbewegung des 19. Jahrhunderts, Michael Ketteler. »Wir sind noch nicht Christen, wenn wir nicht soziale Brüder (und Schwestern) sind.« Das gilt gerade im Blick auf die Menschen, die unter uns eine neue Heimat und Sicherheit suchen. Denn auch wir können von ihnen lernen.

»Miteinander zusammenleben gestalten« ist das Motto der diesjährigen Interkulturellen Woche. Diese Woche lädt dazu ein, sich aktiv um gegenseitiges Verstehen und ein Kennenlernen auf Augenhöhe zu mühen. Die Einheimischen die Fremden und die Fremden die Einheimischen. Das ist eine gemeinsame Aufgabe.

Liebe Schwestern und Brüder! So ist die Woche der ausländischen Mitbürger Auftrag und Ermutigung. Vielleicht aber auch mit einem Schuss bitterer Sehnsucht, wie es Hilde Domin am Schluss ihres Gedichtes ausdrückt:

**Und jenseits des Horizonts, wo die
großen Vögel am Ende ihres Flugs
die Schwingen in der Sonne
trocknen, liegt ein Erdteil,
wo sie mich aufnehmen müssen –
ohne Pass, auf Wolkenbürgschaft.**

Hilde Domin, Nur eine Rose als Stütze,
Frankfurt a. M., 1959, 67

Msgr. Dr. Peter Neher, Präsident des Deutschen Caritasverbandes
Karlstraße 40, 79104 Freiburg
Tel.: 0761 / 200-0, Fax: 0761 / 200-755

GOTTESDIENSTBAUSTEINE

Wie in der Vergangenheit stellen die Caritas-Konferenzen Deutschlands (CKD) auch in diesem Jahr Gottesdienstbausteine zum Jahresthema zur Verfügung.

- Texte und Gedanken für eine Predigt wurden von Weihbischof Dr. Josef Voß, dem Vorsitzenden der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz zusammengestellt. Sie sind im CKD-Direkt, Zeitung für Ehrenamtliche in Gemeinden und Einrichtungen der Caritas-Konferenzen Deutschlands zu finden.
- CKD-Direkt ist bei der Bundesgeschäftsstelle der CKD, Karlstr. 40, 79104 Freiburg, Tel. 0761/200-462, ckd@caritas.de gegen Kostenerstattung erhältlich oder auf der Homepage der Caritaskonferenzen Deutschlands abrufbar: www.caritas.ckd.de
- Bausteine für die Gottesdienstgestaltung und Predigtvorschläge zum Caritas-Jahresthema 2006 sind zu beziehen beim Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart (Herr Thomas Wilk: 0711/2633 1114), www.dicv-rottenburg-stuttgart.caritas.de
- Der Deutsche Caritasverband veröffentlicht Bausteine für die Gottesdienstgestaltung und Predigtvorschläge zum Caritas-Jahresthema 2006. Bezug über vertrieb@caritas.de oder als download unter www.caritas.de

ÖKUMENISCHER GOTTESDIENST ZUM JAHRESMOTTO

ZUM KYRIE

»Miteinander Zusammenleben gestalten« – so lautet das Motto der diesjährigen Interkulturellen Woche. Gerade wir Christen wollen uns für ein friedliches Miteinander unter Menschen verschiedener Völker, Kulturen und Sprachen einsetzen. Gerade wir Christen sind gefordert, die Würde jedes Menschen zu schützen und mitzuhelfen, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft bei uns ein Zuhause erfahren dürfen. Wir glauben an einen Gott, der alle Menschen gleichermaßen liebt. Wir glauben an einen Gott, der unser aller Vater ist, bei dem es keine Fremden gibt. Sein Erbarmen wollen wir nun in den Kyrierufen erbitten:

1. Herr, auch in unserem Land werden immer wieder rassistische Parolen ausgerufen und Menschen anderer Herkunft erniedrigt. Wir sind oft zu gleichgültig oder fühlen uns überfordert, dagegen einzuschreiten, dagegen unsere Stimme zu erheben:

Ostkirchlicher Kyrieruf

2. Herr, Sprachschwierigkeiten lassen uns oft ermüden in unserer Bereitschaft, aufeinander zuzugehen. Sprachschwierigkeiten führen auch immer wieder zu großen Missverständnissen und Vorurteilen unter uns:

Ostkirchlicher Christeruf

3. Herr, du hast jeden Menschen in Liebe erschaffen, und du willst uns in jedem unserer Mitmenschen begegnen. Oft nehmen wir deinen Anruf nicht ernst und wollen dich nicht im Angesicht unserer Mitmenschen erkennen:

Ostkirchlicher Kyrieruf

Der allmächtige Gott erbarme sich unser, er nehme aus unserem Herzen hinweg alle Gleichgültigkeit, Ungerechtigkeit und Unmenschlichkeit und lasse uns mit zuversichtlichem Herzen diese heilige Feier begehen. Amen.

TAGESGEBET

Herr, du bist unser Gott, du bist ein Gott, der Gerechtigkeit liebt.

Hilf, dass wir – Ausländer und Deutsche – in diesem Land die Wege des gemeinsamen Zusammenlebens und Zusammenwirkens finden; dass wir die Vorurteile und Mauern zwischen uns überwinden und lernen, Unterschiede in unseren Lebensformen einander nicht nur zuzugestehen, sondern auch als Chance der kulturellen Mannigfaltigkeit und der gegenseitigen Bereicherung begreifen.

Hilf auch, dass sich dieses Land vor den Zuflucht- und Asylsuchenden nicht weiter verschließt, dass die Menschen in Not ohne Diskriminierungen aufgenommen werden.

Herr, unser Gott, du liebst Gerechtigkeit und Frieden. Lass uns Christen immer besser lernen, Menschen anderen Glaubens mit Achtung zu begegnen und den Freiraum zu respektieren, den sie in unserem Land brauchen.

Lass uns miteinander die Fehlteile überwinden, die unser Verhältnis zueinander belasten, und in der Begegnung unserer Religionen lernen, den eigenen Glauben zu schätzen und den Glauben der anderen zu achten.

Lass uns der Liebe Jesu entsprechend leben.

Amen.

ANSPRACHE ZU GEN 9,12-17

Liebe Schwestern und Brüder in Christo,
liebe ökumenische Gemeinde,

die Sintflut ist aus einem Grund geschehen, wird uns in den Kapiteln des Buches Genesis, die der heutigen Lesung voraus gehen, erzählt. Die Menschen sind auseinander gegangen. Sie sind Fremde geworden. Der Turm zu Babel ist zum Symbol der zwischenmenschlichen Beziehungen geworden.



Miteinander Zusammenleben gestalten

InterkulturelleWoche
Woche der ausländischen Mitbürger 24.-30. September 2006

Motiv von Melanie Neumann,
Studentin an der Fachhochschule Aachen, Fachbereich Design, Kontakt:
casse-schlueter@fh-aachen.de

Das Motiv »Bauklötze« ist als Postkarte (vierfarbig) erhältlich (1-49 Expl. je 0,25 €, ab 50 Expl. je 0,20 €)

Bestelladresse: Ökumenischer Vorbereitungsausschuss
Postfach 16 06 46
60069 Frankfurt am Main
Tel.: 069 / 23 06 05
Fax: 069 / 23 06 50
info@interkulturellewoche.de
www.interkulturellewoche.de

Der Regenbogen bringt einen neuen Anfang, eine neue Chance. Das Leben, Gott, öffnet wieder neue Wege und schafft ein Bündnis mit uns.

Werden wir daraus lernen? Wird dadurch unser Leben farbiger werden? Werden wir daraus lernen, Farbe zu bekennen? Werden wir umkehren?

Umkehren aus einem Leben in der Isolierung des Ego, in der Isolierung unserer eigenen Welt, unserer eigenen virtuellen Realität, unserer Projekte und Programme in das wirkliche Leben, in das Leben, welches wir mit allen Menschen aus aller Herren Länder, aus allen Religionen und Glaubensgemeinschaften, aus allen Kulturen hier in unserem Land teilen?

Wenn wir auf die Ebene des Regenbogens, des »Kindseins«, der Gefühle kommen, dann können wir den Anderen besser verstehen, dann können wir mit dem Anderen wirklich kommuni-

zieren, den Anderen als Person wahrnehmen.

Migration, Kriege, politische Verfolgung, Folter, Flucht, Missbrauch, Menschenhandel rufen in unserer Gesellschaft hier in Deutschland eine Sintflut hervor. Wir sind überflutet und überfordert.

Und trotzdem, glaube ich, dass nichts zufällig ist, dass alles aus einem Grund geschieht.

Zunächst liegt allem eine Ursache zugrunde. Der Grund für diese moderne Sintflut ist der gleiche wie damals in der Urgeschichte, in biblischen Zeiten. Die Menschen sind Fremde geworden. Es gibt keine Kommunikation, kein echtes Interesse des einen für den anderen.

Alles geschieht aus einem Grund. In diesem Falle ist der Grund offensichtlich. Die Gegenwart vieler Menschen aus aller Herren Länder, aus allen Kul-

turen und Religionen unter uns und die daraus entstehenden Probleme des täglichen Lebens stellen für uns, für unsere Gesellschaft eine Herausforderung dar, eine neue Chance, eine Chance zur Umkehr, eine Chance näher zueinander zu finden.

Wie oft aber bleiben wir Fremde untereinander, wie oft bleibt es bei einer oberflächlichen oder gar nur zweckmäßigen Beziehung, ohne wirkliches Interesse für den anderen, für unseren Kollegen, für unseren ökumenischen Partner. Was uns interessiert, ist, dass wir unsere Arbeit erledigen, damit wir uns gegenüber unserem Arbeitgeber, der Gesellschaft oder sogar Gott selbst rechtfertigen können. Wie oft schaffen wir es nicht wirklich, für diese Menschen da zu sein, als Mitmenschen, mit einem echten Interesse für sie? Wie oft bleibt unser Regenbogen, den wir in unseren Veranstaltungen und Gottesdiensten gerne hervorheben, ein leeres Symbol, ein Versprechen ohne Erfüllung, ein leeres Wort ohne Tat, eine schöne Vision ohne Bemühen zur Verwirklichung? Wie schnell löst sich unser Regenbogen auf, wie schnell entsteht Frustration anstelle der Hoffnung?

Und trotzdem. Das Bündnis mit Gott ist geschlossen. In der Urgeschichte, die wir mit allen Völkern teilen, ist dieses Bündnis durch die Natur geschlossen. Der Regenbogen ist das Zeichen dafür. Jesus hat für uns dieses Bündnis durch sein Leben und sein Opfer erneuert und bestätigt. Aus diesem Grund ist unser Leben farbiger geworden. Aus diesem Grund haben wir Freude und Zuversicht, Glauben und Vertrauen, und wir können das Leben als ein Geschenk Gottes mit Dankbarkeit und im Dienst für unseren Bruder und unsere Schwester erleben.

■ Pfarrer Dr. Georgios Basioudis,
Griechisch-Orthodoxe Kirchengemeinde,
Scharhofer Straße 17, 68307 Mannheim,
Tel.: 0621 / 799 05 61, Fax: 0621 / 799 05 62,
mannheim@orthodoxie.net



Wir sind uns ähnlicher, als wir denken.

INTEGRATION BEGINNT IM KOPF.
Für ein besseres Miteinander
von Deutschen und Zuwanderern.



Plakat zum Jahresmotto 2006
des Deutschen Caritasverbandes
»Integration beginnt im Kopf«.

FÜRBITTEN

An diesem Tag wird uns neu bewusst, dass in der Achtung der Menschenrechte das Geheimnis des wahren Friedens liegt. Nehmen wir dieses Anliegen ins Fürbittengebet auf.

- a) Der Schöpfer und Herr allen Lebens hat jedem Menschen eine unantastbare Würde geschenkt:
Jesus, Sohn des ewigen Vaters, hilf deiner Kirche, die unantastbare Menschenwürde überzeugend zu verkünden.

Stille – Gott, unser Vater, –
A: Wir bitten dich, erhöre uns.

- b) Jedem Menschen kommen die gleichen und unveräußerlichen Rechte zu:
Sende den Frauen und Männern, die in Regierungen und Parlamenten besondere Verantwortung übernommen haben, den Geist der Gerechtigkeit.

Stille – Gott, unser Vater, –
A: Wir bitten dich, erhöre uns.

- c) Die Menschenrechte sind die wahre Grundlage des Friedens:
Gib allen Menschen den Geist der Liebe, damit sie die Rechte ihres Nächsten achten.

Stille – Gott, unser Vater, –
A: Wir bitten dich, erhöre uns.

- d) Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur, Sprache oder Religion in Solidarität und Gerechtigkeit ist die Voraussetzung für eine gute Zukunft unseres Landes wie auch des vereinten Europas:
Gib, dass wir es immer besser lernen, die Förderung der jeweiligen kulturellen Identität der Zuwanderer und die Unterstützung des interkulturellen Austauschs als wichtige Elemente auf dem Weg zur Integration ernst zu nehmen.

Stille – Gott, unser Vater, –
A: Wir bitten dich, erhöre uns.

- e) Viele Menschen setzen sich in ihrer alltäglichen Umgebung, im ehrenamtlichen Engagement wie auch in ihrem beruflichen Verantwortungsbereich für das Gelingen eines vertrauensvollen Miteinanders zwi-

schen Menschen unterschiedlicher Herkunft in unserem Land und in unseren Kirchen ein:

Vergilt ihnen ihr Engagement und ihre Beharrlichkeit im Dienst am Aufbau einer Kultur der gegenseitigen Solidarität und Wertschätzung zwischen Einheimischen und Zuwanderern.

Stille – Gott, unser Vater, –
A: Wir bitten dich, erhöre uns.

- f) Gott ist es, der uns durch Christus echten inneren Frieden schenken will:
Begleite uns weiterhin in der Kraft deines guten Geistes, der alle Grenzen und Mauern überwinden hilft, damit wir mit dir in guten und schweren Tagen verbunden bleiben.

Stille – Gott, unser Vater, –
A: Wir bitten dich, erhöre uns.

Lobpreis und Ehre sei dir, Schöpfer der Welt und Herr aller Zeiten. Dein Sohn ist in der Zeit durch Maria Mensch geworden. Wir danken dir für deine Nähe, die du uns in Jesus Christus schenkst. Lobpreis und Ehre sei dir in der Gemeinschaft des Heiligen Geistes heute und alle Tage unseres Lebens. Amen.

SCHLUSSGEBET

Öffne uns, Gott, die Augen, dass wir sehen, was die Menschen um uns herum am dringendsten brauchen.

Setze unsere Hände in Bewegung, dass wir Hungrigen unseren Hunger stillen können. Rühre unser Herz an, dass wir die Wärme gegenüber Menschen ausstrahlen können, die verzweifelt sind.

Lehre uns die Großzügigkeit, Fremde willkommen zu heißen.

Ermutige uns, unseren Besitz mit Menschen zu teilen, die nichts auf der Haut haben.

Wecke in uns die Verpflichtung zur Fürsorge für die Kranken, die Stärkung brauchen.

Stoße uns dazu an, dass wir uns dafür einsetzen, dass Gefangene wieder in Freiheit gelangen.

Indem wir unsere Angst und unsere Liebe, unsere Kraft und unseren Wohlstand teilen, nehmen wir Anteil an deiner göttlichen Gegenwart. Amen.

SCHLUSS-SEGEN:

1. Das Reich Gottes ist ein Reich ohne Waffen, ohne unterdrückende Gewalt, ohne Folter, ohne Hunger, ohne Ausbeutung einzelner und ganzer Völker, ohne Rassismus, ohne unverantwortlichen Verbrauch von Dingen, die Gott uns gegeben hat.
2. Es ist ein Reich voller Leben, Glauben, Gerechtigkeit, Frieden, Liebe, gerechter Verteilung der Produktion, wirklicher Möglichkeiten für jeden Menschen.
3. Das ist es, worauf wir uns freuen sollten, und als Christen haben wir kein Recht, uns mit irgendetwas anderem zu beruhigen.
4. Möge der Herr selber, der die Quelle des Friedens ist, euch Frieden geben zu aller Zeit und auf jede Art.
5. So segne und behüte Euch der allmächtige und barmherzige Gott + der Vater + und der Sohn + und der Heilige Geist. Amen.

■ Zusammengestellt für das Ökumenische Abendgebet während der Vorbereitungsstagung des Ökumenischen Vorbereitungsausschusses zur Interkulturellen Woche 2006 am 3. Februar 2006 in Berlin

WARUM DÜRFEN WIR NICHT BLEIBEN?

GOTTESDIENST ZUR ABSCHIEBUNG VON KINDERN UND JUGENDLICHEN

Dr. Christoph Dahling-Sander

Afrikanische Trommeln rütteln auf. Ihr Rhythmus erfüllt die abgedunkelte Pauluskirche am Freitagabend und verdichtet die Atmosphäre im Gottesdienst zur Abschiebung von Kindern und Jugendlichen. Die Trommler der Gruppe Zolim lassen spüren, dass dies Thema auch ihr Thema ist.

Die Spannung steigt: Drei Mädchen aus Hannover berichten von ihren Ängsten. Sie sind in Deutschland aufgewachsen. Doch nun droht ihnen die Abschiebung. »Ich spreche deutsch. Die Sprache meiner angeblichen Heimat kann ich nicht. Ich war noch nie dort. Hier gehe ich zur Schule, will bald mein Abitur machen. Ich habe viele Freunde. Doch eine Zukunft habe ich nicht. Jederzeit droht mir die Abschiebung. Ich möchte studieren. Soll ich mein Studium mit Gutscheinen bezahlen? Wie soll es weitergehen?«

Das Lied »Meine engen Grenzen« schafft in diesem Moment eine neue Tiefe, einführend inszeniert von den Musikern und für die singende Gemeinde ein erlösender Moment: In dieser Not bleibt niemand allein – das ist Gottes Verheißung.

Hoffnung vermitteln dann drei Berichte aus Kirchengemeinden in Aurich, Hildesheim und Hannover. Sie gewährten Flüchtlingen Schutz, nahmen sie auf in ihr »Asyl in der Kirche«. Zum Teil rangen sie über Jahre mit den Behörden. Alle mit Erfolg. Die Flüchtlinge konnten bleiben. Die Kinder konnten weiter zur Schule, die Eltern fanden Arbeitsstellen und Wohnungen. Sie haben wieder eine Perspektive.

Auch das Leben in den Kirchengemeinden hat sich verändert. Die anfänglichen Bedenken, ob die Aufnahme der Flüchtlinge zum Erfolg führt, konnten ausgeräumt werden. Mehr noch: Eine ermutigende Spiritualität hat sich entwickelt. Sie hat die Gemeinden in sich zusammengeführt und zum Engagement gestärkt. Das couragierte Eintreten für die

Rechte und die Würde der Flüchtlinge in diesem Land erfuhr seine Kraft aus dem Glauben, gerade auch dann, wenn der Erfolg auszubleiben schien.

Die Trennung von Familien, die Abschiebung von Kindern und Jugendlichen sei nicht sachgerecht, erst recht nicht menschengerecht, auch wenn einige Politiker, Juristen und Volkswirtschaftler dies so meinten, heißt es in der Ansprache. Es gibt keine Alternative zu einem humanitären Flüchtlingsschutz. In jedem Flüchtling ist Gottes Ebenbild zu erkennen. »Was ihr einem Flüchtling angetan habt, das habt ihr mir angetan. Den Schutz, den ihr ihnen gewährt habt, den habt ihr mir gewährt.« Gott und die Menschenwürde dürfen nicht wieder aus Sorge um Wohlstand und Sicherheit geopfert und gekreuzigt werden! Deshalb prangern Christen diese Missstände weiter öffentlich an und treten für Flüchtlinge ein.

MUSIK: Trommelgruppe Zolim

BEGRÜßUNG

*Psalm und Lied im Wechsel
Umsorge mich mit deiner Liebe
(nach Psalm 16)
Wir strecken uns nach dir
(LebensWeisen Nr. 33)*

Umsorge mich mit deiner Liebe, Gott, denn bei dir bin ich zu Hause.

Deine Kinder erfahren deine Liebe,
Und ich gehöre dazu.

1. Wir strecken uns nach dir,
in dir wohnt die Lebendigkeit.
Wir trauen uns zu dir,
in dir wohnt die Barmherzigkeit.
Du bist, wie du bist:
Schön sind deine Namen.
Halleluja. Amen. Halleluja. Amen.

Du reichst uns einen Becher gefüllt mit gutem Geist, in deinen Händen hältst du mein Leben.

Mein Herz hängt an dir Tag und Nacht. Ständig erfüllst du mich mit neuer Kraft.



Interkulturelle Woche / Woche der ausländischen Mitbürger 24. - 30.09.2006

Motiv von Judith Hotes,
Studentin an der Fachhochschule
Aachen, Fachbereich Design,
Kontakt:
casse-schlueter@fh-aachen.de

Das Motiv »Zopf«
ist als Postkarte (vierfarbig)
erhältlich (1 - 49 Expl. je 0,25 €,
ab 50 Expl. je 0,20 €)

Bestelladresse: Ökumenischer
Vorbereitungsausschuss zur
Interkulturellen Woche / Woche
der ausländischen Mitbürger
Postfach 16 06 46
60069 Frankfurt am Main
Tel.: 069 / 23 06 05
Fax: 069 / 23 06 50
info@interkulturellewoche.de
www.interkulturellewoche.de

2. Wir öffnen uns vor dir,
in dir wohnt die Wahrhaftigkeit.
Wir freuen uns an dir,
in dir wohnt die Gerechtigkeit.
Du bist, wie du bist:
Schön sind deine Namen.
Halleluja. Amen. Halleluja. Amen.

Du gibst mich nicht auf,
verlässt mich nicht.
Du zeigst mir den Weg ins Leben,
darum will ich bei dir bleiben für alle Zeit.

3. Wir halten uns bei dir,
in dir wohnt die Beständigkeit.
Wir sehnen uns nach dir,
in dir wohnt die Vollkommenheit.
Du bist, wie du bist:
Schön sind deine Namen.
Halleluja. Amen. Halleluja. Amen.

GEBET

BERICHTE VON FLÜCHTLINGEN

Leila Jaber
Nelly Jaber
Malak Ahmet

Während der Berichte der Flüchtlinge und aus den Kirchengemeinden werden die folgenden Verse an die Decke des abgedunkelten Altarraums projiziert.

»Wenn dein Kind dich morgen fragt ... «

- Die Fremden sollst du nicht bedrängen und bedrücken, denn ihr seid auch Fremdlinge in Ägyptenland gewesen. (2. Mose 22,20)
- Ein Fremder soll bei euch wohnen wie ein Einheimischer unter euch, und du sollst ihn lieben wie dich selbst. (3. Mose 19,34)
- Es soll ein und dasselbe Recht unter euch sein für den Fremden wie für den Einheimischen; ich bin der Herr, euer Gott. (3. Mose 24,22)
- Was ihr getan habt einem von diesen meinen geringsten Geschwistern, das habt ihr mit getan. (Matthäus 25,40)
- Nehmt einander an, wie Christus euch angenommen hat. (Römer 15,7)
- Bleibt fest in der geschwisterlichen Liebe. Gastfreundschaft zu üben, vergesst nicht; denn dadurch haben einige ohne ihr Wissen Engel beherbergt. (Hebräer 13,1-2)

LIED: Meine engen Grenzen (LebensWeisen Nr. 21)

BERICHTE AUS KIRCHENGEMEINDEN

Günter Selbach, Aurich
Frank Buongard, Hildesheim
Hildegard Grosse, Hemmingen

MUSIK: Trommelgruppe Zolim

ANSPRACHE

Dr. Christoph Dahling-Sander

LIED: Lasst uns den Weg der Gerechtigkeit gehen (LebensWeisen Nr. 91)

GLAUBENSBEKENNTNIS

Wir glauben an Gott,
den Ursprung von allem,
was geschaffen ist,
die Quelle des Lebens,
aus der alles fließt,
das Ziel der Schöpfung,
die auf Erlösung hofft.

Wir glauben an Jesus Christus,
den Gesandten der Barmherzigkeit Gottes,
von Maria geboren.
Ein Mensch, der Kinder segnete,
Frauen und Männer bewegte,
Leben heilte und Grenzen überwand.
Er wurde gekreuzigt.
In seinem Tod
hat Gott die Macht des Bösen gebrochen
und uns zum Leben befreit.
Mitten unter uns ist Jesus Christus gegenwärtig
und ruft uns auf seinen Weg.

Wir glauben an Gottes Geist,
Weisheit aus Gott,
die wirkt, wo sie will.
Sie gibt Kraft zur Versöhnung
und schenkt Hoffnung,
die auch der Tod nicht zerstört.
In der Gemeinschaft der Glaubenden
werden wir zu Schwestern und Brüdern,
die nach Gerechtigkeit suchen.
Wir erwarten Gottes Reich. Amen

LIED: Ich lobe meinen Gott (LebensWeisen Nr. 42)

FÜRBITTEN MIT GEBETSUF

Erleuchte und bewege uns, leite und begleite uns. (je 2x)

VATER UNSER

SEGEN

Musik: Rüdiger Brunkhorst und Trommelgruppe Zolim
Liturgische Gestaltung: Karl-Helmut Barharn,
Dr. Christoph Dahling-Sander und Hildegard Grosse

■ Auszüge aus dem Gottesdienst währen des Deutschen Evangelischen Kirchentages am 27. Mai 2005, Pauluskirche Hannover, veranstaltet von: Ökumenisches Netzwerk Asyl in der Kirche Niedersachsen

■ Literatur: Deutscher Ev. Kirchentag Hannover e.V. (Hg.), Lebensweisen. Lutherisches Verlagshaus, Hannover 2005

»WIR SIND UNS ÄHNLICHER ALS WIR DENKEN«

Msgr. Wolfgang Tripp

PREDIGT

»Ich war fremd ... « Mt 25,31-40

»Wir sind uns ähnlicher als wir denken« –

so steht es auf einer Textzeile der vier Plakatomotive zum Caritas-Jahresthema 2006: »Integration beginnt im Kopf. Für ein besseres Miteinander von Deutschen und Zuwanderern.« Die Plakate veranschaulichen das aufs erste Hören vielleicht sperrige Thema durch ganz alltägliche Begebenheiten: Eine verschleierte muslimische Mutter und eine gleichaltrige Deutsche zerren genervt ihre meuternden Kinder von dem kleinen Auto vor einem Supermarkt weg; Teenies mit weißer und dunkler Hautfarbe jubeln ekstatisch einer Rockband zu; auf einer Parkbank essen zwei gut gekleidete Yuppies, auch sie erkennbar »anders«, einen Burger – oder ist es ein Döner? – und bekleckern sich das blütenweiße Hemd; zwei ältere Herren, deutlich erkennbar zwei verschiedenen Kulturkreisen angehörend, spielen miteinander Schach und trinken gemütlich Tee dazu. Alltagsgeschichten, die jede und jeder von uns aus der nahen und

nächsten Umgebung noch durch weitere Begebenheiten ergänzen könnte. »Wir sind uns ähnlicher, näher als wir denken«. Augenzwinkernd fast wird dies gesagt, ohne moralischen Zeigefinger oder drohende mahnende Vorsichtsgeste. Und doch symbolisch ausdrucksstark für die existentiellen Lebensfragen, die Menschen aller Herkunft und allen Standes verbinden: Wie können wir glücklich sein, und wie kommen wir mit Belastungen, Nöten und Sorgen zurecht? Wie können wir im Frieden leben? Sind unsere Arbeitsplätze sicher und werden wir unserer Verantwortung gegenüber unseren Kindern gerecht? Wie handeln wir richtig und verantwortungsbewusst, und was können wir von der Zukunft erhoffen? Eine zutiefst menschliche und menschenwürdige Erkenntnis – »Wir sind uns ähnlicher als wir denken«.

Der Anknüpfungspunkt für das diesjährige Thema der Caritas »Integration«

ist das Gemeinsame, das allen Menschen innewohnende Hoffen auf eine friedliche und glückliche Zukunft, die Sehnsüchte nach Sinn und Erfüllung, die Menschen über politische Grenzen, über Sprach- und Kulturgrenzen, über religiöse, ethnische und weltanschauli-

che Grenzen hinweg verbindet. Wenn aber doch gilt, dass wir einander näher sind als wir denken, warum dann dieses Jahresthema? Problematisiert es nicht in unnötiger Weise die Tatsache, die längst zur Selbstverständlichkeit geworden ist, dass Einheimische und Fremde aus aller Herren Länder in Deutschland zusammenleben? In Stuttgart sind es ungefähr 160 Nationalitäten, die zusammen arbeiten, wohnen, miteinander ihren Glauben leben, Sport und Musik treiben, nebeneinander in der Schule sitzen oder sich dieselbe Arbeit teilen. Unser Zusammenleben ist doch in Ordnung. Ausländerfeindliche Gewalttaten scheinen abgenommen zu haben, Ausländer verachtende Reden und Witze sind vielleicht gerade noch an den viel zitierten Stammtischen zu hören.

Warum dieses Thema?

Weil uns auch heute noch die richtende Rede Jesu über Mensch und Menschheit gilt, mit der er unser Denken, Reden und Handeln ausrichten will auf das, was Gottes Absicht und Bestimmung für uns und alle ist in unserer unverlierbaren Würde, die wir als gottesebenbildliche Geschöpfe empfangen haben. Und in dieser Richtungsanzeige heißt es eben bleibend gültig: »Ich war fremd, und ihr habt mich aufgenommen«. »Fremd und benachteiligt, ausgewiesen, ausgeschlossen aus der gerechten Teilhabe an den Entwicklungen und Gütern unserer wohlhabenden Gesellschaft, wie dies für 20 % der ausländischen Jugendlichen droht, die die Schule ohne Abschluss verlassen, während es nur 8 % der deutschen Jugendlichen sind. Im Blick auf alte und behinderte ausländische Mitmenschen stellt die Caritas fest, dass Einrichtungen und geeignete Infrastrukturen für Pflege und Fürsorge erst nach und nach entstehen. Und insbesondere für Flüchtlinge und Asylsuchende wurde durch die Änderung des Asylrechtsarti-



Wir sind uns ähnlicher, als wir denken.

INTEGRATION BEGINNT IM KOPF.

Für ein besseres Miteinander
von Deutschen und Zuwanderern.



Nix sehen und handeln.
Caritas

Plakat zum Jahresthema 2006
des Deutschen Caritasverbandes
»Integration beginnt im Kopf«.

kels des Grundgesetzes die ohnehin schwierige Situation noch mehr verschärft. Wer öffnet denen die Türen, die wegen zunehmender Naturkatastrophen, die gerade die Ärmsten der Armen treffen, auf der Flucht sind?

Für ein besseres Miteinander von Deutschen und Zuwanderern –

wir können auch sagen: für ein Miteinander von Menschen, die in unserer Gemeinde, in unserer Stadt, in unserem Land, in Europa und weltweit die eine Erde bewohnen, die eine Luft atmen, über denen die eine Sonne auf- und untergeht, denen gemeinsam die Vorräte an Wasser und Energie gehören, die alle Hunger und Durst haben, eine Wohnung brauchen, die alle ein Recht auf Bildung, Ausbildung und Arbeit haben, die alle »fremd« sind, weil ihnen die Erde und was zu ihr gehört gemeinsam anvertraut und übergeben ist und weil alle »einheimisch« sind, hineingeboren in diese eine Welt. »...und ihr habt mich aufgenommen« – Fast 40 % der deutschen Bevölkerung sehen die Gefahr einer Überfremdung Deutschlands durch Ausländer, ein Viertel fordert eine einzige Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert, und zu viele behaupten immer noch, unser Boot sei voll und die Plätze gehörten uns allein.

»Integration beginnt im Kopf«

lautet der erste Teil des Jahresthemen-Slogans der Caritas. Das bedeutet: Um die gegenseitige Integration von Deutschen und Zuwanderern als einen hohen Wert und ein hohes Ziel darzustellen, wie die Bischöfe sagen, um Ängste und Vorurteile zu überwinden, um das Wertvolle und Bereichernde des jeweils Anderen, zunächst Fremden zu entdecken, bedarf es der oft mühsamen Anstrengung des unvoreingenommenen und vorurteilsfreien Denkens und einer sachlichen Argumentation. Es bedarf gerade für Menschen, die sich auf den einen Gott und Vater aller Menschen berufen, einer vertrauensvollen und durch den Glauben bestärkten Besinnung auf die Richtungsansage Jesu: Ich war fremd, und ihr habt mich aufgenommen – wo immer ihr einen Menschen angenommen, hereingelassen, aufgefangen, gestützt habt und ihm

sein Recht auf Leben und Unversehrtheit gewährt oder wieder zurückgegeben habt.

Es geht bei alledem um die Reichweite und um die Grenzen des Respekts vor dem Anders-Sein anderer Menschen und Gruppen. Grenzen sind natürlich dort eindeutig und entschieden zu ziehen, wo die Würde und die Rechte anderer Menschen verletzt werden, wo Rechte und Pflichten nicht gleichermaßen anerkannt und verwirklicht werden, wo der Boden unserer Verfassung verlassen wird, auf dem ein freiheitlich-demokratisches Gemeinwesen basiert. Aber diese Grenzen dürfen nicht so eng gezogen werden, dass legitime kulturelle und religiöse Überzeugungen und Lebensformen nur deshalb bearbeitet, eingeschränkt und bekämpft werden, weil sie fremd und ungewohnt sind.

Im Kopf muss es beginnen, die überhebliche Verabsolutierung eigener kultureller Traditionen zu relativieren und sich auf die gemeinsamen Wurzeln der einen Menschheitsgeschichte zu besinnen. Das gilt insbesondere auch für die Religionen und ihre Anhänger, die sich auf den Gott Abrahams im Christentum, Judentum und Islam beziehen.

Ich war fremd, ihr habt mich aufgenommen,

immer dort, wo ihr das einer Schwester oder einem Bruder getan habt.

Integration geschieht durch Begegnung und Beziehung. Menschen begegnen sich immer in der Einzahl, als Mit-Menschen. Menschen, die sich begegnen, sehen sich an, gewähren dem anderen Ansehen, reden sich an, sagen den Namen des anderen, weil diese anderen nicht anonym, namenlos, gesichtslos sind. Der, dem ich begegne, ist kein Typ einer unförmigen Masse, sondern ich lasse ihn in seiner Einmaligkeit gelten und respektiere und wertschätze ihn in seinem Anders-Sein. Dies setzt eine grundsätzlich bejahende Offenheit voraus. Sie ist keineswegs einfach, sie darf nicht unüberlegt, gedankenlos und unvernünftig sein. Sie kann herausfordernd und schmerzlich sein und Enttäuschungen mit sich bringen. Aber sie wird auch immer bereichernd und befreiend sein, weil ich in der Begegnung mit dem Anderen als Du auch in meinem Selbst wachse.

Wenn die Caritas in Deutschland sich mit ihrem Jahresthema 2006 »Integration beginnt im Kopf. Für ein besseres Miteinander von Deutschen und Zuwanderern.« zu einer der zukunftsweisendsten Aufgaben bekennt, dann wirbt sie für eine Bereitschaft aktiver gegenseitiger Offenheit. Sie will damit im Sinne anwaltschaftlichen Handelns einen Beitrag leisten zum Frieden in unserer Gesellschaft. Sie ruft auf, in einer pluralen Welt solidarisch zu leben. Die Caritas tut dies durch ihre vielfältigen interkulturellen Dienste und Einrichtungen, in denen Deutsche und Zuwanderer gleichermaßen begleitet, beraten und unterstützt werden. Sie tut dies in der Gemeinschaft der Kirche, die sich als Anwältin für Integration versteht, in einer Kirche in vielen Sprachen und Völkern. Und sie weiß sich dabei verpflichtet und getragen von der göttlichen Verheißung einer umfassenden Versöhnung, eines Schalom, der die Menschen in ihrer unermesslichen Vielfalt und Andersartigkeit verbindet.

■ Msgr. Wolfgang Tripp
Diözesancaritasdirektor Rottenburg-Stuttgart

Diese Predigt greift Überlegungen auf, die im Caritas-Jahrbuch 2006 veröffentlicht sind: Thomas Broch, Integration. Eine ethische Herausforderung. Zum Caritas-Jahresthema 2006. Das Caritas-Jahrbuch kann bezogen werden bei: Deutscher Caritasverband, Karlstraße 40, 79104 Freiburg, Tel.: 0761 / 200-0

»ICH ZEIG' DIR MEINE WELT«

MIGRANTEN IN MAGDEBURG ERZÄHLEN VON SICH UND IHREM LEBEN IN EINER FREMDEN HEIMAT

Dorothee Bodewein

■ Gefilmt hat er schon einmal, jedoch mehr aus Spaß und für den privaten Gebrauch. Aber weil es ihm so gut gefallen hat, musste er nicht lange überlegen mitzumachen. Jeton Spahija ist einer von sechs Jugendlichen, die sich an dem von der Landesmedienanstalt Sachsen-Anhalt unterstützten Filmprojekt des Offenen Kanals Magdeburg und des Interkulturellen Beratungs- und Begegnungszentrums der Caritas beteiligt haben.

BRÜCKENBAUER ZWISCHEN DEN KULTUREN

Unter dem Motto »Ich zeig' dir meine Welt« erzählen in Magdeburg lebende jugendliche Migranten von sich und ihrem Leben in der fremden Heimat. Dazu haben die Jugendlichen einen Film gedreht, in dem sie ihre eigene Lebenswelt beschreiben. »Junge Migranten, Menschen, die aus den verschiedensten Gründen ihre Heimat verlassen haben, um in einem für sie fremden Land zu leben, sind mit vielen Dingen konfrontiert, die ihnen unbekannt und fremdartig sind. Nur allzu häufig fehlt ihnen eine geeignete Sprache, um uns von sich und ihrem Blick auf ihr neues Leben, ihren Visionen, ihren Zukunftswünschen zu erzählen. Bilder aber sind universell und können ein Einander-Verstehen und Einander-Sehen ermöglichen«, so Sonja Renner vom Projektteam. Die 37-Jährige stammt gebürtig aus Österreich, lebt und arbeitet seit vielen Jahren in Magdeburg als freie Journalistin und Malerin. Auch wenn sie keine Sprachbarrieren überwinden musste, so kann sie dennoch nachvollziehen, wie es ist, seine Heimat zu ver-

lassen, um in der Fremde ein neues Zuhause zu finden.

VERMITTLUNG VON MEDIEN-KOMPETENZ

Durch das Medium »Film« können die Jugendlichen auf eine sehr persönliche Weise darüber berichten, wie sie sich in die neue Heimat und in die andere Kultur einfügen. Die Art der Darstellung, ob dokumentarisch oder als Spielfilm, hat dabei ganz in der Hand der Teilnehmer gelegen. Das Gleiche gilt für die dramaturgische Umsetzung, so dass von der Satire bis

zum autobiografischen Portrait alle Genres den jungen Filmemachern zur Verfügung gestanden haben. Alles erfolgte in Regie der Projektteilnehmer: Von Drehbuch, Drehplan und Dreh über Interviews und Schnitt bis zur Fertigstellung des Films.

Während des Projektzeitraums haben die Teilnehmenden in alle Bereiche des Films reinschnuppern können, über die man etwas wissen muss. So sind Workshops angeboten worden zu Interviews und Erarbeitung einer szenischen Vorlage, Drehbucherstellung, Umgang mit der Kamera, Ton, Licht und Schneiden des Filmmaterials.

FILMPREMIERE IM KINO

Entstanden ist eine 35-minütige Dokumentation (DVD), in der die sechs Jugendlichen aus Afrika, Armenien, Albanien, Vietnam und dem Irak in ernsthafter, aber auch humorvoller Weise über ihr Leben in Deutschland und Magdeburg berichten. Wie sie nach Deutschland und Magdeburg kamen.



Welche Hoffnungen und Ängste sie begleiteten. Welche Missverständnisse es aufgrund noch vorhandener Sprachbarrieren gab. Welche Vorstellungen sie von Deutschland hatten. Wie sie ihr Leben aufgenommen haben. Welche Schwierigkeiten und Probleme es gab. Welche Hoffnungen und Wünsche sie für ihre Zukunft haben.

Ihr fertiges Werk konnten die Filmemacher Ende August im Scala-Kino in Magdeburg präsentieren. Ihren eigenen Film im Kino zu sehen, darauf haben sich die Jugendlichen besonders gefreut.

■ aus: Sozialcourage Spezial »Integration beginnt im Kopf«. Werkheft zum Jahresthema 2006. Redaktion: Lorenz-Werthmann-Haus, Karlstraße 40, 79104 Freiburg, Tel.: 0761 / 200-421, Fax: 0761 / 200-509, www.sozialcourage.caritas.de

WANDERAUSSTELLUNG SCHÜLERBILDER GEGEN GEWALT UND RASSISMUS

■ Wer wenn nicht wir – Schülerbilder gegen Gewalt und Rassismus ist eine bundesweite Wanderausstellung mit Bildern und Objekten von Schülerinnen aller Altersstufen und Schulformen.

1992 als Privatinitiative von der Ludwigshafener Grafikerin Silvia Izi ins Leben gerufen und von vornherein langfristig angelegt, thematisiert das Projekt die Gewalt und ihre zunehmend rassistische und antisemitische Ausformung.

Zur Zeit sind rund 255 Schulen bundesweit an der Wanderausstellung beteiligt. 70 Ausstellungen mit über tausend ausgewählten Bildern haben bisher stattgefunden. Die Ausstellung wird nur dort gezeigt, wo sich Schulen vor Ort mit neuen Arbeiten beteiligen. Dadurch wächst sie ständig und bleibt durch die neu hinzukommenden Bilder stets aktuell. Vorgeschaltet ist am jeweiligen Ort der Ausstellung eine Jury, welche die besten Bilder auswählt. Diese werden dann mit den bereits vorhandenen ausgestellt.

Als »work in progress« und mobile Demonstration hat das länderübergreifende Projekt zum Ziel, den Kindern und Jugendlichen Gelegenheit zu geben, ihre Gefühle und Visionen in einer künstlerisch universellen Sprache auszudrücken. Die ständige öffentliche Präsenz der Bilder und Objekte bewirkt ein Forum politischer Diskussion. Gewalt und rassistische Ausschreitungen sollen dadurch nicht nur genauer wahrgenommen, sondern es soll auch empfindlicher auf sie reagiert werden. Das Projekt »Wer, wenn nicht wir? Schülerbilder gegen Gewalt und Rassismus« soll dazu beitragen, Vorurteile gegenüber Menschen anderer Kulturen und Religionen zu hinterfragen, Respekt vor Andersdenkenden zu entwickeln, aber auch gemeinsame Werte zu ennen und auszubauen.

Durchweg positive Resonanz bei den Pädagogen: Die eigenständige Bildgestaltung durch die Schülerinnen und Schüler sei viel wirkungsvoller als jede noch so eindringliche Belehrung von

Lehrerseite. Kinder können sich mit dem von ihnen selbst Produzierten viel stärker identifizieren und sind dadurch eher für das Thema Gewalt und Rassismus zu sensibilisieren. Die öffentliche Diskussion zu dem Thema erfährt durch die künstlerischen Stellungnahmen der Kinder Verbreitung und Anregung. Die Ausstellung lebt und entwickelt sich in der stets intensiven und vertrauensvollen Zusammenarbeit von Schule, Veranstalter und der Initiatorin als Projektleiterin, welche die einzelnen Schritte bis zur Realisierung der Ausstellung am Ort mit den jeweiligen Partnern, Schule und Veranstalter, koordiniert.

Die künstlerische Umsetzung des Themas durch die Jugendlichen, die Präsentation im öffentlichen Raum und die Diskussion darüber in der Klasse und in der Öffentlichkeit ist Teil der wichtigen Aufklärungsarbeit bei Kindern und Jugendlichen.

Die Website www.werwenn.de enthält ausführliche Informationen über Teil-

nahmemöglichkeit, Schulliste, Bildergalerie, Ausstellungsdaten etc..

1996 gab die Initiatorin in Zusammenarbeit mit der Stadt Ludwigshafen/Rh. das Buch zur Ausstellung »Wer, wenn nicht wir? – Schülerbilder gegen Gewalt und Rassismus« mit vielen farbigen Abbildungen im Hermann-Schmidt Verlag Mainz heraus. Dieses Buch kann über die u.a. E-Mail-Adresse der Initiatorin bezogen werden.

»Wer, wenn nicht wir« wurde von der Deutschen UNESCO-Kommission als offizieller deutscher Beitrag zur Internationalen Dekade für eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit zugunsten der Kinder dieser Welt (2001-2010) anerkannt.

■ Kontakt: Silvia Izi,
Initiatorin und Projektleitung
Philipp-Scheidemann-Straße 109,
67071 Ludwigshafen am Rhein,
Tel.: 0621/676951, Fax: 0621/672895
silvia.izi@werwenn.de
www.werwenn.de



Bild aus der Wanderausstellung
»Wer, wenn nicht wir?«
von Tino Heyder, Bad Berka

MIGRATION UND INTEGRATION AUF ZEIT

EIN UNTERRICHTSVORSCHLAG FÜR DIE KLASSENSTUFE 8 -10 (MITTELSTUFE)

Werner Spiecker / Matthias Scholliers

An Stelle von geläufigen Bildern über Migration wie denen der »boat people« ließen wir uns vom Film »Windstärke 8« leiten: Eine Gruppe von 40 Menschen des 21. Jh schickt sich in die drangvolle Enge eines Windjammers wie die Auswanderer anno 1855. Sie treten eine ungewisse Reise in die »Neue Welt« an. Bremerhaven – New York; so geschehen im Herbst 2004, gesendet als spannende Folge im Abendprogramm im Frühling 2005.

»Migration« und »Integration« für eine bestimmte Zeit!

Unseren Schülerinnen und Schülern ist es in der Regel nicht möglich, Erfahrungen auf diese außergewöhnliche Weise zu sammeln. Wir wollen verschiedene Möglichkeiten aufzeigen, wie mit Schülerinnen und Schülern zum dem, was sich hinter den Begriffen

»Migration« und »Integration« verbirgt, gearbeitet werden kann.

Zum Thema kann in allen Jahrgangsstufen gearbeitet werden. Dies sehen auch die Bildungspläne so vor. In vielen Fächern finden sich Anknüpfungspunkte.

SCHRITT 1: ICH WANDERE ...

Wie beginnt man eine Unterrichtseinheit zum Thema Migration? Unsere Schülerinnen und Schüler haben in der Regel keine persönlichen (unmittelbaren) Erfahrungen mit dem Thema »Migration«. Um ihr Interesse zu wecken, kann man die Jugendlichen mit den gängigen Bildern und Schlagzeilen konfrontieren, oder aber Migrantinnen und Migranten oder Austauschschüler von ihren Erfahrungen erzählen lassen.

Unsere Alternative: Schülerinnen und Schüler im begrenzten Umfang direkt Migrationserfahrungen sammeln zu lassen. Wie das?

Die Schülerinnen und Schüler leben für einen begrenzten Zeitraum in einer anderen Familie. Was ist damit gewonnen? Für die Jugendlichen ändert sich viel: Sie leben in einer neuen Umgebung, ihre Wege zur Schule und in der Freizeit ändern sich, sie müssen mit fremden Menschen das Zusammenleben organisieren.

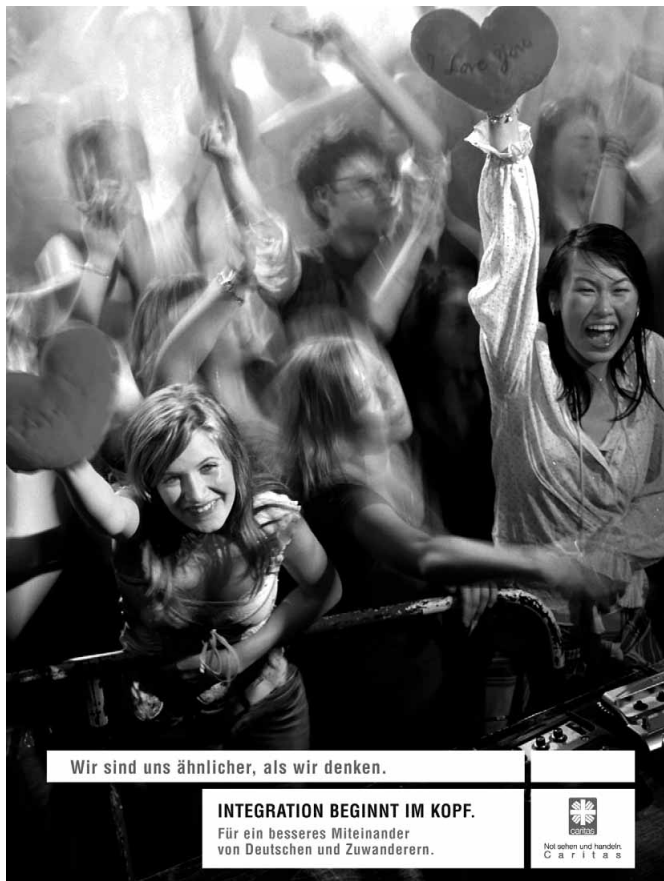
Diese Erfahrungen machen Migrationsjugendliche auch, wenn auch in einem sehr viel größeren Ausmaß.

Als Einstieg in diesen Unterrichtsabschnitt wählen wir einen Ausschnitt aus dem Film »Windstärke 8«, in dem gezeigt wird, wie die Passagiere an Bord gehen und das Schiff in See sticht. Wie kommt man von dieser Filmsequenz zum Thema Migration? In einer freien Assoziation sammeln wir die Gedanken der Jugendlichen zu diesem Filmausschnitt. Um die Migrationssituation für die Jugendlichen persönlich erfahrbar zu machen, lassen wir sie zu Hause einen kleinen Koffer packen, mit den Gegenständen, die sie unbedingt mitnehmen würden. Die Liste dieser Gegenstände, im Idealfall den gepackten Koffer, sollen sie in der nächsten Stunde mitbringen.

Im nächsten Schritt berichten die Schülerinnen und Schüler von ihren Vorbereitungen. Die spannende Frage ist: Wird mein Kofferinhalt ausreichen? Wie kann man das überprüfen? Unser Einfall war, dass die Jugendlichen für 3-4 Tage mit ihrem Koffer in eine fremde Umgebung zogen. Das lässt sich so organisieren, dass sie untereinander die Familien tauschen, das Einverständnis der Eltern vorausgesetzt.

Während des Aufenthaltes sollen die Jugendlichen in einem »Tagebuch« ihre Eindrücke und Gefühle festhalten.

Plakat zum
Jahresmotto 2006
des Deutschen
Caritasverbandes
»Integration beginnt
im Kopf«.



Wir sind uns ähnlicher, als wir denken.

INTEGRATION BEGINNT IM KOPF.
Für ein besseres Miteinander
von Deutschen und Zuwanderern.


Nicht sehen und handeln
C A R I T A S

SCHRITT 2: MEINE ERFAHRUNGEN UND DIE ERFAHRUNGEN DER MIGRANTEN

Als Material benötigen wir für diesen Schritt: Poster, Metaplankarten (oder buntes Papier), Stifte, Klebeband oder Stecknadeln, Tafel oder Pinnwand.

Ziel ist, die Erfahrungen der Jugendlichen während ihrer »Migrationsphase« festzuhalten und mit denen von Migranten zu vergleichen.

An die Tafel oder Pinnwand wird ein Plakat mit folgender Aussage geheftet: »Meine Erfahrungen«. Dazu erhalten die Schülerinnen und Schüler folgenden Arbeitsauftrag:

»Welche Erfahrungen hast du gemacht? Was hast du dabei empfunden? Haben sich während der 3 Tage Veränderungen ergeben? Wenn ja, welche?

Formuliere deine Antworten kurz auf den Metaplankarten und hefte sie an die Tafel / Pinnwand.«

Zu klären ist nun, ob die gemachten Erfahrungen mit denen von Migranten übereinstimmen. Dazu bieten sich entweder eine Internetrecherche oder Interviews mit hier lebenden Migrantinnen und Migranten an.

Die Ergebnisse werden visualisiert und mit den eigenen verglichen.

SCHRITT 3: URSACHEN DER MIGRATION

Durch die vorangegangenen Schritte sind die Jugendlichen sensibilisiert. Sie haben erfahren, welche Schwierigkeiten es mit sich bringt, das gewohnte Umfeld zu verlassen. Freiwillig würden sie es kaum tun. Was zwingt also Menschen dazu, sich auf die beschwerliche und oft sehr gefährliche Migration zu begeben?

Den Schülerinnen und Schülern fällt es nicht schwer, folgende Ursachen zu benennen: Krieg und Terror, Religion, Umweltzerstörung, Landflucht und wirtschaftliche Not. (Hoffnung auf ein besseres Leben)

Zu den genannten Ursachen erstellen die Schülerinnen und Schüler in Gruppen einen Informationsstand mit einem oder mehreren Informationsplakaten. Mit der Methode »Gruppentourismus«



Foto: J. Janzen

werden die Aussagen der Schülergruppen veröffentlicht.

Von jeder Expertengruppe wechselt ein Teilnehmer in eine neue Informationsgruppe, die nun mit jeweils einem Experten aus den verschiedenen Expertengruppen besetzt ist. Die Informationsgruppen wandern von Stand zu Stand und werden dort vom jeweiligen Experten informiert.

SCHRITT 4: VOM OUTSIDER ZUM INSIDER

Wir wollen bei dieser Unterrichtseinheit nicht bei der theoretischen Auseinandersetzung mit Migration stehen bleiben. Ein an Bedeutung gewinnendes Thema an jeder Schule sind Schülerinnen und Schüler, die neu an diese Schule kommen, weil ihre Familie den Wohnort gewechselt hat. Diese Schülerinnen und Schüler erfahren, wenn auch in abgeschwächten Umfang, ein Migrantenschicksal.

Hier setzt unsere praktische Arbeit an: Schülerinnen und Schüler entwickeln einen Flyer und tatkräftige Unterstützungsangebote zur Integration der Zugewogenen. Inhaltliche Vorschläge dafür sind: Party-Kalender, Einladungen, Shopping-Möglichkeiten, Szenetreffs,

Angebote von Vereinen, Informationen über lokale Feste, Musik-Stores, Kinos. Wichtig: Die Informationen müssen von Jugendlichen für Jugendliche zusammengestellt werden und ständig aktualisiert werden. Dies kann beispielsweise von einer Klasse oder durch eine Arbeitsgruppe der Schülermitverantwortung (SMV) realisiert werden.

Schülerinnen und Schüler können mit diesem Unterrichtsvorschlag ihren Umgang mit dem Thema Migration verbessern. Sie können erfahren, wie es ihnen selbst mit Migration ginge und über diesen Schritt eine Annäherung an die Situation von Migranten erreichen.

■ Aus: Sozialcourage Spezial »Integration beginnt im Kopf«, Werkheft zum Jahresthema 2006, Redaktion: Lorenz-Werthmann-Haus, Karlstr. 40, 79104 Freiburg, Tel.: 0761 / 200-421, Fax: 0761 / 200-509 www.sozialcourage.caritas.de

ERFOLGSSTORY

MIGRANTEN WERDEN ZU BERATERN. RICHTUNGWEISEND!

Dieter Müller

X-Port – eine Idee wird zum Projekt: Aussiedler, mit Qualifikation, aber ohne Arbeit, ebnen deutschen Unternehmen den Weg in den osteuropäischen Markt. Ein ambitioniertes Projekt mit einem ehrgeizigen Ziel, das offene Türen einrennt. Auf beiden Seiten. Migranten werden zu Beratern.

Weil viele der in Ostwestfalen-Lippe lebenden Russlanddeutschen zwar qualifiziert, aber dennoch ohne Arbeit sind, hatte Dr. Johannes Stefan Müller, Direktor des Instituts für Migrations- und Aussiedlerfragen in Oerlinghausen, eine Idee: Arbeitslose Aussiedler unterstützen kleine und mittelständische Unternehmen den osteuropäischen Markt zu erobern – daraus ist das Projekt X-Port geworden.

Wer Geschäfte in einem fremden Land mit Menschen anderer Kultur machen will, sollte zumindest deren Sprache sprechen und, besser noch, mit deren Gewohnheiten vertraut sein. Das Projekt X-Port hat das Ziel, einen schnell verfügbaren und geprüften Pool an Fachkräften aufzubauen – für Unternehmen, die in Richtung Osteuropa

expandieren wollen. »Produktionshelfer, Arbeiter und Hilfskräfte suchen wir nicht«, erklärt Projektleiter Jörg Schlüpmann, »wir suchen Aussiedler mit akademischem oder kaufmännischem Abschluss, die mindestens zweisprachig sind. Also hochqualifizierte Menschen.«

Das Projekt, gelenkt aus der ostwestfälischen Kleinstadt Oerlinghausen und gefördert durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) sowie den Europäischen Sozialfonds, trägt erste Früchte. Knapp 40 Unternehmen haben ihr starkes Interesse an interkulturellen Fachkräften signalisiert. Eingegangen sind innerhalb kürzester Zeit rund 130 telefonische Anfragen und 18 vollständige Bewerbungsmappen. In zwei Jahren will man interessierten Unternehmen einen Pool von rund 200 Fachkräften anbieten können. Projektstart war der 1. Juli 2005. Die Zielgruppe hat also blitzschnell reagiert. Auch das beweist: Der Markt ist da. Auf beiden Seiten. »Rund 200.000 Russlanddeutsche – rund ein Zehntel der Gesamtbevölkerung hier – leben in Ostwestfalen-Lippe, viele von ihnen hochqualifiziert. Ein gigantisches wirtschaftliches Potenzial, das leider

bisher nicht genutzt wird«, sagt Jörg Schlüpmann, »die Leute können etwas, was viele hier nicht können – und das birgt enorme Vorteile für die hiesigen Unternehmen.« Für ihn sind das die idealen Mittler zwischen West und Ost.

Larissa Tschikin ist eine solche Moderatorin. Die Architektin, die vor 15 Jahren allein mit ihren beiden kleinen Kindern aus Kasachstan nach Deutschland kam, ist Akademikerin, hochqualifiziert, spricht Russisch, Deutsch und Englisch perfekt, besitzt Ideen, denkt wirtschaftlich, hat über viele Jahre hinweg viele gute Kontakte in und nach Osteuropa aufgebaut und gepflegt – und sie ist eine echte Persönlichkeit, die viel erlebt hat.

»Kasachstan lechzt geradezu nach Technologien, aber die Menschen dort wollen auf Augenhöhe mit Investoren sprechen – sonst geht das nicht«, erklärt Larissa Tschikin, »beim Einstieg in den Markt und der Sicherung des Standortes helfen.«

»Wir setzen auf die Talente der Menschen. Wir gehen weg vom Defizitdenken, sondern sehen, was für Potenziale nur darauf warten, geweckt zu werden. Die Talente liegen gleich nebenan, wir sind nur nicht immer in der Lage, sie zu sehen«, sagt Dr. Johannes Stefan Müller. Und Jörg Schlüpmann sieht einen gravierenden Mangel an den Beratungssystemen in Deutschland: »Die Beratung geht leider an drei ganz wichtigen und potenten Zielgruppen völlig vorbei: an Menschen mit Migrationshintergrund, an den über 50-Jährigen und an den Berufsrückkehrern. Man vergisst dabei immer gerne, dass Lernen ein lebenslanger Prozess ist, und verschenkt dadurch einiges an Wirtschaftskraft und Know-how.«

Kontakt:

Institut für Migrations- und Aussiedlerfragen
Hermannstraße 86, 33813 Oerlinghausen
Tel.: 05202 / 91650, Fax: 05202 / 6654



Foto: Bertold Fernber/epd-bild

INTEGRATIONSARBEIT MIT SPÄTAUSSIEDLERN

Pfr. Jochen Gran

Die Evangelische Kirchengemeinde Waldbröl hat einen vergleichsweise sicherlich hohen Spätaussiedleranteil, ohne ihn konkret beziffern zu können (Aussiedler werden ja nicht als solche markiert). Im Gemeinwesen ist jedoch der Anteil der Aussiedler, die in freien Gemeinden bzw. gar nicht organisiert sind, weit höher. Wir haben im näheren Umkreis allein drei sehr große und sehr aktive solcher Gemeinden.

DER WEG DER LANDESKIRCHLICHEN GEMEINSCHAFT

Die Evangelische Kirchengemeinde Waldbröl ist in bezug auf die Aussiedlerintegration den Weg der landeskirchlichen Gemeinschaft gegangen. Die lutherischen Aussiedler treffen sich zweimal wöchentlich in Gemeinderäumen als »landeskirchliche Gemeinschaft«, wo sie Bet- und Bibelstunden abhalten. Der örtlich zuständige Pfarrer besucht diese regelmäßig, um mit ihnen Abendmahl zu feiern. Diese Form des versöhnten Miteinanders bedeutet, dass der Gottesdienstbesuch der Aussiedler geringer ist. Sie melden jedoch ihre Kinder zur Taufe an und schicken sie in den Konfirmandenunterricht. Die Verbindung zu dieser landeskirchlichen Gemeinschaft ist vor einigen Jahren durch die Besetzung des Aussiedlerpresbyterpostens noch einmal verstärkt werden. Derzeit ist ein »Ältester« in der Ausbildung zum Prädikanten. Aussiedler sind darüber hinaus in verschiedenen Gemeindegruppen integriert (Kontaktstube, Frauenkreise, Kindergottesdienst, Chor, Jugendarbeit usw.). In einem Außenort gibt es ein Aussiedler-Hausmeisterehepaar, das für ein Gemeindehaus zuständig ist. Die Aussiedlergemeinschaft an sich leidet darunter, dass sie immer älter wird und die Jugend nicht nachkommt.

INTEGRATIONSPROJEKTE

Im Zusammenhang mit dem jüngsten nicht-konfessionellen Aussiedlerzuzug hat die Evangelische Kirchengemeinde Waldbröl verschiedene Integrations-



Bild von Claudia Harzer, Bad Berka, aus der Wanderausstellung »Wer, wenn nicht wir?«

projekte initiiert, die z.T. mit öffentlichen Geldern gefördert wurden. Zudem ist die Evangelische Kirchengemeinde an Projekten beteiligt, die nicht in ihrer eigenen Trägerschaft liegen. Die Evangelische Kirchengemeinde Waldbröl arbeitet mit im Arbeitskreis Soziales der Stadt Waldbröl.

STADTTEILBEZOGENE AUSSIEDLERARBEIT

In zwei Stadtteilen mit hohem Aussiedleranteil betreibt die Ev. Kirchengemeinde Waldbröl eine stadtteilbezogene Aussiedlerarbeit. In Eichen gibt es eine Bürgergemeinschaft mit kirchlichem Engagement, die Kinder-, Jugend- und Beratungsarbeit mit verschiedenen Gruppen und einem Beratungszentrum betreibt.

In Hermesdorf gibt es, nachdem dort viele Aussiedler gebaut haben und es zu Auffälligkeiten mit Jugendlichen kam, einen Offenen Treff. Er befindet sich in einer gemeinsamen Trägerschaft von Kirche und CVJM.

SCHULISCHE INTEGRATION

In den 90er-Jahren hat die Evangelische Kirchengemeinde Waldbröl über sechs Jahre hinweg ein vom Bundesministerium gestütztes Integrationsprojekt betrieben mit dem Schwerpunkt auf Kinder- und Jugendintegration. Nach Ablauf dieses Projektes sind die Impulse in verschiedene Strukturen aufgegangen:

Die Hausaufgabenbetreuung findet nach wie vor als 13plus-Maßnahme in

Kooperation mit den Schulen und dem Verein »Hilfe für Kinder- und Jugendliche« statt.

Die Sprachförderung konnte an die örtliche Volkshochschule gekoppelt werden.

BERUFLICHE INTEGRATION

Viele Aussiedler sind von Arbeitslosigkeit betroffen. Die Kirchengemeinde Waldbröl betreibt ein Möbellager, in dem Aussiedlerjugendliche als ABM-Kräfte arbeiten. Zudem hat die Kirchengemeinde Waldbröl die Vermittlung von Integrationsjobs (1-Euro-Jobs) übernommen und vermittelt und schult auf diese Weise Aussiedler-Jugendliche.

SOZIALE INTEGRATION

Durch Alkoholmissbrauch und Kriminalität rutschen viele Aussiedler sozial ab. Die Ev. Kirchengemeinde betreibt einen Obdachlosentreffpunkt und eine Tafel, von der zunehmend Aussiedler Gebrauch machen. Zudem leisten straffällig gewordene Jugendliche Sozialstunden bei uns ab.

■ Kontakt: Pfr. Jochen Gran,
Evangelische Kirchengemeinde Waldbröl
Wiedenhof 14, 51545 Waldbröl
Tel.: 02291 / 9214-30

IM STADTTEIL INTEGRIERT

Bernhard Seidel

■ Dass Menschen mit Migrationserfahrungen in einer normalen Pfarrgemeinde nach und nach dazugehören, daran hat die Caritas erfolgreich gearbeitet. Hier werden auch Arme und Benachteiligte integriert, denn Integration meint alle.

»Man muss sich nicht nur bemühen zu integrieren, man muss sich auch integrieren lassen«: Wenn jeder diese Erfahrung von Andreas Walgenbach annähme, wäre es einfach. Dann wäre auch das Projekt Manna in München Laim nichts Besonderes. Es ist aber eine Ausnahme, obwohl man sie an vielen Orten in Deutschland mit gutem Willen einfach nachmachen könnte.

Es begann damit, dass die Caritas ihr Stadtteilzentrum gleich neben dem Kirchturm von St. Philippus aufmachen konnte. In Laim sind nicht gerade Beckenbauer und Bogner zu Hause, aber es gibt hier Eigenheime ebenso wie Mietwohnblöcke, gehobene Mittelschicht ebenso wie arme Familien und Migranten, Geringverdiener, Kleinrentner. Für die Armen bot Brigitte Sobetzko ab 1996 in Zusammenarbeit mit der Münchner Tafel eine kostenlose Lebensmittelausgabe an – »Manna« eben. Die hatte rasch guten Zulauf. Ehren-

amtliche auch aus den benachbarten Pfarreien arbeiteten bei der Verteilung mit und wachten darüber, dass die Empfänger nicht zu sehr drängelten und ihren Ausweis auch dabei hatten. »Auf der einen Seite des Biertischs standen die Ehrenamtlichen, also die Guten,« erinnert sich Initiatorin Brigitte Sobetzko-Reintjes, »und auf der anderen die Armen.«

Die klare Scheidung ist Geschichte, seit etliche der Hilfebezieher mitarbeiten wollten: Gegen die Bedenken mancher Ehrenamtlichen »haben wirs ausprobiert, es gab Gegrummel – und es hat funktioniert. Jetzt ist alles gemischt.« Gemischt heißt: Zwei Drittel der Manna-Menschen vor oder hinter dem Tisch sind ausländischer Herkunft, viele aus der ehemaligen Sowjetunion, aus Afghanistan und anderen Bürgerkriegsländern. Im deutschen Drittel sind viele Arbeitslose. Wie die frühere Fremdsprachenkorrespondentin, die zu Beginn ihres ehrenamtlichen Engagements gern einen Englischkurs zum Dank für Manna anbieten wollte. »Den haben wir nicht gebraucht, aber einen Deutschkurs ganz dringend«, befand Brigitte Sobetzko – und die Fremdsprachenkorrespondentin stieg ins Kursgeschäft mit Feuereifer ein. Inzwischen hat sie sich damit sogar selbständig gemacht.

Ein Straftlassener wurde schnell zum ehrenamtlichen Koordinator einer neid- und streitfreien Lebensmittelverteilung. Dem Arbeitseifer und Organisationstalent des leider wieder in der Drogenszene Untergegangenen trauert die Manna-Projektleiterin heute noch nach.

Die ungewöhnliche Integrationsleistung von Manna kommt vom Geben und Nehmen. Wo Menschen verschiedener Herkunft miteinander arbeiten, da tauschen sie sich aus. Erst wurde zur Beschäftigung gemeinsam gebastelt. Schnell wurde Kreativität entdeckt und gepflegt, und heute werden die Produkte erfolgreich bei Flohmärkten und Basaren angeboten. Oder: Erst hat man zusammen gekocht und vorsichtig fremde Kost probiert. Heute richten die Manna-Männer und -Frauen zum Beispiel das ukrainisch-persisch-afghanisch-türkisch-bayrische Büfett bei der feierlichen Verabschiedung des Dekans für 80 Gäste aus und ernten höchstes Lob dafür. Die ehemals »Guten«, die Ehrenamtlichen aus den Pfarreien, haben längst gelernt, dass man sich von Manna ja auch mal helfen lassen kann. Etwa beim Pfarrfest – und die Helfer werden dafür eingeladen.

WAS JEDER TUN KANN IDEEN FÜR GANZ EINFACHE AKTIONEN

■ aus: Sozialcourage Spezial »Integration beginnt im Kopf«. Werkheft zum Jahresthema 2006. Redaktion: Lorenz-Werthmann-Haus, Karlstraße 40, 79104 Freiburg, Tel.: 0761 / 200-421, Fax 0761 / 200-509, www.sozialcourage.caritas.de

Jeder: Wir besuchen unseren ausländischen Arbeitskollegen.

**Jeder: Wir besuchen eine Moschee/Kirche/Synagoge und lassen sie uns erklären.
Infos: Tag der offenen Moschee
www.islam.de**

Gemeinde: Wir laden Ausländerbeauftragte oder Ausländerrat der Stadt zum Berichten ein.

Gemeinde: Wir zählen, wieviele Ausländer in unsrer Gemeinde leben. Wie sind sie vertreten?

**Gemeinde: Wir nehmen teil an der Interkulturellen Woche vom 24. bis 30. September 2006.
Infos:
www.interkulturellewoche.de**

Gemeinde: Wir laden einen ausländischen Theologiestudenten/Pfarrer zum Erzählen aus seiner Heimat ein.

Isabella Volodarskaja: »Wir sind aus dem Gebiet um Tschernobyl. Wir kannten hier niemand, es gab keine Verwandten. Wir kamen an mit dem Wörterbuch in der Hand. Wir waren nicht gläubig, als wir herkamen. Man kann nicht anfangen zu glauben von heute auf morgen. Ich ging zur Pfarrei St. Philippus und lernte Frau Sobetzko und andere Leute kennen. Die meisten Einheimischen sind sehr freundlich, wir spürten nichts. Muslim? Christ? Alle waren gleich und machten alles gemeinsam. Wir hatten nicht das Gefühl, Fremde zu sein: Das ist alles wie eine Familie. Jeder erzählt, was er erlebt, ob er Hilfe braucht, jeder hilft... Einmal habe ich mit meinem Mann eine bayrische Tracht angezogen, obwohl wir kaum Deutsch konnten. Da fragte ausgerechnet uns jemand: Wo kommen Sie her? Ich musste lachen und sagte: »Vom Mond.« Das fand er so gut, dass er mit uns erst spazierenging und uns dann die Wiesen zeigte. Ein schöner Nachmittag war das.«

Dank eines Praktikanten im Diakonats gestalten Manna-Mitarbeiter aus Bangladesch, Irak und der Türkei Gottesdienste in Münchner Pfarreien mit: Sie lesen aus dem Buch Exodus, singen und musizieren, erzählen statt einer Predigt vom Projekt Manna, das für sie Brot für Leib und Seele geworden ist. Der Friedensgruß ergeht in acht bis 15 Sprachen an die Gemeinde – und die bedankt sich manchmal dafür auch mit einer Kollekte von 800 Euro. Die kann Brigitte Sobetzko gut gebrauchen für das Kulturprogramm. Denn zwei Ehrenamtliche kümmern sich zwar ständig um Freikarten oder Verbilligungen für das Tollwood-Festival oder die Philharmonie am Gasteig. Aber Manna hat ja auch 400 arme Menschen zu versorgen.

Dem Wettbewerb »Start Social« war die Integration so vieler Menschen unterschiedlicher Herkunft und Problemlagen einen Preis wert. Ungeachtet aller

Lobeshymnen wurde aber Brigitte Sobietzkos Stelle (die einzige) im Caritaszentrum im Juli 2004 halbiert. So sind die Zeiten. Aber es muss in Laim weitergehen. Dank Menschen wie Andreas Walgenbach: Kleinrentner, Frühpensio-när, herzkrank und schwer sehgeschädigt – aber ein unermüdlicher Arbeiter und Motivator für Manna. »Es ist nicht leicht, aber man muss immer wieder neu anfangen und versuchen, die Menschen zu berühren – gegen Ängste, Unsicherheit, Bequemlichkeit.«

■ Infos: MANNA in Laim
Leitung: Brigitte Sobetzko-Reintjes
Westendstraße 245, 80686 München
Tel.: 089/54 70 20 0, Fax: 089/54 70 20 13
czm-laim@caritasmuenchen.de

Gemeinde: Auf dem Pfarrfest gibt es mindestens ein internationales Gericht

Gemeinde: Wir machen per Lokalradio eine »Wetten, dass...?« Aktion beim Pfarrfest. Wenn jeweils 10 Personen aus zehn Nationen zu unserem Pfarrfest kommen, werden sie alle zu einem Getränk und Essen eingeladen.

Kindergarten: Schminkaktion. Heute sind wir alle farbig.

Kindergarten: Wir organisieren einen interkulturellen Kindergottesdienst.

Jugendgruppe/Schule: Wir laden den Dönermann zum Erzählen zu uns ein.

Jugendgruppe/Schule: Wir besuchen ausländische Klassenkameraden.

Jugendgruppe/Schule: Wir lassen unsere Austauschschüler im Gottesdienst aus ihrer Heimat erzählen.

Jugendgruppe/Schule: Wir ziehen alle mal eine Woche lang ein Kopftuch an.

BESTELLUNGEN

Ihr Bestellungen richten Sie bitte schriftlich an:

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche / Woche der ausländischen Mitbürger
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/M.,
Fax: 069 / 23 06 50
oder im Internet unter www.interkulturellewoche.de
und www.woche-der-auslaendischen-mitbuerger.de

Hiermit bestelle ich:

..... Expl. des **Materialumschlags**
»Interkulturelle Woche/Woche der ausländischen Mitbürger2006«

Inhalt: 1 Materialheft »Miteinander Zusammenleben gestalten«,
60 Seiten, DIN A4
1 Plakat DIN A3 »Miteinander Zusammenleben gestalten«,
1 Materialheft »Tag des Flüchtlings«,
52 Seiten, DIN A4
1 Plakat DIN A3 »Tag des Flüchtlings«

Staffelpreise:

bis 9 Exemplare 4,40 Euro; ab 10 Exemplaren 3,45 Euro;
ab 50 Exemplaren 2,70 Euro

Kostenbeiträge für die neuen Bundesländer:

bis 9 Exemplare 2,40 Euro; ab 10 Exemplaren 2,10 Euro;
ab 50 Exemplaren 1,50 Euro

..... Expl. des **Plakates DIN A 3**
»Miteinander Zusammenleben gestalten«
Kostenbeitrag: bis 9 Exemplare 0,40 Euro;
ab 10 Exemplaren 0,30 Euro; ab 100 Exemplaren 0,20 Euro

..... Expl. des **Plakates DIN A 2**
»Miteinander Zusammenleben gestalten«
Kostenbeitrag: bis 9 Exemplare 0,80 Euro;
ab 10 Exemplaren 0,50 Euro; ab 100 Exemplaren 0,40 Euro

Postkarten

(vierfarbig, siehe Titelbild und Umschlagrückseite)

..... Expl. **»Miteinander Zusammenleben gestalten«**

..... Expl. **»Zopf«**

..... Expl. **»Hände«**

..... Expl. **»Bauklötze«**

Kostenbeitrag: 1 bis 49 Exemplare 0,25 Euro;
ab 50 Exemplaren 0,20 Euro

Alle Preise zuzüglich Versandkosten

Ich bitte um Lieferung an: (Bitte kein Postfach angeben)

.....
Name, Vorname


.....
Institution

.....
Strasse

.....
PLZ/Ort

.....
Tel./Fax-Nummer

.....
E-Mail


Datum, Unterschrift

**! Bitte geben Sie, falls Sie tagsüber nicht erreichbar sind,
unbedingt eine Ersatzadresse an.
Ersatzadresse, bei der tagsüber Pakete abgegeben
werden können:**

.....
Name, Vorname

.....
Institution

.....
Strasse

.....
PLZ/Ort

.....
Tel./Fax-Nummer



Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche/
Woche der ausländischen Mitbürger

Eröffnung der Interkulturellen Woche 2006

Freitag, 22.09.2006, in der Friedensstadt Osnabrück

OSNABRÜCK[®]

DIE | FRIEDENSSTADT

- 17.00 Uhr im Dom, Ökumenischer Eröffnungsgottesdienst mit Bischof Dr. Franz-Josef Bode, Bischöfin Dr. Margot Käßmann und Metropolit Augoustinos
- anschließend Empfang der Stadt Osnabrück durch Oberbürgermeister Hans-Jürgen Fip, im Friedenssaal des Rathauses

Vorbereitungstagung für die Interkulturelle Woche 2007

Freitag / Samstag, 02./03.02.2007, in Augsburg,
der Stadt des Religionsfriedens (Pax Augustana),

 Stadt Augsburg

- im Kolping-Tagungshaus – Übernachtung im Augusta-Hotel
- Freitagabend Empfang der Stadt Augsburg im historischen »Goldenen Saal« des Rathauses



HERAUSGEBER:

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche /
 Woche der ausländischen Mitbürger
 Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/Main,
 Telefon: 069/23 06 05, Fax: 069/23 06 50
 E-Mail: info@interkulturellewoche.de
 info@woche-der-auslaendischen-mitbuenger.de
 Im Internet: www.interkulturellewoche.de
 www.woche-der-auslaendischen-mitbuenger.de

VORSTAND:

Vorsitzende: Gabriele Erpenbeck, Ausländerbeauftragte des Landes Niedersachsen,
 Hannover
 Stellv. Vorsitzender: Andreas Lipsch, Interkultureller Beauftragter der Evangelischen
 Kirche in Hessen und Nassau, Frankfurt/M.
 Stellv. Vorsitzender: Sokratis Ntallis, Griechisch-Orthodoxe Metropole, Bonn

WEITERE MITGLIEDER:

José Antonio Arzoz, Spanierseelsorge in Deutschland, Bonn
 Dr. Georgios Basioudis, Griechisch-Orthodoxe Kirchengemeinde, Mannheim
 Johannes Brandstätter, Diakonisches Werk der EKD, Berlin
 Gabriella Costabel, Evangelische Landeskirche in Württemberg, Stuttgart
 Dr. Doris Dickel, Büro der Beauftragten der Bundesregierung für Migration,
 Flüchtlinge und Integration, Berlin
 Dr. Ralf Geisler, Kirchenamt der EKD, Hannover
 Katrin Gerdmeier, Kommissariat der deutschen Bischöfe, Berlin
 Stefan Herceg, Deutscher Caritasverband, Freiburg
 Dr. Peter Hünzeler, Christlich-islamische Begegnungs- und Dokumentationsstelle
 CIBEDO, Frankfurt/M.
 Dr. Assion Lawson, Interkulturelles Büro, Stendal
 Wolfgang Miehle, Der Nationaldirektor, Bereich Weltkirche und Migration
 der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn
 Karin Pergold, Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V., Leipzig
 Volker Roßocha, DGB-Bundesvorstand, Berlin
 Canan Topçu, Frankfurt/M.
 Ioanna Zacharaki, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche im Rheinland, Düsseldorf

GESCHÄFTSFÜHRUNG: Günter Burkhardt, Frankfurt/Main

REDAKTION: Günter Burkhardt, Jutta Janzen

TITELBILD: Augsburgener Kreativ Agentur UV Werbung

LAYOUT: Wolfgang Scheffler, Mainz

HERSTELLUNG: VARIO Medienproduktions GmbH, Frankfurt/Main

Gedruckt auf 100 % Recycling-Papier

Nachdruck (bitte mit Quellenangabe), auch auszugsweise, gerne gestattet.
 Diese Materialien ergänzen die bisher vom Ökumenischen Vorbereitungsausschuss
 herausgegebenen Veröffentlichungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind
 die Meinung der Verfasser.

**Als Termin für die Interkulturelle Woche /
 Woche der ausländischen Mitbürger 2006
 wird der 24. - 30. September 2006 empfohlen.**

**Freitag, der 29. September 2006,
 ist der Tag des Flüchtlings.**

**Termine für die Interkulturelle Woche /
 Woche der ausländischen Mitbürger
 2007 und 2008:
 2007: 30. September – 6. Oktober
 2008: 28. September – 4. Oktober**